



Statistisches Landesamt

RHEINLAND-PFALZ

08 | 2006

Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:

Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung
Produktionsgartenbau



Statistik nutzen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Jürgen Hammerl

Am 31. Dezember 2005 lebten rund 4,059 Mill. Menschen in Rheinland-Pfalz.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

08 | 2006

Statistische Monatshefte

59. Jahrgang

Inhalt

kurz + aktuell	459
Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung – erstmals Bevölkerungsrückgang in Rheinland-Pfalz	472
Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Wanderungs- bewegungen und Einbürgerungen in Deutschland	480
Der Produktionsgartenbau in Rheinland-Pfalz	491
Daten zur Konjunktur	499
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	521
Neuerscheinungen	531

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Bruttoinlandsprodukt in den Landkreisen seit 1992 deutlich stärker gestiegen als in den Städten

Das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt, die Summe der im Land produzierten Waren und Dienstleistungen, erreichte im Jahr 2004 nominal gut 96 Mrd. Euro. Davon wurden knapp 59% in den Landkreisen und rund 41% in den kreisfreien Städten erbracht. Fast ein Viertel des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts wurde in den drei Großstädten Ludwigshafen, Mainz und Koblenz erwirtschaftet. Stärkster Landkreis war Mayen-Koblenz, ebenfalls hohe Werte erreichten der Westerwaldkreis und der Kreis Neuwied. Die niedrigsten Anteile waren dagegen für die Stadt Zweibrücken und den Landkreis Kusel zu verzeichnen.

Gegenüber 1992 ist die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz nominal um rund 26% gewachsen. In den Landkreisen fiel der Anstieg insgesamt deutlich stärker aus (+32%) als in den kreisfreien Städten (+19%). Mit einem Plus von gut 54% war im Landkreis Alzey-Worms ein weit überdurchschnittlicher Zuwachs zu verzeichnen, ebenso im Kreis Mainz-Bingen und in der Stadt Landau. Wesentlich ungünstiger verlief die Entwicklung dagegen in den Städten Frankenthal, Pirmasens und Neustadt an der Weinstraße.

In fast allen Städten und Landkreisen hat sich der Anteil der Dienstleistungsbereiche gegenüber 1992 erhöht, während der Anteil des produzierenden Gewerbes gesunken

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2004 nach Verwaltungsbezirken

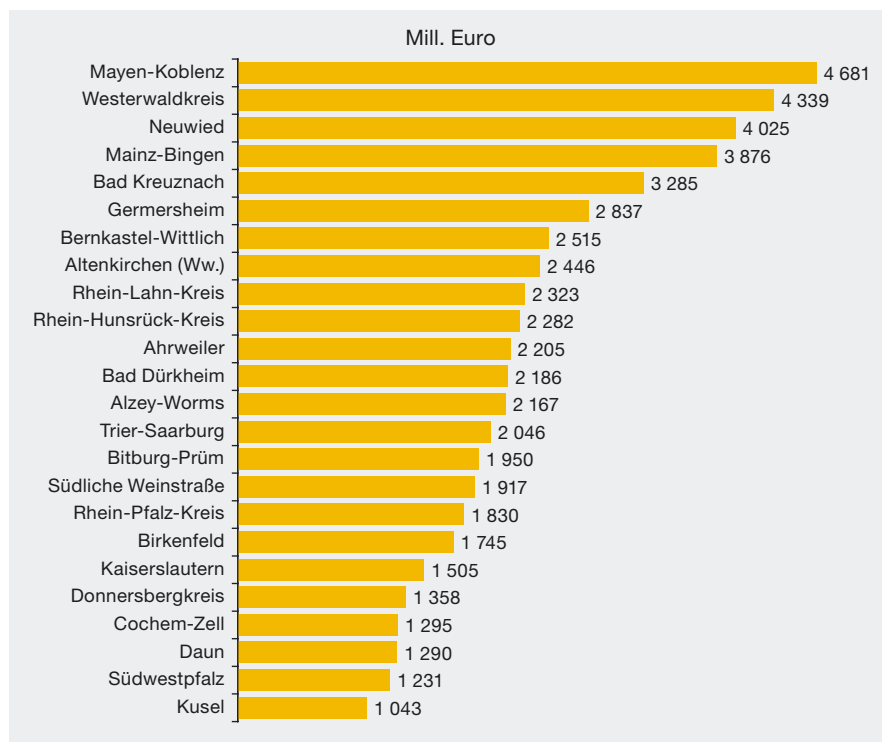
Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Je Erwerbstätigen	
	Mill. EUR	Messzahl 1992 = 100	EUR	Landeswert = 100
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	1 177	106,7	53 672	99,3
Kaiserslautern	3 577	122,3	51 609	95,5
Koblenz	5 534	122,6	55 624	102,9
Landau i. d. Pfalz	1 398	149,0	51 106	94,6
Ludwigshafen a. Rh.	9 307	120,3	80 185	148,4
Mainz	8 007	114,8	53 768	99,5
Neustadt a. d. Weinstr.	1 275	110,2	48 343	89,4
Pirmasens	1 362	106,8	50 842	94,1
Speyer	1 681	113,7	50 577	93,6
Trier	3 562	118,8	47 709	88,3
Worms	2 017	115,4	52 218	96,6
Zweibrücken	981	127,5	46 819	86,6
Landkreise				
Ahrweiler	2 205	125,1	47 700	88,3
Altenkirchen (Ww.)	2 446	121,3	51 346	95,0
Alzey-Worms	2 167	154,3	56 351	104,3
Bad Dürkheim	2 186	126,9	50 749	93,9
Bad Kreuznach	3 285	122,1	50 011	92,5
Bernkastel-Wittlich	2 515	123,7	50 401	93,3
Birkenfeld	1 745	118,0	47 750	88,4
Bitburg-Prüm	1 950	136,1	53 613	99,2
Cochem-Zell	1 295	128,7	45 070	83,4
Daun	1 290	129,4	49 118	90,9
Donnersbergkreis	1 358	142,9	54 288	100,4
Germersheim	2 837	122,7	56 710	104,9
Kaiserslautern	1 505	140,5	49 882	92,3
Kusel	1 043	127,4	52 018	96,2
Mainz-Bingen	3 876	149,6	58 778	108,8
Mayen-Koblenz	4 681	133,6	58 921	109,0
Neuwied	4 025	127,4	51 561	95,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 282	137,7	49 004	90,7
Rhein-Lahn-Kreis	2 323	135,4	52 382	96,9
Rhein-Pfalz-Kreis	1 830	138,4	51 859	96,0
Südliche Weinstraße	1 917	137,3	50 629	93,7
Südwestpfalz	1 231	119,2	50 030	92,6
Trier-Saarburg	2 046	148,2	54 313	100,5
Westerwaldkreis	4 339	135,6	52 049	96,3
Rheinland-Pfalz	96 256	126,2	54 045	100,0
kreisfreie Städte	39 879	118,6	56 668	104,9
Landkreise	56 377	132,2	52 331	96,8

ist. Insgesamt wurden im Jahr 2004 zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung in den Dienstleistungsbereichen erbracht, 1992 waren es knapp 60%. Das produzierende Gewerbe dominierte nur noch

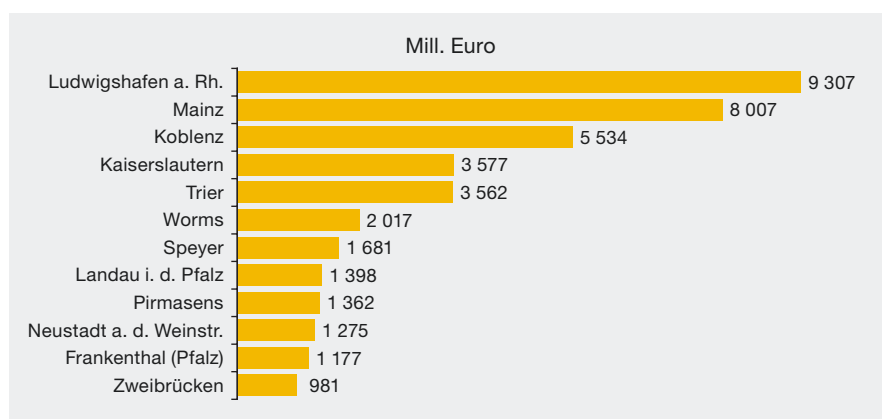
in der Stadt Ludwigshafen und im Kreis Germersheim, aber auch dort hat sich im betrachteten Zeitraum der Anteil der Dienstleistungen erhöht.

Das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Rhein-

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2004 in den Landkreisen



Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2004 in den kreisfreien Städten



land-Pfalz betrug im Jahr 2004 knapp 54 050 Euro, 19% mehr als im Jahr 1992. In den kreisfreien Städten war der Anstieg mit rund 17% etwas geringer, in den Landkreisen mit 21% etwas stärker. Dennoch lag der Pro-

Kopf-Wert in den Städten (56 670 Euro) weiterhin deutlich über dem in den Landkreisen (52 330 Euro). Der Durchschnitt der Städte wurde maßgeblich von der Stadt Ludwigshafen am Rhein bestimmt, denn dort lag

die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen mit 80 190 Euro mehr als 48% über dem Landesdurchschnitt. Der niedrigste Pro-Kopf-Wert wurde mit 45 070 Euro im Landkreis Cochem-Zell registriert.

Die Kreisergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt wurden erstmals nach den Methoden und Richtlinien der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 berechnet. Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden europaweit in etwa fünf- bis zehnjährigen Abständen überarbeitet, um neue Konzepte einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren und neue Datenquellen zu erschließen. Im Zuge der Revision 2005 wurden die Kreisergebnisse zurück bis 1992 überarbeitet.

Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse enthält der kürzlich erschienene Statistische Bericht „Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2004“. Der Bericht kann kostenfrei als PDF-Datei aus dem Internet heruntergeladen werden. (<http://www.statistik.rlp.de/verlag/index.html>).

Kompakte Informationen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz sowie in den Landkreisen und kreisfreien Städten liefert eine neue Kurzpräsentation im Themenbereich „Konjunktur und Wachstum“ des Webangebotes des Statistischen Landesamtes (www.statistik.rlp.de).

„Limited“ konkurriert mit der GmbH

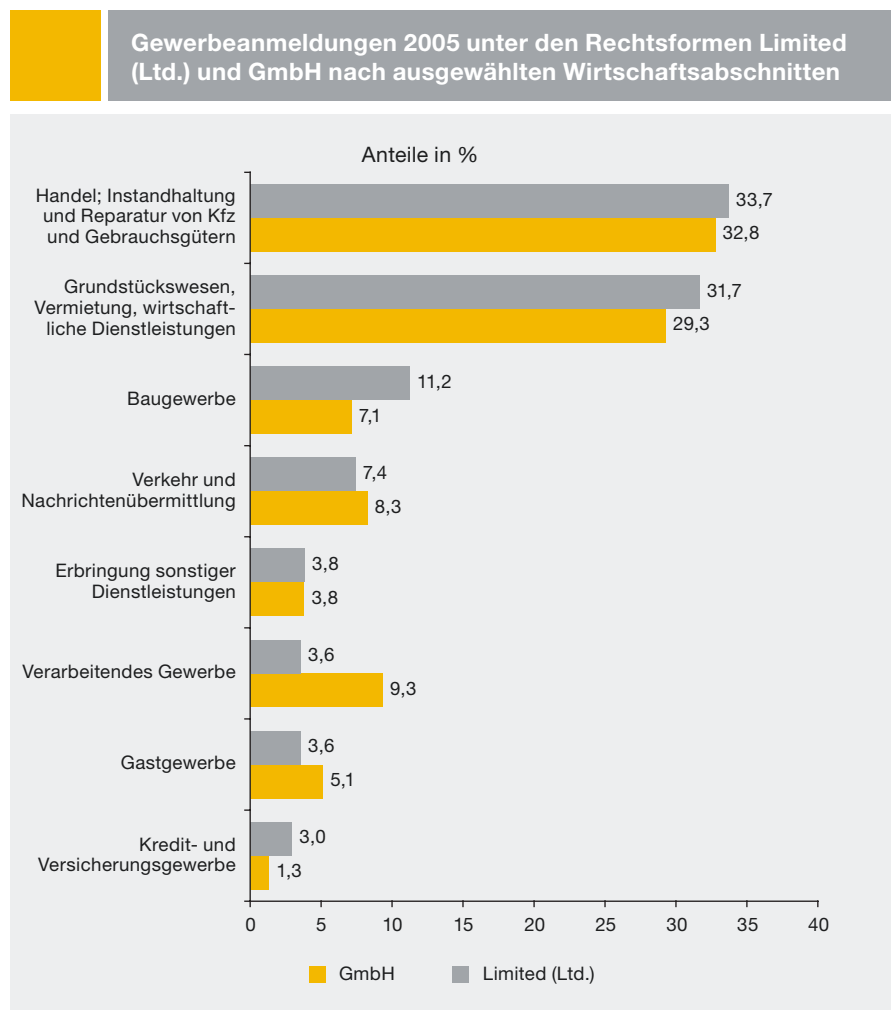
Im Jahr 2005 wurden 338 Gewerbe nach dieser Rechtsform angemeldet

Die englische Rechtsform Limited (Ltd.) hält auch in die rheinland-pfälzische Unternehmenslandschaft Einzug. Im vergangenen Jahr wurden 338 Gewerbe nach dieser seit September 2003 möglichen Rechtsform angemeldet. Damals hatte ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) den Zugang zu einer Ltd. für deutsche Unternehmer erleichtert.

Der Anteil der Limited an allen Gewerbebeanmeldungen lag im Jahr 2005 bei 0,8%, der der GmbH bei 7,5%. Über 86% der Gesellschafter der angemeldeten Ltds. waren deutscher Nationalität, nur knapp 1% stammte aus Großbritannien.

Die englische „Private Company Limited by Shares“, kurz „Limited“ oder „Ltd.“, ist eine Rechtsform, die international operierenden Unternehmen interessante Perspektiven bietet, vor allem Unternehmern, die ihr persönliches Haftungsrisiko absichern wollen. Zur Gründung einer Ltd. muss nämlich im Gegensatz zur deutschen GmbH kein gesetzlich vorgegebenes Mindeststammkapital aufgebracht werden, und sie bietet ähnlich einer GmbH den Vorteil einer Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen.

Die Ltd. wird nach englischem Recht gegründet und im englischen Handelsregister eingetragen. Ein Eintrag



des Unternehmens im deutschen Handelsregister ist nicht möglich. Um in Deutschland tätig werden zu dürfen, muss die Ltd. in Deutschland eine Gewerbebeanmeldung für eine Zweigniederlassung vornehmen und diese in das deutsche Handelsregister eintragen lassen.

Die meisten Anmeldungen, sowohl bei den GmbHs als auch bei den Ltds., kamen aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“, an zweiter Stelle folgte der Wirtschaftsabschnitt „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung

beweglicher Sachen und Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen“.

Von den unter der Rechtsform Ltd. angemeldeten Gewerben entfielen mehr als 88% auf Neuerrichtungen und jeweils fast 6% auf Zuzüge und Übernahmen. Bei den GmbHs machten die Neuerrichtungen fast 74% aus, die Zuzüge rund 15% und die Übernahmen fast 12%.

Den höchsten Anteil an allen Gewerbebeanmeldungen hatte die Ltd. mit 1,3% in der kreisfreien Stadt Koblenz, 12,3% entfielen dort auf die GmbH. Unter den Landkreisen lag der Kreis

Cochem-Zell mit 1,3% bei den Ltds. an der Spitze.

Bundesweit betrug im Jahr 2005 der Anteil der Gewerbeanmeldungen unter der Rechtsform Ltd. 0,7% gegenüber 9,1% bei den GmbHs.

Industrie stellte 2005 Waren im Wert von 55,2 Mrd. Euro her

Im vergangenen Jahr wurden in Rheinland-Pfalz Waren im Wert von 55,2 Mrd. Euro hergestellt; das waren 3,8% mehr als 2004. An der bundesweiten Industrieproduktion von 1 126,4 Mrd. Euro hat Rheinland-Pfalz damit einen Anteil von 4,9%.

Die drei wichtigsten rheinland-pfälzischen Branchen vereinten etwas mehr als die Hälfte des Güterausstoßes der heimischen Industrie auf sich. Die Hersteller chemischer Erzeugnisse produzierten in Rheinland-Pfalz Waren im Wert von 13,4 Mrd. Euro, das entspricht einem Anteil von fast einem Viertel an der Gesamtproduktion. Zum bundesweiten Branchenergebnis trugen die rheinland-pfälzischen Chemieunternehmen 11,9% bei.

Zweitwichtigste Branche im Land waren die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit einem Produktionswert von 9,4 Mrd. Euro (17%). Zum Bundesergebnis der Branche trugen sie 4,2% bei. Der Maschinenbau stellte Güter im Wert von 5,9 Mrd. Euro her und erzielte einen Anteil von knapp 11% an der rheinland-pfälzischen Gesamtproduktion und von 3,9% am deutschen Branchenergebnis.

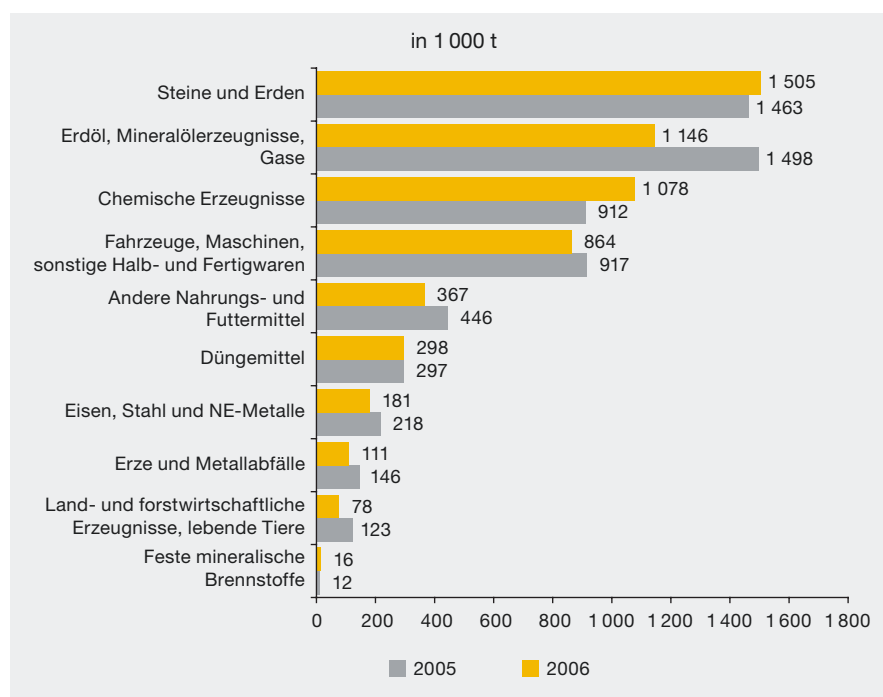
Güterumschlag der Binnenschifffahrt im 1. Quartal 2006 um gut 6% unter dem Vorjahreswert

In den rheinland-pfälzischen Binnenhäfen wurden im 1. Quartal rund 5,65 Mill. t Güter umgeschlagen, das waren 6,4% weniger als in den ersten drei Monaten des Jahres 2005. Der Umschlag von Gütern am Mittelrhein (einschließlich Mosel) ging um 10% von 3,02 Mill. t auf 2,72 Mill. t zurück. Am Oberrhein war mit 2,93 Mill. t ein Minus von 2,8% zu verzeichnen. Ein Grund für die Einbußen dürfte auch das schlechte Wetter zum Jahresbeginn und die dadurch bedingten Sperrungen verbundener Wasserstraßen – wie des Rhein-Main-Donau-Kanals – gewesen sein.

Güterumschlag der Binnenschifffahrt im 1. Quartal 2006

Wasserstraßen- gebiet Hafen	Insgesamt	Veränderung zum 1. Quartal 2005
	1 000 t	%
Mittelrhein (einschl. Mosel)	2 715,6	- 10,0
darunter		
Andernach	650,9	14,4
Mainz	577,4	- 15,7
Bendorf	417,0	- 5,2
Koblenz	256,6	- 23,4
Worms	238,1	- 18,5
Trier	187,1	- 37,7
Neuwied	77,0	- 24,1
Oberrhein	2 928,5	- 2,8
darunter		
Ludwigshafen	1 859,8	3,3
Wörth	409,2	44,2
Germersheim	226,8	- 21,6
Otterstadt	212,4	- 6,2
Speyer	135,6	- 50,1

Güterumschlag der Binnenschifffahrt im 1. Quartal 2006 nach Güterabteilungen



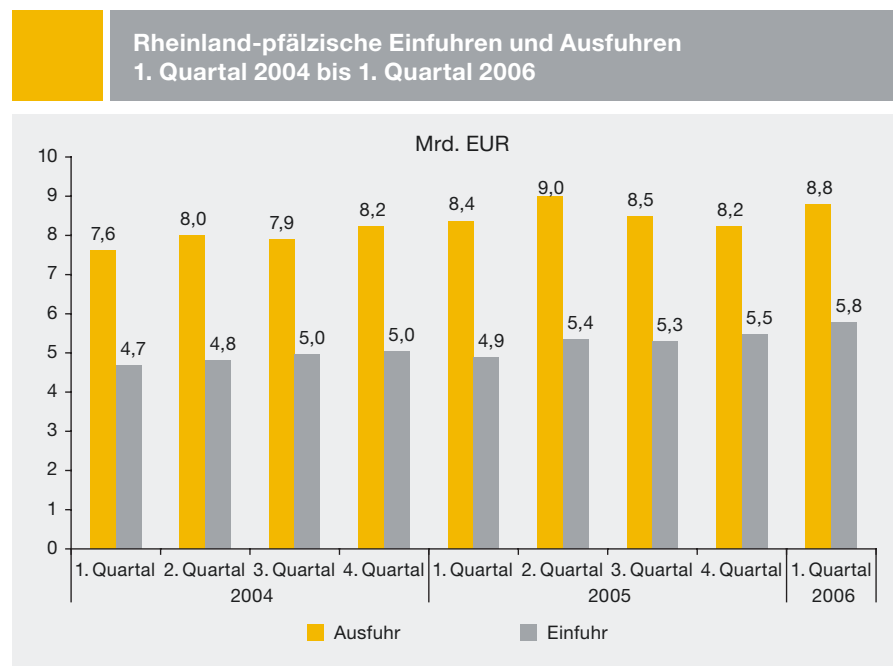
Die höchste umgeschlagene Tonnage entfiel im 1. Quartal 2006 auf die Güterabteilung Steine und Erden (1,51 Mill. t bzw. 26,7%). Es folgten Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase mit 1,15 Mill. t (20,3%), chemische Erzeugnisse mit 1,08 Mill. t (19,1%) sowie Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Halb- oder Fertigwaren mit 864 000 t (15,3%). Umschlagsstärkste Häfen am Mittelrhein waren im 1. Quartal 2006 Andernach mit 651 000 t vor Mainz mit rund 577 000 t. Am Oberrhein lag Ludwigshafen mit 1,86 Mill. t deutlich vor dem Hafen Wörth (409 000 t).

Im Rahmen der Binnenschiffahrtsstatistik werden monatlich, unabhängig von der Nationalität des Binnenschiffahrtsunternehmens und der Flagge des Schiffes, sämtliche Ankünfte und Abgänge von Güterschiffen sowie anderen Ein- und Ausladungen in rheinland-pfälzischen Häfen erfasst. Bei der Darstellung des Güterumschlags wird der Gütererpfang und -versand (Einladungen plus Ausladungen) in jedem rheinland-pfälzischen Hafen zugrunde gelegt. Die Daten melden die Hafenverwaltungen monatlich an das Statistische Landesamt.

Rheinland-pfälzischer Außenhandel auf Erfolgskurs

Belgien überrundet bei den Einfuhren die Niederlande

Rheinland-Pfalz exportierte im 1. Quartal 2006 nach vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von 8,8 Mrd. Euro. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal be-



deutet das einen Zuwachs um 5,2%. Dies zeigt, dass sich die rheinland-pfälzische Industrie auf den Märkten rund um den Globus gut behaupten und von der im 1. Quartal wieder anziehenden Weltkonjunktur profitieren konnte.

Überdurchschnittliche Zuwächse gab es vor allem bei den Vorerzeugnissen (+15,9%) und in der Warengruppe der Enderzeugnisse insbesondere bei chemischen Enderzeugnissen (+17,4%), Maschinen (+15,6%), Metallwaren (+8,2%) sowie Kunststoffwaren (+7,9%).

Gut 72% der rheinland-pfälzischen Ausfuhren mit einem Warenwert von rund 6,4 Mrd. Euro gingen ins europäische Ausland (+6,6%). Davon wurde der größte Teil (5,5 Mrd. Euro) in die Länder der Europäischen Union (EU-25) exportiert (+4,8%). Hauptabnehmerland war Frankreich, das Waren im Wert von 1 Mrd. Euro aus

Rheinland-Pfalz importierte (-11,3%). Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die stark rückläufigen Lieferungen von Lastkraftwagen und Spezialfahrzeugen. An zweiter Stelle der belieferten Länder lagen die USA mit 887 Mill. Euro (+6,3%), gefolgt von Italien mit 675 Mill. Euro (+18%). Die USA sind damit weit vor China (188 Mill. Euro; +17,4%) nach wie vor das größte außereuropäische Abnehmerland für rheinland-pfälzische Waren.

Deutschlandweit war der Exportzuwachs im 1. Quartal dieses Jahres mit +16,3% höher als in Rheinland-Pfalz. Wesentliche Ursache hierfür war das bundesweit bessere Ausfuhrergebnis bei den Enderzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere bei den für Rheinland-Pfalz bedeutenden Pharmaprodukten und Lkw. Während deutschlandweit die Ausfuhr von Pharmaprodukten um 18,6% zunahm, sank sie in Rhein-

land-Pfalz um 18,5%. Bei den Lkw steht einem Plus von 8,7% bundesweit ein Minus von 12,9% in Rheinland-Pfalz gegenüber.

Nach Rheinland-Pfalz importiert wurden im 1. Quartal 2006 Waren für rund 5,8 Mrd. Euro. Das entspricht einem Zuwachs von 18,3% gegenüber dem 1. Vierteljahr 2005. Bundesweit stiegen im Vergleichszeitraum die Warenlieferungen aus dem Ausland um 23,5%. Rheinland-Pfalz bezog Produkte im Wert von 4,5 Mrd. Euro aus Europa (+15,6%), wovon rund 3,9 Mrd. Euro (+11,3%) auf die Länder der Europäischen Union (EU-25) entfielen.

Die umfangreichsten Warenlieferungen in Höhe von 712 Mill. Euro kamen aus Frankreich (+3,1%), gefolgt von Belgien mit 692 Mill. Euro (+20,7%). Die überdurchschnittliche Zunahme der Importe aus Belgien wurde vor allem von einer stärkeren Nachfrage nach Eisen- oder Stahlblechen, chemischen Vor- und Enderzeugnissen und Mineralölprodukten getragen. Auf den weiteren Plätzen folgten die Niederlande mit gut 671 Mill. Euro (+0,3%) sowie – mit größerem Abstand – Italien mit rund 382 Mill. Euro (+28,9%) und die USA mit 339 Mill. Euro (+18,1%). Damit sind die USA auch auf der Importseite nach wie vor der wichtigste außereuropäische Handelspartner von Rheinland-Pfalz. Für China wurde ein Importvolumen von 268 Mill. Euro mit einer beachtlichen Zuwachsrate von 36,5% gegenüber dem 1. Quartal 2005 verzeichnet.

Haupteinfuhrgüter waren – fasst man die Fertigwaren zusammen – chemische Erzeugnisse mit einem Anteil von 8,5%, Fahrgestelle, Karosserien u. Ä. (5,6%) und Produkte aus Kunststoff (5,1%).

Die Daten stammen aus der monatlichen Außenhandelsstatistik, die zentral vom Statistischen Bundesamt aufbereitet wird. Dabei wird unterschieden zwischen Intrahandelsstatistik (Warenverkehr zwischen EU-Staaten) und Extra-handelsstatistik (Warenverkehr mit Drittländern). Berücksichtigt sind alle Wirtschaftsunternehmen, deren Exporte oder Importe beim Intrahandel einen Jahreswert von 300 000 Euro überschritten haben. Bei der Extra-handelsstatistik müssen Warensendungen mit einem Wert von über 1 000 Euro gemeldet werden.

Höhere Hebesätze für Grundsteuern, niedrigere für Gewerbesteuer

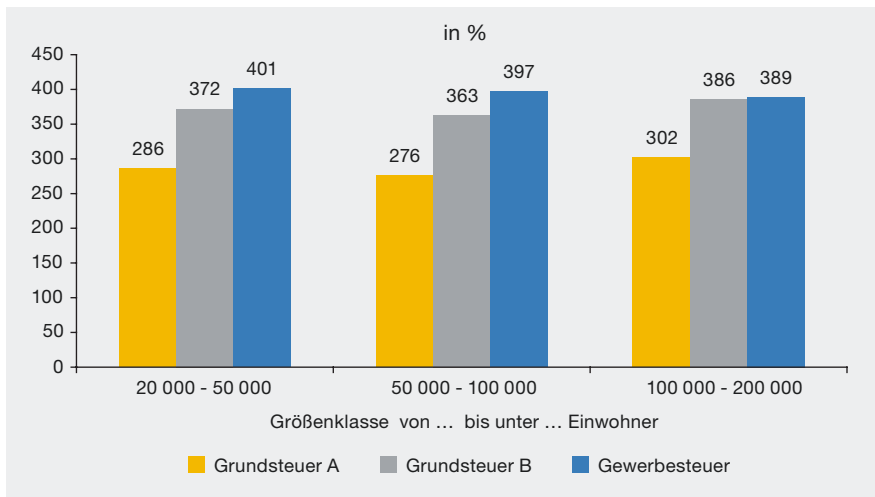
Die rheinland-pfälzischen Kommunen haben im Jahr 2005 die Hebesätze – deren Höhe der Gemeinderat im Rahmen der Gesetze bestimmt – für die Grundsteuern leicht erhöht und für die Gewerbesteuer leicht gesenkt. Die Senkung machte bei der Gewerbesteuer im Landesdurchschnitt einen Prozentpunkt aus. Bei der Grundsteuer A wurde der Hebesatz um zwei und bei der Grundsteuer B um drei Prozentpunkte angehoben. Der landesdurchschnittliche Hebesatz für die Gewerbesteuer betrug 369%, für die von Eigentümern be-

bauter und unbebauter Grundstücke zu tragende Grundsteuer B lag er bei 338% und für die Grundsteuer A, mit der land- und forstwirtschaftliche Betriebe belastet werden, bei 284%.

In den kreisfreien Städten lagen die Hebesätze für die Gewerbesteuer und für die Grundsteuer B mit durchschnittlich 393 bzw. 375% deutlich über dem Landesdurchschnitt, bei der Grundsteuer A lagen sie mit 285% knapp darüber. Unter den kreisfreien Städten hat keine den Hebesatz für die Gewerbesteuer verändert. Jedoch wurden die Hebesätze für die Grundsteuer B in Landau, Frankenthal, Ludwigshafen und Worms angehoben, wobei Landau und Worms auch die Grundsteuer A anpassten. Mainz hat bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B die höchsten Hebesätze, Trier verlangt von den Land- und Forstwirten über die Grundsteuer A die höchsten Abgaben.

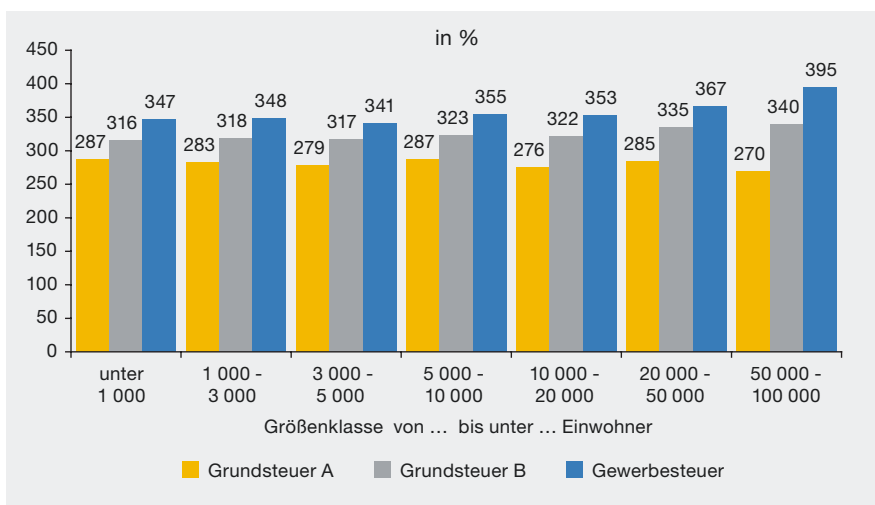
In den kreisangehörigen Gemeinden sind die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B deutlich niedriger. Dabei ist zu beobachten, dass im Allgemeinen in größeren Gemeinden höhere Hebesätze für diese beiden Realsteuern gelten als in kleineren Gemeinden, wobei allerdings die Spanne zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Hebesatz – auch bei kleineren Gemeinden – sehr groß ist. Das sieben Einwohner zählende Dorf Dierfeld im Landkreis Bernkastel-Wittlich hat mit jeweils 900% die mit großem Abstand höchsten Realsteuerhebesätze festgesetzt, während in Frankweiler, einem Ort mit 912 Einwohnern im Landkreis Süd-

Realsteuerhebesätze 2005 in den kreisfreien Städten



Im Jahr 2005 haben 331 Gemeinden den Hebesatz für die Gewerbesteuer um bis zu 100 Prozentpunkte erhöht und drei Gemeinden haben ihn um bis zu 20 Prozentpunkte gesenkt. Bei der Grundsteuer B haben 362 Gemeinden den Hebesatz um bis zu 100 Prozentpunkte erhöht und zwei um jeweils 10 Prozentpunkte gesenkt. Bei der Grundsteuer A haben 369 Gemeinden den Hebesatz um bis zu 100 Prozentpunkte erhöht, drei haben ihn um bis zu 45 Prozentpunkte gesenkt. In 105 Gemeinden sind alle drei Hebesätze nach oben angepasst worden.

Realsteuerhebesätze 2005 in den kreisangehörigen Gemeinden



Rinder- und Schweinebestände auf neuem Tiefstand

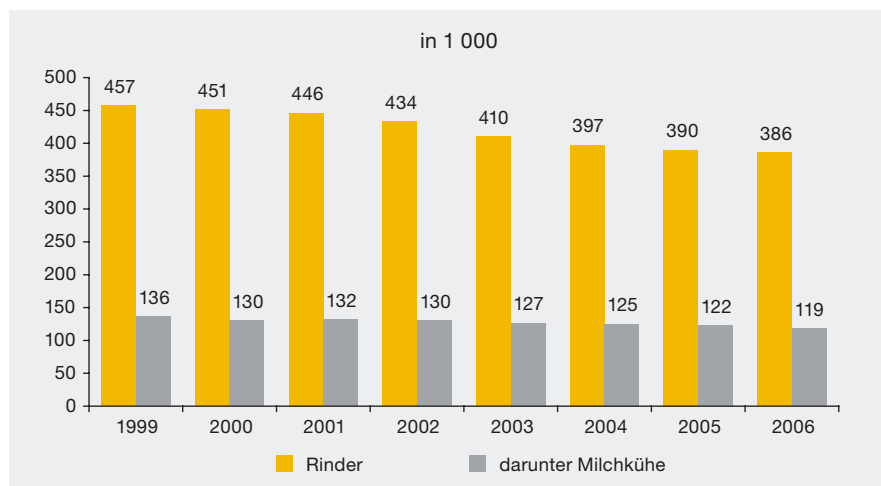
Rund 386 000 Rinder und 304 000 Schweine standen Anfang Mai noch in den rheinland-pfälzischen Ställen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat bedeutet das einen Bestandsabbau von 0,9% bei den Rindern und 3,7% bei den Schweinen. Die aktuellen Bestände sind die niedrigsten, die seit Gründung des Landes Rheinland-Pfalz gezählt wurden.

Die größte wirtschaftliche Bedeutung innerhalb der tierischen Erzeugung hat die Milchproduktion. Sie erreicht mit etwa 12% des Produktionswertes der Landwirtschaft eine ähnliche Größenordnung wie die Getreideerzeugung. Die Zahl der Milchkühe ist seit Jahren rückläufig. Mit 118 500 Tieren standen 3,1% weniger in den Ställen als noch vor einem Jahr. Die seit Jahren rückläufigen Milchkuhbestände sind unter anderem auf die seit 1984

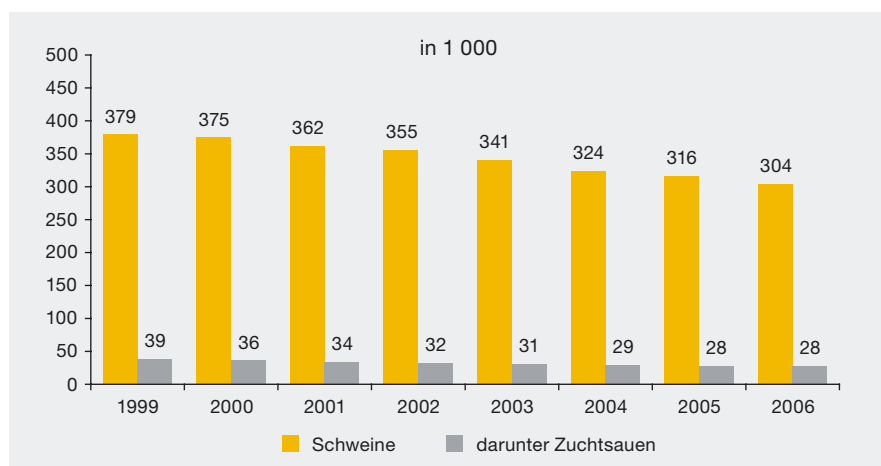
liche Weinstraße, die Hebesätze für die Grundsteuer A mit 200% und für die Grundsteuer B mit 220% sowie in Vielbach im Westerwaldkreis mit 579 Einwohnern für die Gewerbesteuer mit 300% am niedrigsten lagen. Die Hebesätze streuen über diese Bandbreite jedoch nicht gleichmäßig, sondern konzentrieren sich auf wenige Gruppen. In mehr als der

Hälfte (50,6%) der Gemeinden lag der Hebesatz für die Gewerbesteuer zwischen 326 und 350%. Fast drei Viertel (71,6%) der Gemeinden verlangten von den Grundbesitzern Grundsteuer B mit einem Hebesatz von 301 bis 325%. Land- und Forstwirte wurden in 41,6% der Gemeinden mit einem Hebesatz zwischen 251 und 275% zur Grundsteuer A herangezogen.

Rinder- und Milchkuhbestände 1999–2006



Schweine- und Zuchtsauenbestände 1999–2006



bestehende Begrenzung der Milchproduktion (Milchquote) zurückzuführen. Da die durchschnittliche Milchleistung einer Milchkuh zunimmt, sind immer weniger Kühe für die Ausschöpfung der Milchquote erforderlich.

Die Haltung von Ammen- und Mutterkühen ist eine Möglichkeit, um die nicht mehr für die Milchproduktion benötigten Grünlandflächen zu nut-

zen. Während bis zum Jahr 2000 die Bestände zulegen konnten, sind sie seitdem rückläufig. Anfang Mai wurden noch 46 700 Tiere gezählt, das waren 13% weniger als im Jahr 2000. Dies dürfte auf die geringere Förderung der Ammen- und Mutterkuhhaltung in den letzten Jahren zurückzuführen sein. Gestoppt wurde der Bestandsabbau bei den männlichen Rindern. Ihre Zahl lag mit 43 100 Tie-

ren geringfügig über dem Vorjahresbestand (+1,5%). Möglicherweise hat die bessere Marktpreissituation hierzu beigetragen.

Der Rückgang des Schweinebestandes wird durch Abnahmen bei den Jung- und Mastschweinen bestimmt. Der Mastschweinebestand reduzierte sich um 7% auf 121 400 Tiere. An Jungschweinen (Schweine mit 20 bis unter 50 kg Lebendgewicht) standen noch 73 800 Tiere (–5%) in den Ställen. Die Ferkelbestände legten demgegenüber zu. Mit 80 400 Tieren wurde der Vorjahreswert um 2,1% übertroffen. An Zuchtsauen und Ebern wurden 28 600 Tieren gehalten. Das waren geringfügig weniger als im Vorjahr (–1,2%).

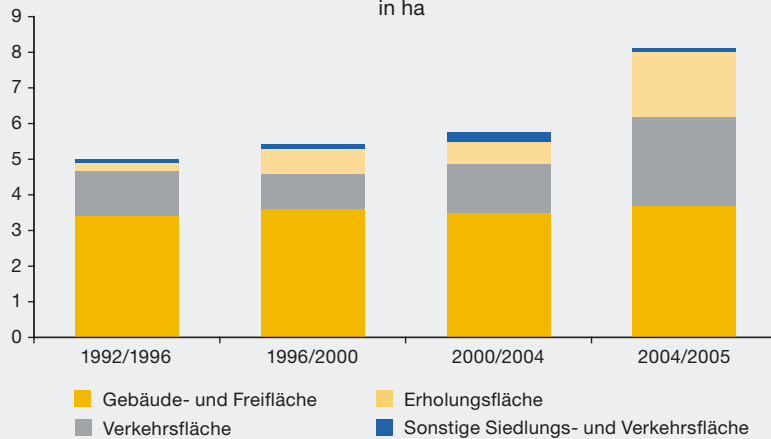
Landwirtschaft verliert weiter an Boden

14% der Landesfläche dienen Siedlungen und Verkehr

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Rheinland-Pfalz hat 2005 einen neuen Höchststand erreicht. 277 000 ha werden mittlerweile für Siedlungs- und Verkehrszwecke gebraucht. Mit durchschnittlich 8 ha pro Tag dehnten sich neue Baugebiete, Gewerbeflächen, Freizeitanlagen und Verkehrswege im vergangenen Jahr in unvermindertem Tempo aus. Etwa alle zwei Stunden wurde eine freie, zumeist land- oder forstwirtschaftlich genutzte Fläche von der Größe eines Fußballplatzes (70 x 100 m) für Siedlungsaktivitäten verwendet. Damit hält die Inanspruchnahme von

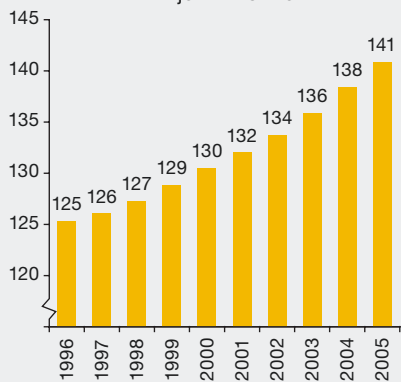
Flächenverbrauch 1992–2005

Durchschnittlicher täglicher Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in ha



Gebäude- und Freifläche für Wohnen 1996–2005

m² je Einwohner



Grund und Boden, die in den letzten Jahren durchschnittlich 5 bis 6 ha täglich betragen hatte, unvermindert an. Rheinland-Pfalz nimmt mit seinem Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil von 14% hinter Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Hessen einen vorderen Rang unter den Flächenländern ein. Deutschlandweit machen Siedlungen und Verkehr knapp 13% des gesamten Bundesgebiets aus.

Trotz leicht rückläufiger Bevölkerungszahlen – zum Jahresende 2005 waren in Rheinland-Pfalz 4,059 Mill. Einwohner (–0,1% gegenüber 2004) gemeldet – stieg die Siedlungs- und Verkehrsfläche (+1,1%) weiter an. Verkehrsflächen (122 700 ha) nahmen um 0,7% zu, Gebäude- und Freiflächen (114 800 ha) wuchsen um 1,2%. Relativ stark (+2,2%) dehnten sich auch die vorwiegend Freizeit Zwecken dienenden Erholungsflächen, wie z. B. Gärten, Parks und Sportflächen, aus; sie umfassen aktuell 31 600 ha. Bei den Wohnhäusern, der mit 57 200 ha bedeutendsten Nutzungsart der Gebäude- und Freifläche, gab es einen Anstieg der Grundstücksflächen um 1,7%. Rein rechnerisch entfallen damit auf jeden Einwohner 141 m². Eine Aussage über den tatsächlichen Umfang der Wohnnutzung, z. B. im Hinblick auf zu vermutende Leerstände, kann leider nicht getroffen werden.

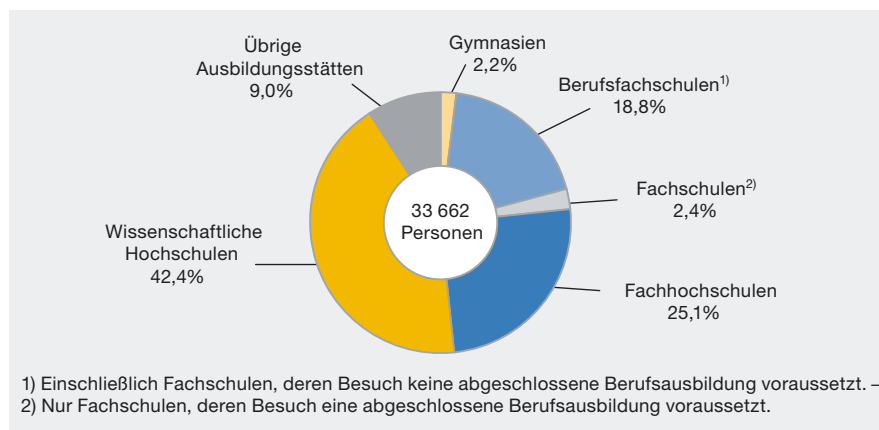
Die fortschreitende Inanspruchnahme der Flächen für Siedlungszwecke geht insbesondere zu Lasten der Landwirtschaft (844 500 ha; –0,2%), der nach wie vor Bodenflächen nachhaltig entzogen werden. Hier bildet Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von 42,5% an der Landesfläche zusammen mit Hessen ohnehin schon das Schlusslicht unter Deutschlands Flächenländern. Die Zunahme bei den Wäldern um 0,2% auf 825 400 ha ist unter anderem auch auf Umstellungseffekte im Nutzungsartenkatalog zurückzuführen. Militärisches Übungsgelände wird nicht mehr unter „Flächen anderer Nutzung“ (8 500 ha; –25%) geführt, sondern anderen Hauptnutzungsarten wie der Waldfläche („Gehölz“) oder der Landwirtschaftsfläche (z. B. als „Grünland“) zugeordnet. Mit einem Waldanteil von 41,6% ist Rheinland-Pfalz vor allem dank ausgedehnter Forsten wie dem Pfälzerwald bundesweit führend.

Zahl der BAföG-Empfänger leicht gestiegen

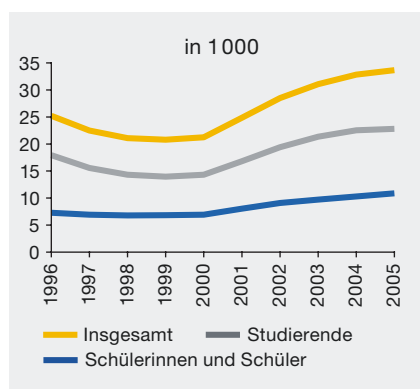
Zwei Drittel der Geförderten sind Studierende

Im Verlauf des Jahres 2005 erhielten in Rheinland-Pfalz 33 662 junge Menschen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Das waren 827 Empfänger oder 2,5% mehr als ein Jahr zuvor. Damit ist die Zahl der BAföG-Bezieher im Land stärker gestiegen als im Bundesgebiet. Bundesweit wurde lediglich ein Anstieg um 2% registriert.

Empfängerinnen und Empfänger von BAföG-Leistungen 2005 nach Bildungsgängen



Empfängerinnen und Empfänger von BAföG-Leistungen 1996–2005



Die Zahl der geförderten Studierenden im Land nahm gegenüber dem Vorjahr um 263 oder 1,2% zu. Einen deutlich stärkeren Anstieg gab es bei den Beziehern von „Schüler-BAföG“. Der Kreis der geförderten Schülerinnen und Schüler wuchs um 564 Personen oder 5,5%. Von den insgesamt knapp 33 700 BAföG-Beziehern des Jahres 2005 waren gut zwei Drittel Studierende. Von diesen waren 14 275 (+2,3%) an wissenschaftlichen Hochschulen und 8 460 (–0,7%) an Fachhochschulen

immatrikuliert. Von den insgesamt 10 870 geförderten Schülerinnen und Schülern besuchten 6 341 eine Berufsfachschule (+7,9%) und 751 ein Gymnasium (+1,8%).

Die Unterstützung erstreckte sich nicht bei allen Geförderten über das ganze Jahr. Im Monatsdurchschnitt 2005 wurden gut 21 300 Personen (15 000 Studierende sowie 6 300 Schülerinnen und Schüler) und damit 1,6% mehr als im Jahr 2004 unterstützt.

Die Leistungen nach dem BAföG beliefen sich im Jahr 2005 auf über 87,6 Mill. Euro. Das waren +1,6 Mill. Euro (+1,9%) mehr als im Vorjahr. Knapp 63% oder 55 Mill. Euro wurden an Zuschüssen und 37% oder 32,6 Mill. Euro an Darlehen gewährt. Für Studierende wurden 65,9 Mill. Euro und für Schüler 21,7 Mill. Euro bereitgestellt.

Im Schnitt entfiel im Jahr 2005 auf jeden BAföG-Bezieher ein monatlicher Förderbetrag von 342 Euro. Die geförderten Studierenden erhielten

durchschnittlich 366 Euro, die geförderten Schülerinnen und Schüler 285 Euro je Monat.

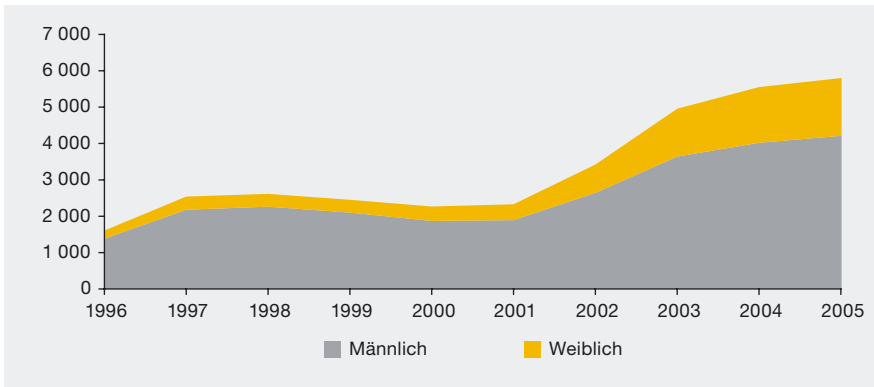
5 803 Personen erhielten 2005 Leistungen nach dem „Meister-BAföG“

Zuwachs fiel mit 4,5% moderater als in den Vorjahren aus

Im vergangenen Jahr erhielten in Rheinland-Pfalz 5 803 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), im Volksmund auch „Meister-BAföG“ genannt. Das waren 252 Empfänger oder 4,5% mehr als im Jahr 2004. Damit fiel der Anstieg wesentlich moderater aus als in den vorangegangenen Jahren. Bedingt durch die deutliche Ausweitung der Fördermöglichkeiten zum 1. Januar 2002 hatten die Zuwachsraten in den drei vorangegangenen Jahren jeweils klar im zweistelligen Bereich gelegen (2002: +47%; 2003: +45%; 2004: +12%). Bundesweit ist die Zahl der Geförderten im Vorjahresvergleich um knapp 6% auf 141 000 Personen gestiegen.

Unter den geförderten Rheinland-Pfälzern waren Männer mit 73% (4 214 Personen) deutlich in der Mehrzahl. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der männlichen Leistungsbezieher um 4,8% (+194) an. Die Zahl der weiblichen Leistungsempfänger stieg demgegenüber nur unterproportional. Hier betrug die Zunahme 3,7% oder 57 Personen auf 1 588 Geförderte.

Geförderte nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 1996–2005



Die Mehrzahl der Geförderten (3 813 Personen bzw. 66%) besuchten im Rahmen ihrer beruflichen Aufstiegsfortbildung Maßnahmen in Teilzeitform. 1 990 Personen (34%) erhielten ihre Förderung zur Finanzierung einer Vollzeitmaßnahme. Gegenüber 2004 stieg die Zahl der Teilzeitgeförderten um 4,3% (+156) und die der Vollzeitgeförderten um 5,1% (+96).

Gut 81% der Geförderten waren zwischen 20 und 35 Jahre alt. Am stärksten vertreten waren 25- bis 29-Jährige (34%), gefolgt von 20- bis 24-Jährigen (33%) und 30- bis 34-Jährigen (14%).

Von den im vergangenen Jahr insgesamt bewilligten Förderleistungen in Höhe von 16,2 Mill. Euro entfielen knapp 5 Mill. Euro auf Zuschüsse und 11,2 Mill. Euro auf Darlehen. Diese Aufwendungen werden zu 78% vom Bund und zu 22% vom Land getragen.

Von den Zuschüssen wurden mehr als 2 Mill. Euro zur Bestreitung des Lebensunterhalts, 6 000 Euro zur Kinderbetreuung und 2,9 Mill. Euro zur Finanzierung von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren gewährt. Von den bewilligten Darlehen entfielen 6,2 Mill. Euro auf Leistungen zur Finanzierung

der Lehrgänge (Maßnahmebeitrag) und 4,7 Mill. Euro auf Unterhaltsleistungen. Weitere 242 000 Euro wurden zur Finanzierung des Meisterstücks oder einer vergleichbaren Prüfungsarbeit gewährt. Inwieweit die bewilligten Darlehen in Anspruch genommen werden, kann jeder Förderungsberechtigte selbst entscheiden. Von dem im vergangenen Jahr bewilligten Darlehensvolumen in Höhe von 11,2 Mill. Euro wurden binnen Jahresfrist letztlich 7,6 Mill. Euro ausbezahlt.

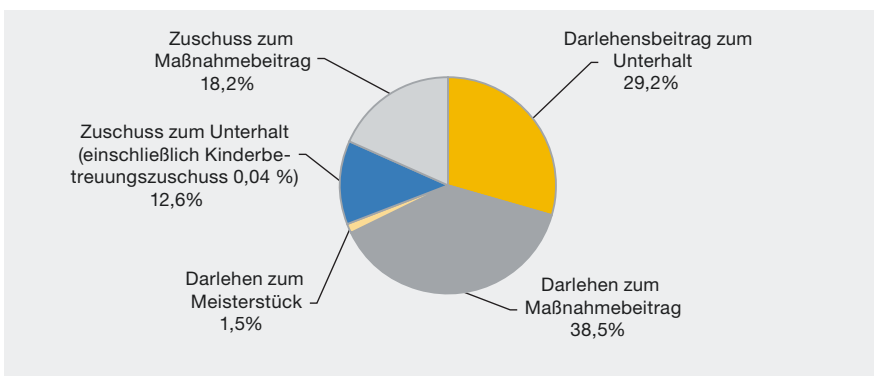
Das AFBG bietet all denjenigen, die sich nach einer ersten qualifizierenden Berufsausbildung beispielsweise zum Handwerks- oder Industriemeister, zum Betriebswirt oder Fachkaufmann weiterbilden möchten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung.

854 Studierende in dualen Studiengängen

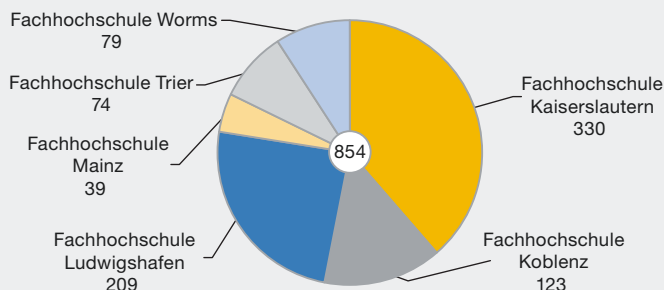
Bankmanagement am stärksten besetzt

Im Wintersemester 2005/06 waren an rheinland-pfälzischen Fachhochschulen 854 Studierende in dualen Studiengängen eingeschrieben. Die Anzahl der Studierenden hat sich in diesen Ausbildungsgängen, die in der Regel mit einer „klassischen Lehrausbildung“ verknüpft sind, gegenüber dem Vorjahressemester kaum verändert (+2). Zuwächsen in einzelnen Studiengängen stand der starke Rückgang der Studierendenzahl im auslaufenden Ausbildungsgang Bankmanagement (–30% bzw. 121

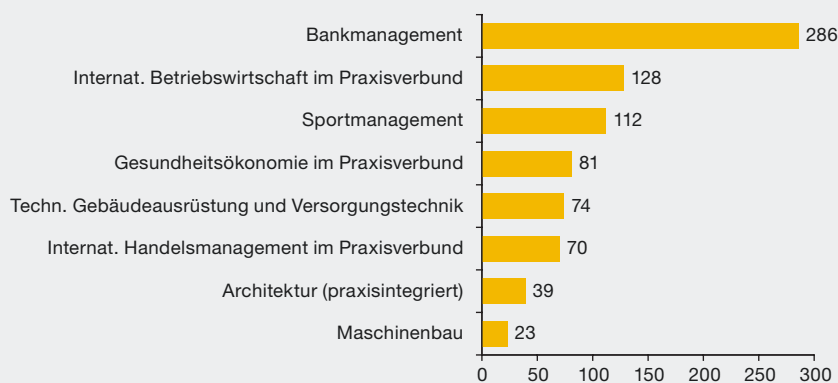
Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2005 nach Art der Förderung



Studierende in dualen Studiengängen im Wintersemester 2005/06 nach Hochschulen



Die acht am stärksten besetzten dualen Studiengänge im Wintersemester 2005/06



Studierende) gegenüber, der zurzeit noch an der FH Kaiserslautern in Zweibrücken angeboten wird.

Von den 854 Studierenden in den insgesamt 17 etablierten Studiengängen waren 535 Männer (63%) und 319 Frauen. Gemessen an der Studierendenzahl größter Ausbildungsanbieter war die Fachhochschule Kaiserslautern mit 330 Immatrikulierten vor der Fachhochschule Ludwigshafen (209) und der Fachhochschule Koblenz (123). Es folgten die Fachhochschule Worms mit 79, die Fachhochschule Trier mit 74 und die Fachhochschule Mainz mit 39 Studierenden. Trotz des starken Rückgangs der Immatriku-

lierten war „Bankmanagement“ auch im Wintersemester 2005/06 mit 286 Studierenden der am stärksten besetzte Studiengang vor „Internationale Betriebswirtschaftslehre im Praxisverbund“ (128) und „Sportmanagement“ (112). Auf den weiteren Plätzen folgten „Gesundheitsökonomie im Praxisverbund“ mit 81, „Technische Gebäudeausrüstung und Versorgungstechnik“ mit 74 und „Internationales Handelsmanagement im Praxisverbund“ mit 70 Auszubildenden.

Im Studienjahr 2005 nahmen insgesamt 213 junge Menschen ein Studium in einem dieser dualen Studiengänge auf.

Als duale Studiengänge werden in der Statistik nur solche Ausbildungsgänge erfasst, bei denen Studium und berufliche Ausbildung bzw. Praxisphasen inhaltlich und zeitlich aufeinander abgestimmt sind und auf einer Kooperationsvereinbarung zwischen Hochschule und Unternehmen basieren. In vielen Ausbildungsgängen ist daher in das Grundstudium die Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf integriert. Nicht zu den dualen Ausbildungsgängen zählen rein berufsbegleitende Studienangebote, in denen die berufspraktische Tätigkeit inhaltlich nicht mit dem Studiengang verknüpft ist.

Im 1. Halbjahr 2006 weniger Unfallopfer im Straßenverkehr Zahl der Unfälle fast unverändert

Weniger Verletzte und Getötete bei einer gleich gebliebenen Zahl an Unfällen: Diese Bilanz ergibt sich für das 1. Halbjahr 2006 aus den monatlichen Meldungen der Polizeidienststellen des Landes. 117 Menschen verloren von Januar bis einschließlich Juni 2006 bei Verkehrsunfällen ihr Leben, zehn weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Schwer verletzt wurden 1 800 Unfallbeteiligte, das waren 9% weniger als im 1. Halbjahr 2005 (1 977). Auch die Zahl der Leichtverletzten lag mit rund 7 600 um gut 11 % unter der des Vorjahreszeitraums. Insgesamt registrierte die Polizei 59 636 Unfälle, fast ebenso viele wie in den ersten sechs Monaten des Vorjahres (59 711).

Aus der amtlichen Statistik

Statistischer Landesausschuss begrüßt Arbeitsteilung zwischen den Landesämtern und Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft

Der Statistische Landesausschuss informierte sich auf seiner 40. Tagung in Bad Ems über die aktuellen Maßnahmen, mit denen Effizienz und Qualität der amtlichen Statistik gesteigert und die Auskunftspflichtigen entlastet werden sollen. Das Gremium aus Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung begrüßte die Fortschritte bei der Umsetzung der Reform.

Das für die Aufbereitung einer Statistik erforderliche DV-Programm soll künftig für alle Ämter zentral in einem Amt installiert und gepflegt werden. Ebenso wird die Datenhaltung diesem Prinzip folgen. Mit der so genannten „Patenlandfunktion“ wird die ämterübergreifende Arbeitsteilung auch auf statistische Methoden und Verfahren ausgedehnt. Jedes Landesamt wird sich auf eine Reihe von Statistiken spezialisieren, was gleichermaßen zu Kostensenkungen und zu Qualitätssteigerungen führen wird. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz wird nach dieser Vereinbarung u. a. für den Bereich der Steuer- und der Verdienststatistiken zuständig sein. Bereits seit Jahrzehnten teilen sich die statistischen Landesämter die Arbeit bei der Softwareentwicklung.

Sehr positiv reagierte der Statistische Landesausschuss auch auf die Absicht der Bundesregierung, dass sich Deutschland an der für 2010/2011 EU-weit geplanten Volkszählungsrunde beteiligt. Das Gremium wurde über die geplante Ausgestaltung des so genannten registergestützten Zensus informiert, der durch die weitgehende Nutzung vorhandener Daten wesentlich kostengünstiger ist und für die Bürgerinnen und Bürger deutlich weniger Belastungen mit sich bringt als eine herkömmliche Volkszählung. Kritische Anmerkungen kamen von den Vertretern der Kommunen, die sich insbesondere um die Bereitstellung kleinräumlicher Auswertungen sorgen. Im Hinblick auf die Erhebungsmethodik und das Erhebungsprogramm müssen in den nächsten Jahren noch viele Fragen geklärt werden.

Der Statistische Landesausschuss begrüßte auch die Anstrengungen zur weiteren Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten. Mit dem vom Bundesrat noch zu beschließenden Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse werden beispielsweise von 2007 an Betriebe im verarbeitenden

Gewerbe mit weniger als 50 tätigen Personen von der Berichtspflicht zur monatlichen Konjunkturbeobachtung befreit. Bislang lag die so genannte „Abschneidegrenze“ bei 20 Beschäftigten. Der Entlastungseffekt beträgt für rheinland-pfälzische Betriebe immerhin 50%, das heißt, statt bisher rund 2 000 Betriebe werden nur noch knapp 1 000 befragt.

Dem Gremium wurden weitere Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft vorgestellt, beispielsweise die angestrebte verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten oder die Verlängerung von Erhebungsintervallen. Zugleich wurde aber auch auf mögliche Konsequenzen für die Aussagefähigkeit der Daten hingewiesen, insbesondere hinsichtlich der fachlichen oder regionalen Tiefe. Man war sich allerdings einig, dass der Entlastung der Wirtschaft zentrale Bedeutung zukommen muss. Erstaunt zeigte man sich dennoch über die Tatsache, dass von den über 172 000 Unternehmen in Rheinland-Pfalz nur 15% zu einer oder mehreren Statistiken berichten müssen.

Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung – erstmals Bevölkerungsrückgang in Rheinland-Pfalz



Von Günter Ickler

Erstmals seit 18 Jahren ist die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz gesunken. Am 31. Dezember 2005 lebten annähernd 4,059 Mill. Menschen im Land; das waren fast 2 300 weniger als ein Jahr zuvor. Im Verlauf des Jahres 2005 zogen über 100 000 Menschen nach Rheinland-Pfalz, gleichzeitig verließen mehr als 92 000 das Land. Dieser positive Saldo der Wanderungsbewegung reichte nicht mehr aus, um den negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen. Der weitere Trend ist eindeutig vorgezeichnet. Die Bevölkerung wird auch in den kommenden Jahren zurückgehen.

Schrumpfende Bevölkerung

2005: Bevölkerungsabnahme um fast 2 300 Personen

Die rheinland-pfälzische Bevölkerungszahl ist im Jahr 2005 gesunken. Am Ende des vergangenen Jahres lebten 4 058 843 Menschen in Rheinland-Pfalz. Damit hat sich der seit 1987 zu verzeichnende Aufwärtstrend nicht mehr fortgesetzt. Der Rückgang um 2 262 Personen resultierte aus einer negativen Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die auch durch einen positiven Wanderungssaldo nicht mehr ausgeglichen werden konnte. Im Verlauf des Jahres lag die Zahl der Gestorbenen um 10 200 über der Zahl der Geborenen. Die Zahl der Zuzüge übertraf die der Fortzüge um rund 7 900.

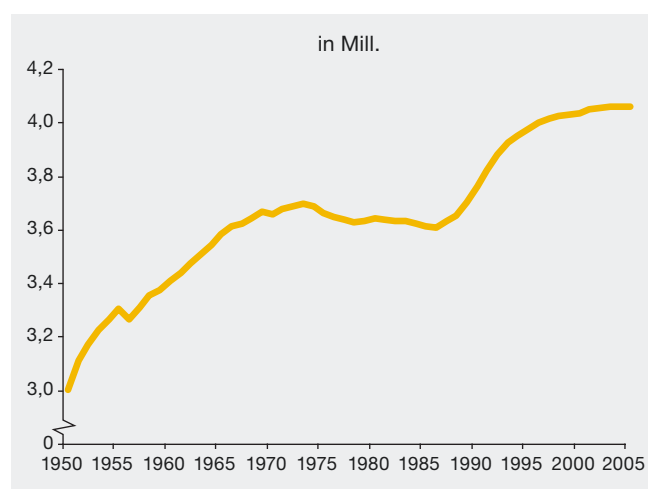
Langfristig Bevölkerungszunahme

In der Vergangenheit war die Bevölkerungsentwicklung über lange Zeiträume hinweg durch Zuwächse gekennzeichnet. Es gab aber auch schon einmal eine längere Phase des Bevölkerungsrückgangs. Von Anfang

der 1970er-Jahre bis Ende der 1980er-Jahre sank die Einwohnerzahl um 2,4%. Die Entwicklung seit Ende der 1980er-Jahre ist stark durch die Wende in Mittel- und Osteuropa beeinflusst. Von 1989 bis 2004 stieg die Bevölkerungszahl um fast 10%.

S 1

Bevölkerungsentwicklung 1950–2005



Langfristige Entwicklung von Geburten und Sterbefällen – Gestorbenenüberschuss seit 1972

Die Bevölkerungsentwicklung resultiert aus dem Verlauf ihrer einzelnen Komponenten, die langfristig gesehen eine zum Teil sehr ausgeprägte Dynamik aufweisen.

So haben sich bei der Geburtenentwicklung im Zeitablauf gravierende Änderungen vollzogen. Mit 67 800 Neugeborenen gab es 1963 die höchste Geburtenzahl in der Geschichte des Landes. Danach sanken die Geburtenzahlen nachhaltig. Der vorübergehende Anstieg Ende der 1980er-Jahre ist auf die stärker besetzten Elternjahrgänge in dieser Zeit zurückzuführen.

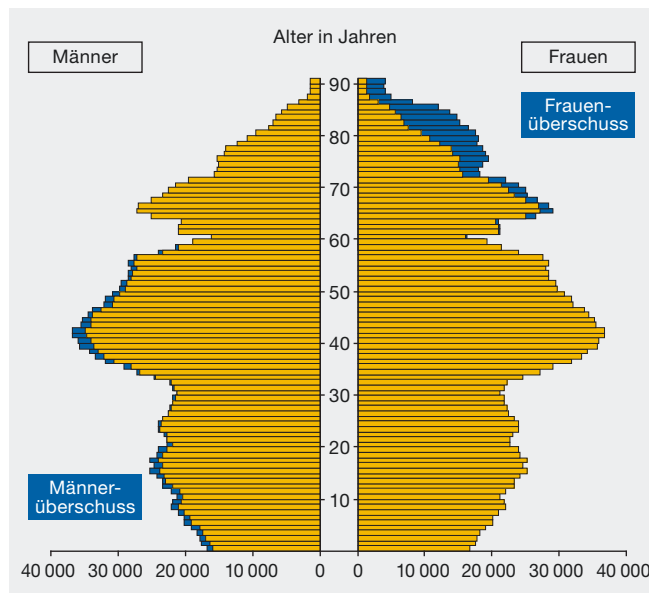
Die Zahl der Geborenen wird entscheidend durch die Geburtenrate bestimmt, die als Ausdruck der Geburtenneigung zu sehen ist. Zur Bestandserhaltung der Bevölkerung müsste jede Frau in ihrem Leben durchschnittlich 2,1 Kinder zur Welt bringen. Im Jahr 1963 lag die Geburtenrate bei 2,8. Seit Mitte der 1970er-Jahre schwankt sie um einen Wert von nur noch 1,4 Kindern je Frau.

Seit 1997 nimmt die Zahl der Lebendgeborenen ständig ab. Mit knapp 32 600 Kindern, die im Jahr 2005 das Licht der Welt erblickten, wurde ein neuer Tiefstand erreicht, der um nahezu 22% unter dem Wert des Jahres 1997 liegt.

Bei gleich bleibender Geburtenrate ist mit weiter sinkenden Geborenenzahlen zu rechnen, da der Umfang der entsprechenden Elternjahrgänge immer kleiner wird. Die gegenwärtige Altersstruktur der Bevölkerung, die anschaulich in der grafischen Darstellung des Bevölkerungsbau zum Ausdruck

S 2

Altersaufbau der Bevölkerung 2005



kommt, belegt dies deutlich. Selbst wenn – unter Umständen durch entsprechende familienpolitische Maßnahmen – höhere Geburtenraten erreicht werden könnten, wäre allenfalls eine Abschwächung des rückläufigen Trends der Geburtenzahlen denkbar.

Die Zahl der Sterbefälle ist in ihrer langfristigen Entwicklung vor dem Hintergrund einer stetig steigenden Lebenserwartung zu sehen, die für sich genommen eine Verringerung der Gestorbenenahlen erwarten ließe. Es ist jedoch eine tendenziell zunehmende Zahl der Sterbefälle zu verzeichnen, die sich aus einer bislang gewachsenen Gesamtbevölkerung und insbesondere einer zunehmenden Zahl älterer Menschen ergibt. Die schwankenden Gestorbenenahlen resultieren – auch in den letzten Jahren noch – aus dem sehr unregelmäßigen, insbesondere von den Kriegsauswirkungen beeinflussten Altersaufbau bei den älteren Menschen. Dies lässt sich wiederum an der aktuellen

Trotz steigender Lebenserwartung mehr Sterbefälle

Deutlich rückläufige Geburtenzahlen

Seit 1997 stetiger Rückgang der Zahl der Lebendgeborenen

Darstellung des Bevölkerungsbaums nachvollziehen. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre lag die Zahl der Gestorbenen bei rund 42 700, ein Wert, der auch im Jahr 2005 in etwa zu verzeichnen war.

Seit 1972 mehr Gestorbene als Geborene

Aus der Entwicklung der Lebendgeborenen und der Gestorbenen ergibt sich ein Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung, der seit 1972 negativ ist. Das heißt, die Zahl der Sterbefälle ist seitdem größer als die der Geburten. Lediglich 1992 gab es noch einmal einen – allerdings nicht nennenswerten – positiven Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung. In den letzten Jahren nimmt der Negativsaldo tendenziell zu: 1997 lag er noch bei rund 1 500, im Jahr 2005 schon bei deutlich über 10 000.

Die für die Geburten und Sterbefälle vorgezeichneten Entwicklungstendenzen lassen in den kommenden Jahren einen weiterhin steigenden negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung erwarten.

Zukünftig vermutlich weiter rückläufige Bevölkerung

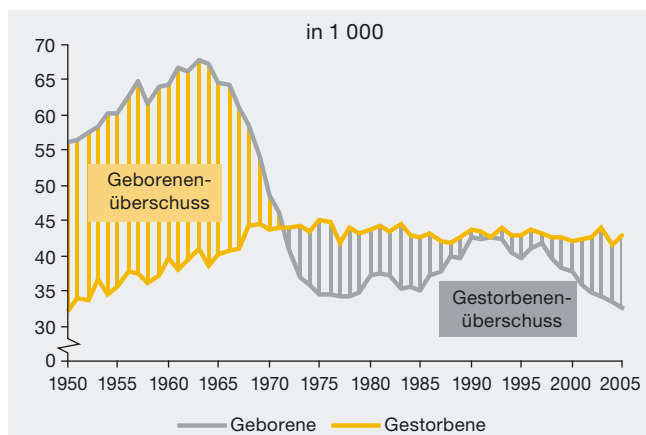
Langfristig unregelmäßige Wanderungsentwicklung

Die zeitliche Entwicklung der Wanderungen ist wesentlich unregelmäßiger als die der Geborenen oder der Gestorbenen. Damit waren Veränderungen in der Gesamtbevölkerungszahl weitaus stärker von den Wanderungen als von der natürlichen Bevölkerungsentwicklung geprägt.

In der Geschichte des Landes sind nahezu regelmäßig mehr Menschen nach Rheinland-Pfalz zugezogen als aus dem Land weggezogen. Damit konnten die Wanderungen über längere Zeiträume zu einer steigenden Bevölkerungszahl beitragen. Besonders hoch waren die Wanderungsgewinne

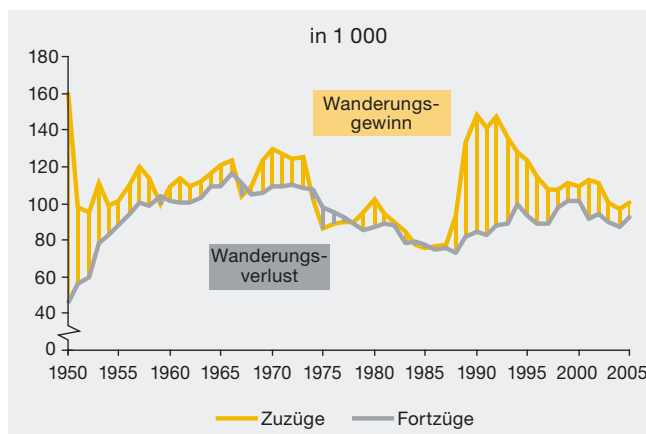
S 3

Geborene und Gestorbene 1950–2005



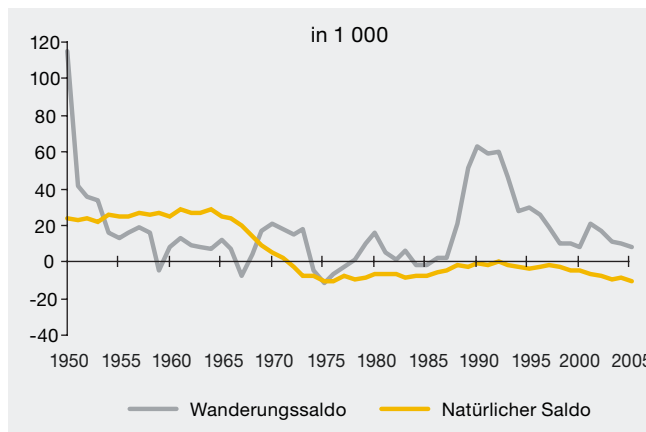
S 4

Wanderungen über die Landesgrenze 1950–2005



S 5

Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Wanderungssaldo 1950–2005



T 1

Bevölkerungsbewegung 1996–2005

Jahr	Lebend- geborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungs- bewegung	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- saldo	Saldo insgesamt	Bevölkerung am 31. 12. ¹⁾
Anzahl								
1996	40 926	43 752	- 2 826	114 240	88 766	25 474	22 648	4 000 567
1997	41 677	43 211	- 1 534	107 372	88 577	18 795	17 261	4 017 828
1998	39 639	42 708	- 3 069	107 598	97 388	10 210	7 141	4 024 969
1999	38 190	42 524	- 4 334	111 409	101 271	10 138	5 804	4 030 773
2000	37 826	42 088	- 4 262	108 973	100 927	8 046	3 784	4 034 557
2001	35 781	42 222	- 6 441	112 497	91 547	20 950	14 509	4 049 066
2002	34 741	42 669	- 7 928	111 090	94 501	16 589	8 661	4 057 727
2003	34 083	43 933	- 9 850	100 869	90 064	10 805	955	4 058 682
2004	33 421	41 563	- 8 142	97 285	86 840	10 445	2 303	4 061 105
2005	32 592	42 784	- 10 192	100 168	92 313	7 855	- 2 337	4 058 843

1) Seit 2004 errechnet sich die Bevölkerung zum 31.12. nicht nur aus den Bewegungskomponenten, sondern auch aus vorgenommenen Bereinigungen.

in den ersten Nachkriegsjahren sowie Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre infolge der Grenzöffnung zum Osten.

Der Wanderungsgewinn, der 1995 noch bei fast 30 000 lag, fiel bis zum Jahr 2000 auf 8 000 Personen zurück, legte aber im Folgejahr noch einmal kräftig auf nahezu 21 000 Menschen zu. Bis zum Jahr 2004 konnten die anhaltenden, allerdings deutlich rückläufigen Zuwanderungsüberschüsse das Geburtendefizit noch ausgleichen. Ein Wanderungsgewinn von weniger als 8 000 Personen reichte aber nicht mehr aus, um das Geburtendefizit des Jahres 2005 von mehr als 10 000 zu kompensieren.

Die zukünftigen Entwicklungstendenzen der Wanderungen sind weitaus schwieriger abzuschätzen als die der Geborenen oder Gestorbenen. Bei voraussichtlich weiter steigendem Negativsaldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung wären für eine wachsende Bevölkerung wieder zunehmende Wanderungsüberschüsse erforderlich. Eine Entwicklung in diese Richtung

muss gegenwärtig als eher unwahrscheinlich angesehen werden. Damit ist für die kommenden Jahre eine weiter sinkende Bevölkerungszahl zu erwarten.

Unterscheidet man nach Herkunfts- und Zielgebieten wird deutlich, dass die verschiedenen Regionen in sehr unterschiedlichem Ausmaß zu den Wanderungsgewinnen und damit zum Bevölkerungswachstum des Landes beigetragen haben. Naturgemäß bestehen die stärksten Wanderungsverflechtungen mit den Nachbarländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg.

In der Summe aller Bundesländer liegt die Zahl der Zuzüge im Mittel der letzten zehn Jahre bei 69 400, die der Fortzüge bei 58 700 Personen. Dadurch ergibt sich ein positiver Saldo von durchschnittlich 10 700 Personen. Die aktuellen Werte des Jahres 2005 liegen für die Zuzüge etwas unter diesem Durchschnittswert und für die Fortzüge darüber, woraus ein deutlich geringerer Saldo von +9 000 resultiert.

Sinkende Wanderungsgewinne stehen wachsenden Geburtendefiziten gegenüber

Wanderungsverflechtungen mit anderen Bundesländern

Die Wanderungsströme mit dem Ausland fallen weit geringer aus. Im Zehnjahresdurchschnitt liegen die Zuzüge bei 37 700, die Fortzüge bei 34 600 Personen. Die aktuellen Werte des Jahres 2005 sind mit rund 31 300 bzw. 32 500 nicht nur deutlich kleiner, sondern es ergibt sich hieraus erstmals seit fünf Jahren auch wieder ein negativer Saldo. Bei dieser Betrachtung werden die Wanderungsverflechtungen mit unbekanntem Herkunfts- und Zielort dem Ausland zugeschlagen.

Anteil der älteren Bevölkerung wächst

Durchschnittsalter nimmt zu

Hinsichtlich der Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung ist seit vielen Jahren ein eindeutiger Trend zu beobachten, der unter anderem in einem steigenden Durchschnittsalter zum Ausdruck kommt. War die rheinland-pfälzische Bevölkerung 1950 durchschnittlich 32 Jahre alt, so liegt das Durchschnittsalter (Median) jetzt bei 41 Jahren.

Eine Untergliederung nach drei Altersgruppen zeigt die markanteste Entwicklung bei der älteren Bevölkerung. Die Zahl der Menschen, die 60 Jahre oder älter sind, hat sich seit 1950 weit mehr als verdoppelt und innerhalb der letzten zehn Jahre um 15,2% zugenommen. Allerdings war sie im letzten Jahr erstmals rückläufig (-0,5%); die Erklärung hierfür lässt sich aber schnell anhand des aktuellen Bevölkerungsbaums finden. Die wegen des Geburtenausfalls infolge des Zweiten Weltkriegs sehr schwach besetzten Jahrgänge rücken jetzt in die entsprechenden Altersjahre vor. Dieser Effekt ist jedoch nur vorübergehend und darf keinesfalls als Trendumkehr gewertet werden.

T 2

Wanderungen über die Landesgrenze 1996–2005

Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
Wanderungsverflechtungen mit den anderen Bundesländern			
1996	71 399	58 169	13 230
1997	69 487	58 250	11 237
1998	69 215	58 414	10 801
1999	69 857	58 311	11 546
2000	69 316	59 613	9 703
2001	70 471	57 613	12 858
2002	71 522	59 069	12 453
2003	67 025	58 510	8 515
2004	66 895	58 790	8 105
2005	68 840	59 842	8 998

Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland¹⁾

1996	42 841	30 597	12 244
1997	37 885	30 327	7 558
1998	38 383	38 974	-591
1999	41 552	42 960	-1 408
2000	39 657	41 314	-1 657
2001	42 026	33 934	8 092
2002	39 568	35 432	4 136
2003	33 844	31 554	2 290
2004	30 390	28 050	2 340
2005	31 328	32 471	-1 143

1) Einschließlich unbekannte Herkunfts- und Zielgebiete.

T 3

Bevölkerung 1995–2005 nach dem Alter

Jahr	Insgesamt	Davon im Alter von ... Jahren		
		unter 20	20 – 60	60 und älter
1995	3 977 919	862 009	2 239 902	876 008
1996	4 000 567	871 815	2 235 715	893 037
1997	4 017 828	878 705	2 228 848	910 275
1998	4 024 969	880 163	2 213 817	930 989
1999	4 030 773	881 484	2 195 711	953 578
2000	4 034 557	877 798	2 179 947	976 812
2001	4 049 066	874 545	2 179 510	995 011
2002	4 057 727	869 258	2 186 884	1 001 585
2003	4 058 682	862 347	2 189 290	1 007 045
2004	4 061 105	853 739	2 193 543	1 013 823
2005	4 058 843	843 306	2 206 749	1 008 788

Die Zahl der unter 20-Jährigen hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre um 2,2% und im Verlaufe des vergangenen Jahres um 1,2% reduziert.

Sonderentwicklung in Mainz bremst Bevölkerungsrückgang

In den meisten Kreisen und kreisfreien Städten schrumpft die Bevölkerung

Der Rückgang der Bevölkerungszahl im Jahr 2005 muss noch als relativ moderat angesehen werden. Er wäre deutlich höher ausgefallen, hätte es in der Landeshauptstadt Mainz nicht eine Besonderheit gegeben.

Die meisten kreisfreien Städte und Landkreise haben im Jahr 2005 eine schrumpfende Bevölkerung. Relativ gesehen am stärksten fällt der Verlust je 1 000 Einwohner mit 11 bzw. 11,5 Personen im Landkreis Birkenfeld und in der Stadt Pirmasens aus. Acht Kreise bzw. kreisfreie Städte haben eine geringfügig wachsende Bevölkerung. Auf 1 000 Einwohner bezogen liegen die Werte zwischen 0,4 im Landkreis Bad Dürkheim und 4,9 in Landau.

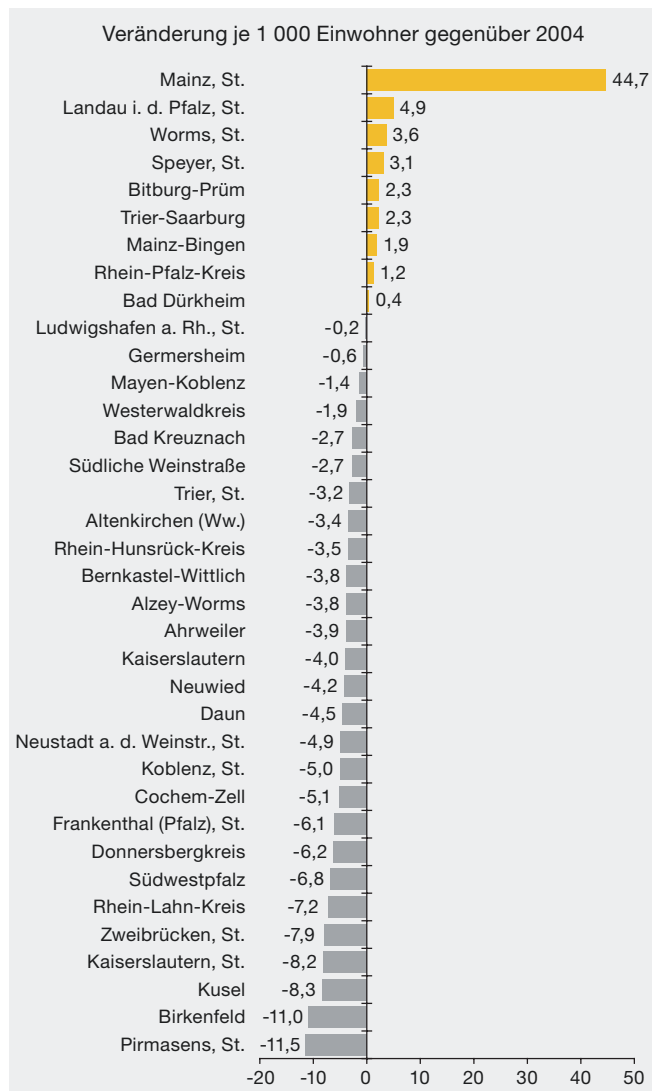
Von dieser Entwicklung hebt sich die Stadt Mainz sehr deutlich ab. Um 8 311 Personen bzw. 44,7 je 1 000 Einwohner ist Mainz im vergangenen Jahr gewachsen.

Einführung einer Zweitwohnungssteuer in Mainz ließ die Einwohnerzahl sprunghaft steigen

Hintergrund ist die Einführung einer Zweitwohnungssteuer in Mainz. Personen mit einer Nebenwohnung in der Landeshauptstadt müssen seit dem 1. Juni 2005 eine Abgabe in Höhe von 10% ihrer Kaltmiete zahlen. Um diese Abgabe zu umgehen, haben zahlreiche Einwohner ihren Mainzer Zweitwohnsitz in den Hauptwohnsitz umgewandelt. Dabei dürfte es sich überwiegend um Studierende handeln, die damit ihre Hauptwohnung am Heimatwohnsitz aufgegeben haben. Dies verursachte nicht nur in rheinland-pfälzischen Gemeinden, sondern auch im benachbarten Hessen Bevölkerungsverluste.

S 6

Bevölkerungsentwicklung 2005 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Betrachtet man die Entwicklung über die vergangenen zehn Jahre, so zeigen sich in den meisten Gebieten noch wachsende Bevölkerungszahlen. In zehn der 36 kreisfreien Städte und Landkreise ist die Bevölkerung in diesem Zeitraum hingegen bereits zurückgegangen. Die regionalen Unterschiede sind markant. Der mit Abstand stärkste Schrumpfungsprozess vollzieht sich in der Stadt Pirmasens. Um 10,8% ging die Einwohnerzahl hier seit 1995 zurück. Wesent-

Mit Abstand stärkste Bevölkerungsabnahme in Pirmasens

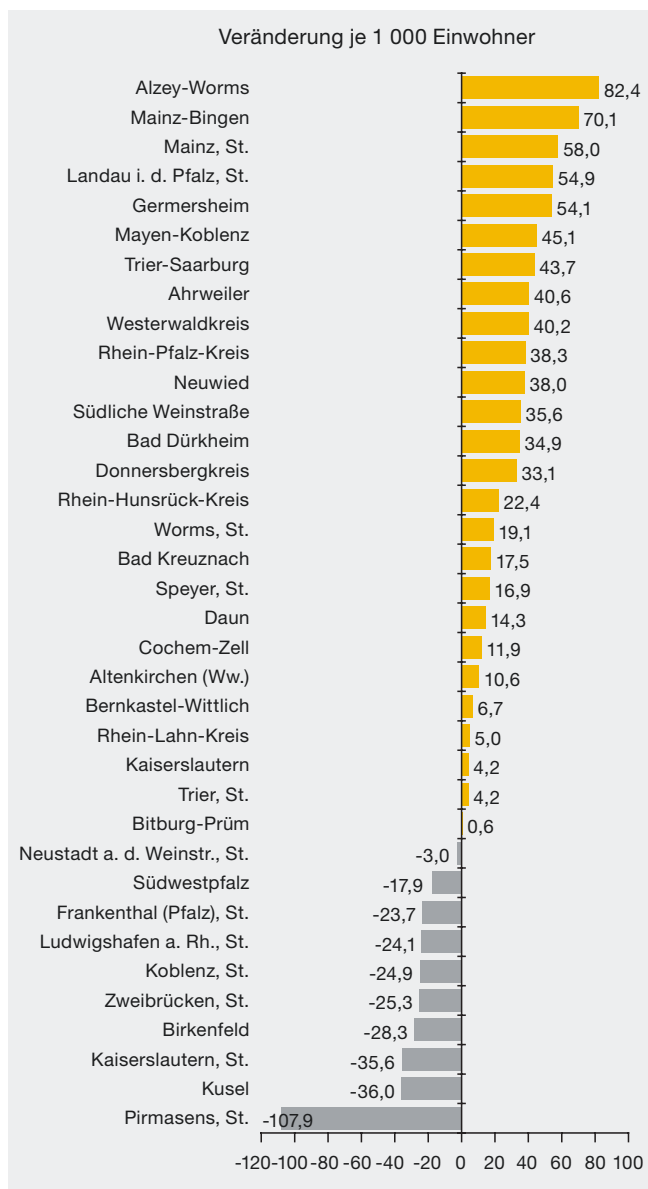
T 4

Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung 1996–2005 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis Land	Lebend- geborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungs- bewegung	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- saldo	Saldo insgesamt
in der Summe der Jahre 1996 bis 2005							
Frankenthal (Pfalz), St.	4 232	5 028	-796	27 461	27 811	-350	-1 146
Kaiserslautern, St.	8 803	11 306	-2 503	59 603	60 739	-1 136	-3 639
Koblenz, St.	9 991	12 536	-2 247	65 139	65 318	-179	-2 426
Landau i. d. Pfalz, St.	3 874	4 408	-534	27 457	24 744	2 713	2 179
Ludwigshafen a. Rh., St.	15 690	16 951	-1 261	85 755	88 535	-2 780	-4 041
Mainz, St.	17 947	17 527	420	136 639	126 425	10 214	10 634
Neustadt a. d. Weinstr., St.	4 838	6 112	-1 274	26 573	25 461	1 112	-162
Pirmasens, St.	3 767	6 789	-3 022	19 746	21 950	-2 204	-5 226
Speyer, St.	4 888	5 787	-899	29 435	27 704	1 731	832
Trier, St.	9 046	10 827	-1 781	64 930	62 740	2 190	409
Worms, St.	7 717	9 051	-1 334	41 348	38 490	2 858	1 524
Zweibrücken, St.	3 125	4 278	-1 153	17 143	16 906	237	-916
Ahrweiler	11 733	14 540	-2 807	55 148	47 256	7 892	5 085
Altenkirchen (Ww.)	12 648	14 557	-1 909	53 129	49 791	3 338	1 429
Alzey-Worms	11 854	11 782	72	60 243	50 704	9 539	9 611
Bad Dürkheim	11 552	14 828	-3 276	59 731	51 907	7 824	4 548
Bad Kreuznach	14 059	17 779	-3 720	56 348	49 909	6 439	2 719
Bernkastel-Wittlich	10 264	12 391	-2 127	37 412	34 534	2 878	751
Birkenfeld	7 682	10 577	-2 895	29 711	29 371	340	-2 555
Bitburg-Prüm	9 191	10 515	-1 324	29 495	28 115	1 380	56
Cochem-Zell	6 000	7 268	-1 268	23 300	21 259	2 041	773
Daun	5 957	7 198	-1 241	25 152	23 013	2 139	898
Donnersbergkreis	7 310	8 350	-1 040	34 653	31 093	3 560	2 520
Germersheim	11 821	10 714	1 107	54 214	48 904	5 310	6 417
Kaiserslautern	10 056	12 072	-2 016	49 893	47 422	2 471	455
Kusel	6 483	9 074	-2 591	25 505	25 778	-273	-2 864
Mainz-Bingen	18 977	16 736	2 241	103 134	92 253	10 881	13 122
Mayen-Koblenz	19 112	21 777	-2 665	88 296	76 420	11 876	9 211
Neuwied	17 326	20 059	-2 733	78 941	69 430	9 511	6 778
Rhein-Hunsrück-Kreis	9 714	11 336	-1 622	39 382	35 447	3 935	2 313
Rhein-Lahn-Kreis	11 224	15 129	-3 905	55 342	50 808	4 534	629
Rhein-Pfalz-Kreis	12 266	13 870	-1 604	71 328	64 249	7 079	5 475
Südliche Weinstraße	9 308	10 788	-1 480	54 161	48 882	5 279	3 799
Südwestpfalz	8 210	10 954	-2 744	37 614	36 750	864	-1 880
Trier-Saarburg	12 585	13 641	-1 056	55 213	48 308	6 905	5 849
Westerwaldkreis	19 626	20 919	-1 293	79 138	69 979	9 159	7 866
Rheinland-Pfalz	368 876	427 454	-58 578	1 857 712	1 718 405	139 307	80 729

S 7

Bevölkerungsentwicklung 1995–2005 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



lich niedriger fielen die Bevölkerungsverluste im Landkreis Kusel und der Stadt Kaiserslautern mit jeweils –3,6% aus. Die höchsten Zuwachsraten konnten in diesem Zeitraum die Landkreise Alzey-Worms mit 8,2% und Mainz-Bingen mit 7% verzeichnen.

Eine differenziertere Betrachtung nach der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbewegung zeigt, dass von den zehn kreisfreien Städten und Landkreisen mit rückläufiger Bevölkerung in den letzten zehn Jahren sechs auch einen negativen Wanderungssaldo haben. Dieser fiel – absolut gesehen – am größten in Ludwigshafen (–2 780) und Pirmasens (–2 204) aus. In den vier anderen Verwaltungsbezirken war der positive Wanderungssaldo zu klein, um den negativen Saldo aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen.

Mehr Geborene als Gestorbene haben in dem betrachteten Zeitraum nur die Stadt Mainz und die Landkreise Alzey-Worms und Mainz-Bingen aufzuweisen. Ein deutlich positiver Wanderungssaldo führte in diesen drei Fällen zu den – absolut und relativ gesehen – stärksten Bevölkerungszuwächsen.

Mehr Geborene als Gestorbene gab es nur in Mainz und den Kreisen Alzey-Worms und Mainz-Bingen

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Bevölkerung, Beschäftigte, Soziale Leistungen.

Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Wanderungsbewegungen und Einbürgerungen in Deutschland



Von Alexander Richter

In Heft 7/2006 der Statistischen Monatshefte wurden Einzeldaten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung vorgestellt, die mit Hilfe des Forschungsdatenzentrums für wissenschaftliche Auswertungen genutzt werden können. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick zu Mikrodaten aus der Wanderungs- sowie der Einbürgerungsstatistik. Nach einer Beschreibung von Datenerhebung und -aufbereitung werden ausgewählte Merkmale anhand kleinerer Auswertungsbeispiele näher dargestellt. Hierdurch soll ein erster Eindruck über die Analysemöglichkeiten von Einzeldaten aus diesen beiden Statistiken vermittelt werden.

Aufgaben und Ziele der Wanderungs- und der Einbürgerungsstatistik

Wanderungen sind auch eine Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung

Die Wanderungsstatistik stellt, wie die Statistiken zur natürlichen Bevölkerungsbewegung, eine Grundlage für die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes dar. Darüber hinaus lassen sich mit dieser Statistik Aussagen zu Art und Umfang der räumlichen Bevölkerungsbewegung innerhalb Deutschlands sowie über die Grenzen der Bundesrepublik hinweg treffen. Die Wanderungsstatistik ist somit, neben den Statistiken zur natürlichen Bevölkerungsbewegung, eine weitere Datengrundlage, mit der sich demographische Prozesse in Deutschland beobachten und analysieren lassen. Rechtsgrundlage für die

Wanderungsstatistik ist das Bevölkerungsstatistikgesetz¹⁾.

Demgegenüber bildet das Staatsangehörigkeitsgesetz²⁾ die Rechtsgrundlage für die Einbürgerungsstatistik. Mit Daten aus der

Beiträge über Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik in den Statistischen Monatsheften

Mit einer Folge von Beiträgen werden zur Auswertung bereitstehende Datengrundlagen aus der Bevölkerungsstatistik vorgestellt. Bislang sind erschienen in den Ausgaben

- 7/2006 Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland
- 8/2006 Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Wanderungsbewegungen und Einbürgerungen in Deutschland

Weitere Beiträge folgen in den Ausgaben

- 10/2006 Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Ein Werkzeug für die Betrachtung regionaler Entwicklungen in Rheinland-Pfalz
- 12/2006 Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Grundlage für die Analyse verschiedener demographischer Aspekte

1) Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4.7.1957 i. d. F. vom 14. 3. 1980 (BGBl. I S. 308), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze vom 25. 3. 2002 (BGBl. I S. 1186).

2) Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) vom 22. 7. 1913, zuletzt geändert durch Art. 6 Nr. 9 des Gesetzes vom 14. 3. 2005 (BGBl. I S. 721).

Die Einbürgerungsstatistik wird auf Grundlage des Staatsangehörigkeitsgesetzes erhoben

Einbürgerungsstatistik lassen sich Aussagen über Auswirkungen gesetzlicher Maßnahmen zur Einbürgerung treffen. Diese Statistik bildet somit eine Informationsgrundlage für Fragen zum Staatsangehörigkeitsrecht oder zur Einbürgerungspolitik in der Bundesrepublik.

Beide Statistiken informieren über Migration

Sowohl die Wanderungs- als auch die Einbürgerungsstatistik bieten wesentliche Informationen zur Migration in Deutschland. Beide Statistiken erfassen dieses Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Die Begriffe „Wanderung“ und „Einbürgerung“ in der amtlichen Statistik

Wanderungen werden bis auf Gemeindeebene erfasst

Die Wanderungsstatistik berücksichtigt die räumliche Bewegung von Personen über Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) sowie Wanderungsbewegungen über die Grenzen des Bundesgebietes (Außenwanderung). Darüber hinaus werden auch Wechsel des Wohnungsstatus wie die Änderung einer Neben- in eine Hauptwohnung erhoben. In der amtlichen Statistik umfasst der Begriff „Wanderung“ somit jedes Beziehen einer Wohnung als alleinige Wohnung oder Hauptwohnung und jeden Auszug aus einer alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung sowie die Änderung des Status einer Wohnung. Daten hierzu liegen bis auf die Gemeindeebene³⁾ vor.

Dabei weist die Wanderungsstatistik keine wandernden Personen, sondern Wanderungsfälle nach. Ziehen Personen im Beobachtungszeitraum mehrmals um, ist die Zahl der Wanderungsfälle in der Statistik höher als die Zahl der tatsächlich gewanderten Personen.

Es werden Wanderungsfälle und nicht die gewanderten Personen erfasst

Formal ausgedrückt bezeichnet eine Einbürgerung den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch einen Verwaltungsakt. In der Einbürgerungsstatistik sind ausschließlich diese Fälle enthalten. Fälle in denen die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt⁴⁾ oder, wie bei Spätaussiedlern, per Gesetz erworben wird, sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt.⁵⁾

Einbürgerung bezeichnet den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Verwaltungsakt

Datenerhebung und -aufbereitung

Daten über Wanderungsbewegungen werden im Rahmen einer einheitlichen Bundesstatistik in den alten Bundesländern bereits seit 1950 erhoben. Für die Einbürgerungsstatistik gibt es erst seit dem Jahr 2000 eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung. Davor wurden Einbürgerungen im Rahmen einer koordinierten Länderstatistik erfasst.

Alle für die Wanderungsstatistik relevanten Informationen über Zu- und Fortzüge bzw. über einen Statuswechsel der Wohnung werden von den Meldebehörden erfasst und durch den Versand von Meldescheinen oder in elektronischer Form an die statistischen Landesämter weitergeleitet. Die Daten zur Einbürgerungsstatistik übermitteln die Einbürgerungsbehörden. Für Personen mit Hauptwohnsitz in Deutschland sind hierbei die Einbürgerungsbehörden des jeweiligen Bundeslandes zuständig. Bei Personen mit Wohnsitz im Ausland nimmt das Bundesverwaltungsamt die Einbürgerung vor.

Melde- bzw. Einbürgerungsbehörden übermitteln die Daten an die statistischen Landesämter

3) Wanderungsfälle innerhalb von Gemeinden werden nicht von den statistischen Landesämtern erfasst.

4) Im Inland geborenes Kind ausländischer Eltern nach § 4 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz.

5) Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Juli 1999 wurde der gesetzliche Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eingeführt. Als Folge dieser Gesetzesänderung sind seit dem 1.8.1999 die Anspruchseinbürgerungen von Aussiedlern, die per Aufnahmebescheid in die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden, in der Statistik nicht mehr enthalten.

Bei Binnenwanderungen werden zwei Einzeldatensätze erstellt

In den statistischen Landesämtern werden – soweit die Daten nicht bereits elektronisch übermittelt wurden – im Rahmen der Datenaufbereitung Einzeldatensätze für Wanderungsfälle und Einbürgerungen erstellt. Während in der Folge für jede Einbürgerung genau ein Datensatz vorliegt, sind es – zumindest bei der Binnenwanderung – für jeden Wanderungsfall zwei. Hintergrund hierfür ist die Bevölkerungsfortschreibung in den einzelnen Bundesländern. Zur Erfassung von Zuzügen aus dem Ausland werden die Daten über Anmeldungen und von Fortzügen ins Ausland die über Abmeldungen herangezogen. Bei der Binnenwanderung bedeutet jeder Zuzug in eine Gemeinde im Bundesgebiet automatisch einen Fortzug aus einer anderen. Die Verarbeitung der Daten erfolgt aber ausschließlich auf der Grundlage von Anmeldungen bzw. Meldungen über einen Statuswechsel der Wohnung. Warum ist dies so?

Untererfassung ausgeschlossen

Bei der Anmeldung in einer Gemeinde bzw. der Änderung des Wohnungsstatus wird bei der Binnenwanderung immer auch die Herkunftsgemeinde erfasst. Angaben über die Herkunftsgemeinde sind somit in allen Zuzugsdatensätzen enthalten. Mit Hilfe dieser Information wird aus einem Zuzugsdatensatz ein damit verbundener Fortzugsdatensatz für die Herkunftsgemeinde erstellt. Seit dem Jahr 2002 besteht für Umzüge innerhalb Deutschlands keine Abmeldepflicht bei der Herkunftsgemeinde mehr.⁶⁾ Durch das beschriebene Verfahren kann bei der Binnenwanderung eine mögliche Untererfassung von Fortzügen, zum Beispiel wegen unterlassener Abmeldungen, ausgeschlossen werden.

Die Mikrodatsätze zu Wanderungsbewegungen und Einbürgerungen werden bei der Datenaufbereitung immer auch einer Prüfung auf Plausibilität unterzogen. Bei unvollständigen oder fehlerhaften Datensätzen findet in Zusammenarbeit mit den Melde- bzw. Einbürgerungsbehörden eine Korrektur statt.

Sofern es sich um Wanderungsbewegungen zwischen zwei Bundesländern handelt, wird bei der Wanderungsstatistik eine Übermittlung der Fortzugsdatensätze notwendig. Zieht beispielsweise ein Koblenzer nach Rostock und meldet sich dort mit seinem Hauptwohnsitz an, dann werden dem Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern die für die Statistik relevanten Daten von der Rostocker Meldebehörde übermittelt. Auf der Grundlage dieser Anmeldedaten wird ein Zuzugsdatensatz für die Stadt Rostock erstellt. Dieser Datensatz enthält unter anderem die Information zur Herkunftsgemeinde, in diesem Fall Koblenz. Mit Hilfe dieser Information erfolgt die Erstellung eines Fortzugsdatensatzes, der an das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz übermittelt wird und somit auch hier die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ermöglicht.

Datenaustausch zwischen Landesämtern bei Wanderungen über die Landesgrenzen

Datenqualität

Inhalt und Umfang der Wanderungs- und der Einbürgerungsstatistik sind jeweils durch eine bundesweit einheitliche Rechtsgrundlage festgelegt. Hierdurch werden eine hohe Datenqualität sowie die bundesweite Vergleichbarkeit der Einzeldatensätze aller 16 Bundesländer gesichert. Beide Statistiken sind Vollerhebungen.

Bundesweite Vergleichbarkeit der Einzeldatensätze

Für die Wanderungsstatistik ist zu beachten, dass nur Informationen erhoben wer-

6) Vgl. Melderechtsrahmengesetz (die Landesmeldegesetze können hiervon abweichen).

den können, von denen die Meldebehörden auch entsprechende Kenntnis erhalten. Die Qualität der Wanderungsstatistik ist daher auch immer eng mit der Einhaltung der melderechtlichen Bestimmungen durch die wandernden Personen verbunden.

Bei Auswertungen über längere Zeiträume sind Gebietsstandsänderungen und Gesetzesänderungen zu beachten

Bei regional tief gegliederten Datenauswertungen über längere Zeiträume kann die Vergleichbarkeit der Ergebnisse aufgrund von Gebietsstandsänderungen, wie Eingemeindungen oder Neugründungen von Gemeinden, eingeschränkt sein. Für Datenauswertungen über längere Zeiträume gilt es bei der Einbürgerungsstatistik auch zu beachten, dass aufgrund stetig angepasster Rechtsgrundlagen eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht uneingeschränkt möglich ist. Mit dem am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz⁷⁾ ist beispielsweise die Möglichkeit gegeben, die für eine Einbürgerung nötige Aufenthaltsdauer durch die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs von acht auf sieben Jahre zu verkürzen. Dies kann bei einem Vergleich von Auswertungsergebnissen für das Merkmal „Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet“ für die Jahre 2004 und 2005 zu Fehlinterpretationen führen. Damit Fehler bei der Interpretation von Analyseergebnissen vermieden werden, stellen die Forschungsdatenzentren den Datennutzern umfangreiche Informationen zu den Statistiken, so genannte Metadaten, zur Verfügung.

Inhalte der beiden Statistiken

Die Einzeldaten der Wanderungs- und der Einbürgerungsstatistik enthalten Angaben zu Geschlecht, Geburtsdatum, Familien-

stand und Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen.

Neben den bereits beschriebenen Angaben zu Herkunfts- und Zielgebiet sind in der Wanderungsstatistik auch Informationen zum Zeitpunkt des Wanderungsfalls und Angaben darüber enthalten, ob es sich um eine An- bzw. Abmeldung oder um einen Statuswechsel der Wohnung handelt.

Wanderungsstatistik

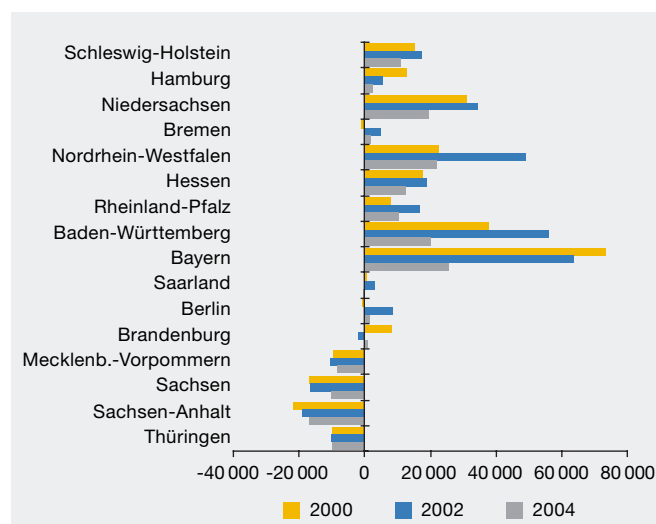
In den Einzeldaten der Einbürgerungsstatistik finden sich neben den bisher genannten Merkmalen auch Angaben zu vorherigen und verbleibenden Staatsangehörigkeiten, zur Rechtsgrundlage der Einbürgerung und zur Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet.

Einbürgerungsstatistik

Um Auswertungsmöglichkeiten von Einzeldatensätzen aus der Wanderungs- und der Einbürgerungsstatistik zu veranschaulichen, sollen im Folgenden einige Merkmale der beiden Statistiken anhand kleiner Beispiele für die Jahre 2000 bis 2004 näher betrachtet werden. Hierbei wird mit der Wanderungsstatistik begonnen.

S 1

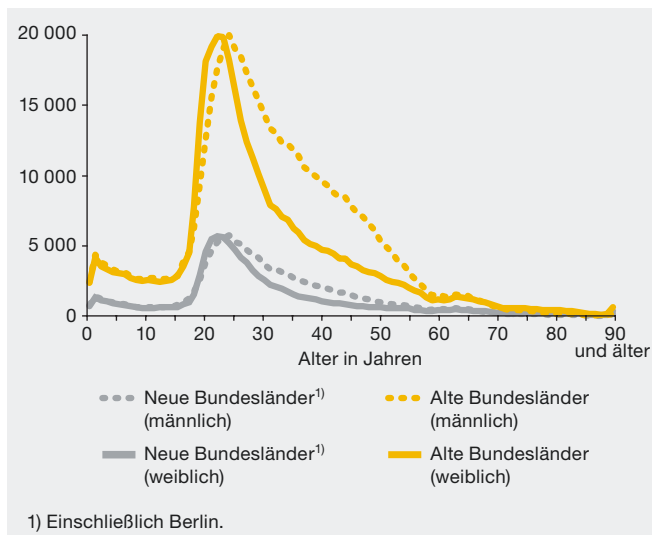
Wanderungssalden 2000, 2002 und 2004 nach Bundesländern



7) Gesetz über die Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) vom 30.6.2004 (BGBl. I S. 1950).

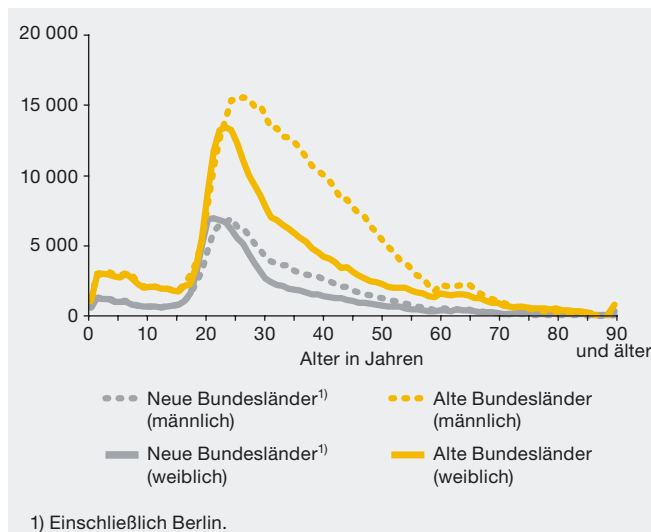
S 2

Zuzüge in neue und alte Bundesländer 2004 nach Altersjahren und Geschlecht



S 3

Fortzüge aus neuen und alten Bundesländern 2004 nach Altersjahren und Geschlecht



Einzeldaten als Basis für Analysen von Alters- und Geschlechtsstrukturen bei Wanderungen

Wanderungssalden enthalten kaum Informationen

Aus der alleinigen Betrachtung von Wanderungssalden für einzelne Bundesländer ergibt sich nur ein sehr eingeschränktes Bild über Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands oder über dessen Grenzen. Schaubild 1 zeigt die Differenz aus Zu- und Fortzügen über die Grenzen der Bundesländer für die Jahre 2000, 2002 und 2004. Die Wanderungssalden lassen dabei keine Rückschlüsse über die Altersstruktur der gewanderten Personen oder deren Herkunfts- und Zielgebiete zu.

Alters- und Geschlechtsstrukturen helfen bei der Bewertung bevölkerungsdynamischer Vorgänge

Die politisch, gesellschaftlich oder ökonomisch bedeutsamen Fragen nach den Konsequenzen von Zu- und Abwanderung für die Bundesrepublik oder einzelne Gebiete Deutschlands, lassen sich nicht ohne eine Betrachtung der Alters- und Geschlechts-

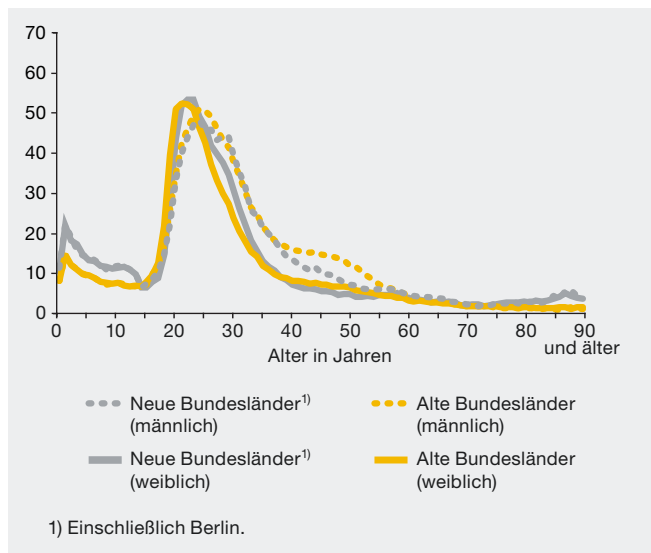
strukturen bei Zu- und Fortzügen beantworten. So kann beispielsweise eine hohe Zahl an Zuzügen älterer Menschen für ein Gebiet Anpassungen bei der medizinischen Infrastruktur oder einen Anstieg der Sterblichkeit zur Folge haben. Demgegenüber können Fortzüge junger Frauen mit Rückgängen bei den Geburtenzahlen einhergehen. Vor allem für die Beurteilung bevölkerungsdynamischer Auswirkungen von Wanderungsbewegungen bedarf es neben der Festlegung auf ein Beobachtungsgebiet auch der Informationen über Geschlecht und Alter gewandelter Personen. Im Gegensatz zu den Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung sind in den Einzeldatensätzen der Wanderungsstatistik nicht die taggenauen Ereignisdaten, sondern der jeweilige Berichtsmonat sowie das Berichtsjahr enthalten. Die Altersberechnung erfolgt als Differenz aus Berichts- und Geburtsjahr.

Die Wanderungssalden in Schaubild 1 weisen auf Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern hin.

8) Der Berichtsmonat beschreibt den Monat, in dem der Wanderungsfall statistisch verarbeitet wurde und somit auch in der Bevölkerungsfortschreibung berücksichtigt wird. Entsprechendes gilt auch für das Berichtsjahr.

S 4

Zuzüge in neue und alte Bundesländer 2004 bezogen auf 1 000 Einwohner im Zielgebiet



Zahl der Zu- und Fortzüge ist im Westen deutlich höher als im Osten

Im Folgenden sollen daher Zuzüge nach Ost- und Westdeutschland⁹⁾ sowie Fortzüge aus beiden Gebieten betrachtet werden. Wanderungen innerhalb dieser beiden Gebiete werden dabei nicht berücksichtigt. Für die Betrachtung findet eine Unterteilung nach Geschlecht und Altersjahren statt. Die Schaubilder 2 und 3 weisen im Berichtsjahr 2004 in nahezu allen Altersstufen deutlich mehr Zu- und Fortzüge für die alten Bundesländer als für die neuen aus. In den Jahren 2000 bis 2003 ist dies ähnlich. Vor dem Hintergrund des Größenunterschieds der Gebiete und der höheren Einwohnerzahlen in Westdeutschland ist dieses Ergebnis zu erwarten.

Durch den Bezug auf die Einwohnerzahlen können Unterschiede herausgearbeitet werden

Da auch die Altersgruppen unterschiedlich stark besetzt sind, werden die Zu- und Fortzüge für beide Gebiete auf jeweils 1 000 männliche beziehungsweise weibliche Einwohner gleichen Alters bezogen.

9) Die Betrachtung Ostdeutschlands umfasst die neuen Bundesländer und das Land Berlin.

S 5

Fortzüge aus neuen und alten Bundesländern 2004 bezogen auf 1 000 Einwohner im Herkunftsgebiet

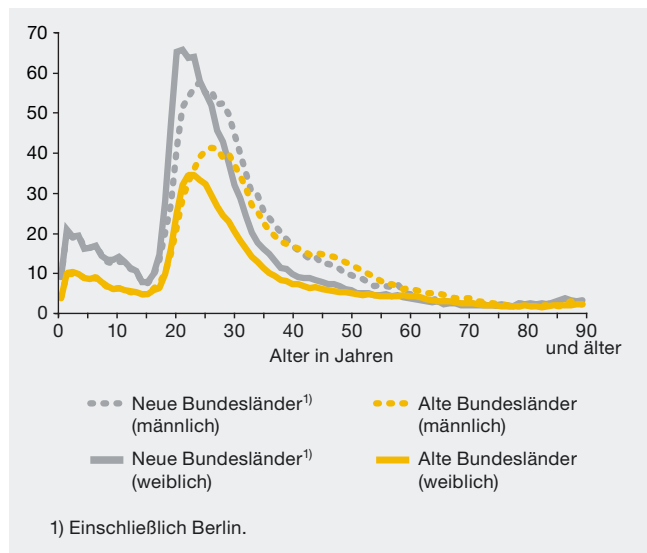


Schaubild 4 zeigt für das Berichtsjahr 2004, dass es bei den Zuzügen nach Ost- bzw. Westdeutschland, bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner eines Geschlechts, in den meisten Altersstufen keine nennenswerten Ost-West-Unterschiede gibt. Differenzen werden vielmehr zwischen den Geschlechtern deutlich.

Bei den Frauen konzentriert sich die Mehrzahl der Zuzüge nach Ost- wie nach Westdeutschland stärker als bei den Männern auf bestimmte Altersstufen. Weiterhin zeigt sich, dass Zuzüge in die neuen Bundesländer bei unter 14-Jährigen sowie bei Personen ab 75 Jahren verglichen mit den alten Bundesländern höhere Werte aufweisen.

Wanderungen von Frauen zeigen stärkere Altersabhängigkeit

Bei der Betrachtung der Fortzüge zeigt sich neben einem Unterschied zwischen den Geschlechtern auch ein klarer Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland. Für das Berichtsjahr 2004 ist dies aus dem Schaubild 5 ersichtlich. Bezogen auf die Einwohnerzahl ziehen aus Ostdeutschland mehr

Deutliche Unterschiede bei Fortzügen aus Ost- bzw. Westdeutschland

Menschen fort als aus Westdeutschland. Ostdeutsche Frauen im Alter von 20 Jahren weisen dabei mit 65 Fortzügen je 1 000 weiblicher Einwohner den höchsten Wert auf. Bei Frauen aus den alten Bundesländern ist der höchste Wert mit 34 Fortzügen je 1 000 Einwohner im Alter von 22 Jahren zu finden. Bei den Männern ergibt sich ein ähnlich deutlicher Ost-West-Unterschied.

Regionale Ebene von Wanderungsbewegungen

Die in Schaubild 5 aufgezeigten Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland lassen keine Aussage darüber zu, ob Personen aus den neuen Bundesländern mobiler sind als Personen aus den alten Bundesländern, denn Wanderungsbewegungen innerhalb Ost- bzw. Westdeutschlands blieben bei der bisherigen Betrachtung unberücksichtigt. Die deutlich geringeren Werte westdeutscher Frauen in Schaubild 5 könnten daraus resultieren, dass diese bei vergleichbarer Mobilität von einem Bundesland in Westdeutschland in ein anderes westdeutsches Bundesland gezogen sind. Sie wären somit zwar Teil des Wanderungsstromes gewesen, nicht aber in die vorherige Betrachtung mit einbezogen worden. Für die Analyse von Wanderungsbewegungen und die Interpretation der Ergebnisse ist es daher auch von Bedeutung, welche regionale Ebene betrachtet wird.

Mehr als die Hälfte der in den Schaubildern 4 und 5 beobachteten Wanderungsbewegungen verteilt sich auf die 18- bis 34-Jährigen. In einem nächsten Schritt sollen daher für diese Altersgruppe Wanderungsbewegungen von und nach Ost- bzw. Westdeutschland hinsichtlich der Herkunfts- und Zielgebiete betrachtet werden. Hierbei wer-

den Zu- und Fortzüge über die Grenzen der Bundesländer berücksichtigt, so dass sich für die 18- bis 34-Jährigen auch Wanderungen innerhalb Ost- bzw. Westdeutschlands nachweisen lassen.

Für die Jahre 2000 und 2004 zeigt Tabelle 1 bezogen auf 1 000 Einwohner die Verteilung von Fort- und Zuzügen auf die Gebiete Ostdeutschland, Westdeutschland sowie das Ausland. Während in den Jahren 2000 und 2004 von 1 000 männlichen 18- bis 34-Jährigen 15 bzw. 17 in ein anderes ostdeutsches Bundesland und jeweils 16 ins Ausland abgewandert sind, hatte nahezu die Hälfte der Fortzüge aus einem ostdeutschen Bundesland ein westdeutsches zum Ziel. Bei Fortzügen ostdeutscher Frauen fällt der Wert in dieser Altersgruppe höher aus. Im Jahr 2000 verließen 32 von 1 000 Frauen dieser Altersgruppe die neuen Bundesländer in Richtung Westdeutschland, im Jahr 2004 waren es 35. Im Vergleich zu den gleichaltrigen Männern ist bei den ostdeutschen Frauen der Anteil an Fortzügen ins Ausland dagegen geringer.

Fortzüge aus Ostdeutschland haben am häufigsten alte Bundesländer zum Ziel

T 1

Ostdeutschland: Zu- und Fortzüge 18- bis 34-Jähriger 2000 und 2004¹⁾

Zielgebiet Herkunftsgebiet	2000		2004	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	je 1 000 Einwohner			
Fortzüge aus neuen Bundesländern ²⁾				
In neue Bundesländer ²⁾	15	17	17	20
In alte Bundesländer	29	32	30	35
Ins Ausland	16	8	16	11
	60	57	63	66
Zuzüge in neue Bundesländer ²⁾				
Aus neuen Bundesländern ²⁾	15	17	17	20
Aus alten Bundesländern	19	19	20	22
Aus dem Ausland	20	13	18	15
	54	49	55	57

1) Über Landesgrenzen der neuen Bundesländer. – 2) Einschließlich Berlin.

Betrachtung verschiedener regionaler Ebenen kann zu unterschiedlichen Ergebnissen führen

Bei den Zuzügen in die neuen Bundesländer zeigen sich ähnliche geschlechtsspezifische Unterschiede wie bei den Fortzügen. Der Anteil von Zuzügen aus dem Ausland ist bei Männern der Altersgruppe von 18 bis 34 Jahren höher als bei gleichaltrigen Frauen.

Hohe Wanderungsverflechtungen zwischen alten Bundesländern und dem Ausland

Fortzüge westdeutscher Männer und Frauen der Altersgruppe von 18 bis 34 Jahren setzen sich vornehmlich aus Wanderungen zwischen westdeutschen Bundesländern und Wanderungen ins Ausland zusammen. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, kommt hier der Wanderung über die Bundesgrenzen eine größere Bedeutung zu als in den neuen Bundesländern. Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass bei den Zuzügen aus dem Ausland sowie bei den Wanderungen zwischen den Bundesländern die Fälle, bei denen Spätaussiedler in der niedersächsischen Gemeinde Friedland zentral aufgenommen und von dort auf die anderen Bundesländer weiterverteilt wurden, als Wanderungsfälle mit berücksichtigt sind. Rechnet man diese Fälle nicht mit ein, dann ändern sich die Ergebnisse allerdings nur unwesentlich.

Wanderungsverflechtungen mit Ostdeutschland sind, bezogen auf die Einwohnerzahl, nur von geringer Bedeutung. Im Jahr 2004 sind von 1 000 männlichen bzw. weiblichen Einwohnern Westdeutschlands der Altersgruppe von 18 bis 34 Jahren 59 Männer und 51 Frauen über Landesgrenzen fortgezogen. Von diesen wanderten jeweils 6 nach Ostdeutschland. Bezogen auf die Einwohnerzahl Westdeutschlands spielen auch Zuzüge aus den neuen Bundesländern eine eher untergeordnete Rolle.

Aus westdeutscher Sicht sind Zuzüge aus den neuen Bundesländern von vergleichsweise geringem Gewicht

Einbürgerungen nach Wohnort und Alter

Die Bedeutung von Außenwanderung für die alten Bundesländer spiegelt sich auch in den Einzeldaten der Einbürgerungsstatistik wider. Wie bereits eingangs beschrieben, ist die Zuständigkeit einer Behörde vom Wohnsitz der betroffenen Person abhängig. Über 90% der Einbürgerungen in den Jahren 2000 und 2004 wurden in Westdeutschland vollzogen. Einbürgerungen in Ostdeutschland und aus dem Ausland (d.h. von Personen mit Wohnsitz im Ausland) sind dagegen eher selten.

Einbürgerungen hauptsächlich in den alten Bundesländern

T 2

Westdeutschland: Zu- und Fortzüge 18- bis 34-Jähriger 2000 und 2004¹⁾

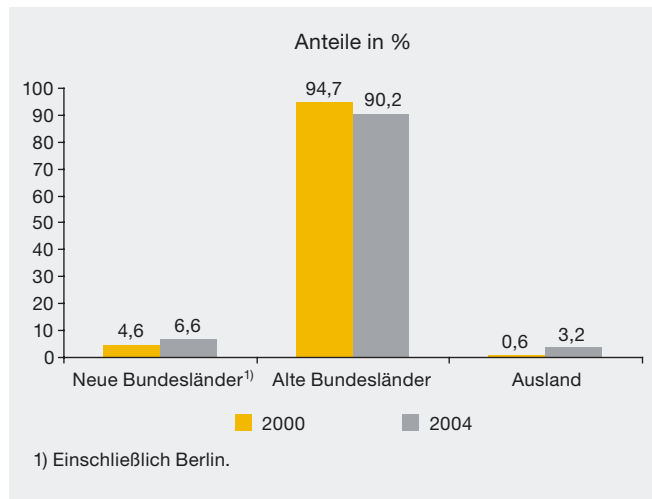
Zielgebiet Herkunftsgebiet	2000		2004	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	je 1 000 Einwohner			
Fortzüge aus alten Bundesländern				
In alte Bundesländer	24	25	25	27
In neue Bundesländer ²⁾	5	5	6	6
Ins Ausland	29	16	28	19
	59	46	59	51
Zuzüge in alte Bundesländer				
Aus alten Bundesländern	24	25	25	27
Aus neuen Bundesländern ²⁾	8	8	9	9
Aus dem Ausland	30	24	31	25
	62	58	65	61

1) Über Landesgrenzen der alten Bundesländer. – 2) Einschließlich Berlin.

Im Jahr 2000 lag die Zahl der Einbürgerungen bei 186 688 Fällen. Etwa 52% der Eingebürgerten waren Männer und 48% waren Frauen. Bis zum Jahr 2004 ist die Zahl der Einbürgerungen auf 127 153 gesunken. Das Verhältnis von 51% männlichen zu 49% weiblichen Eingebürgerten ist dabei ähnlich wie in den vorangegangenen Jahren. Betrachtet man in diesem Zusammenhang das Schaubild 7, zeigt sich, dass der Anteil der unter 10-jährigen Kinder im Jahr 2000 fast dreimal so hoch war wie 2004. Ein wesentlicher Grund hierfür ist in der

S 6

Hauptwohnsitz bei Einbürgerung 2000 und 2004



Rechtsgrundlage für Einbürgerungen zu finden: Nach § 40b Staatsangehörigkeitsgesetz galt für im Inland geborene ausländische Kinder, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2000 das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, eine Übergangsregelung. Soweit ein Elternteil seit acht Jahren seinen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland hatte, bestand für die Kinder ein Anspruch auf Einbürgerung.

Auch bei Einbürgerungen gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede

In den Altersgruppen zwischen 15 und 50 Jahren zeigen sich auch bei den Einbürgerungen geschlechtsspezifische Unterschiede. Die Anteile der eingebürgerten Frauen sind in den jüngeren Altersstufen höher als bei den Männern. Zu begründen ist dies auch wieder mit den Rechtsgrundlagen. So ermöglicht beispielsweise § 9 Staatsangehörigkeitsgesetz die Einbürgerung ausländischer Ehegattinnen bzw. Ehegatten von deutschen Staatsangehörigen.

10) Vgl. Richter, A.: Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 7/2006, S. 409 ff.

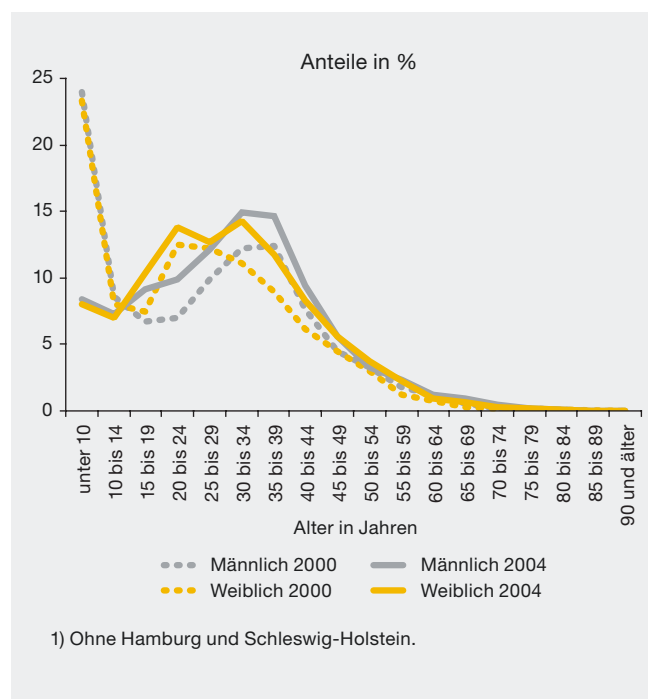
Im Jahr 2004 war rund die Hälfte der eingebürgerten Personen verheiratet. Davon gingen etwa 20% der Einbürgerungen auf Rechtsgrundlagen zurück, die eine (Mit-)Einbürgerung von Ehegatten ermöglichen. Wie die Betrachtung von Eheschließungen gezeigt hat, sind Frauen in der Regel jünger als ihre Männer.¹⁰⁾ Vor dem Hintergrund der betreffenden Rechtsgrundlagen dürfte diese Altersdifferenz zu den aufgezeigten Altersunterschieden zwischen Männern und Frauen bei der Einbürgerung führen.

Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet und Staatsangehörigkeiten

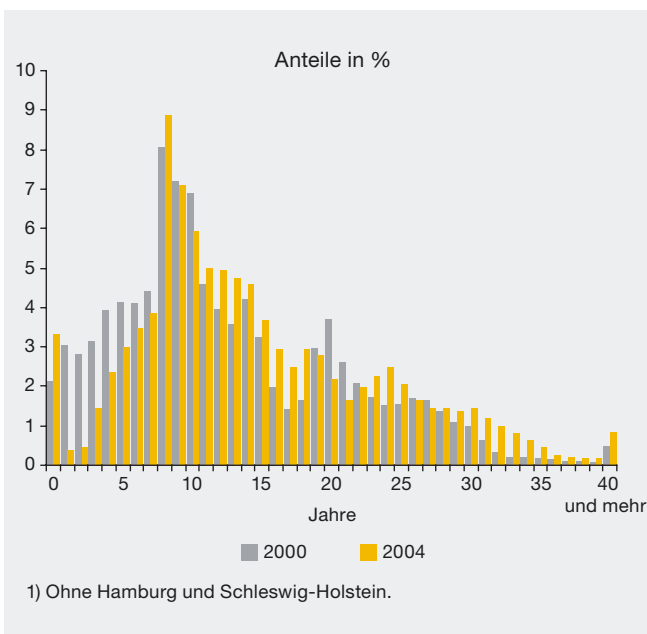
Eine Voraussetzung für viele Einbürgerungen ist eine bestimmte Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet. Seit der Änderung des

S 7

Einbürgerungen in Deutschland¹⁾ 2000 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht



S 8

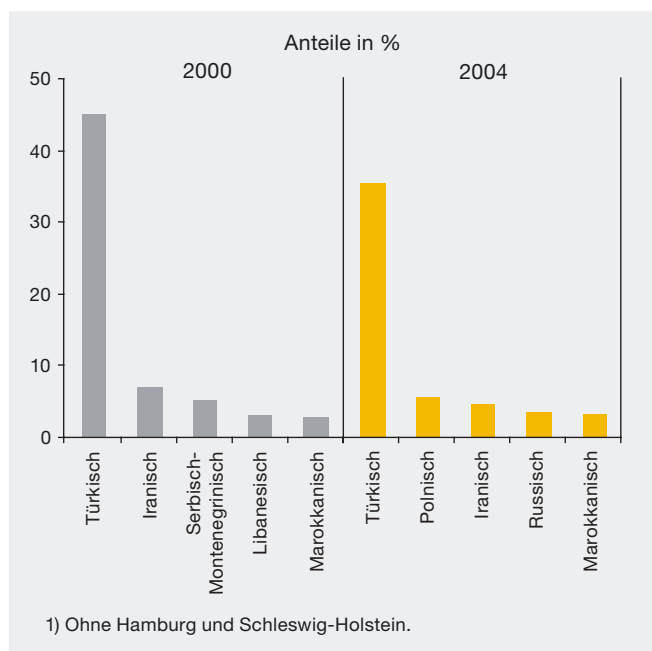
Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet bei
Einbürgerungen¹⁾ 2000 und 2004

Staatsangehörigkeitsgesetzes im Juli 1999 haben ausländische Personen, soweit sie gewisse Voraussetzungen erfüllen, Anspruch auf eine Einbürgerung nach acht Jahren rechtmäßigem Aufenthalt in der Bundesrepublik; davor waren es 15 Jahre. Wie das Schaubild 8 verdeutlicht, lag in den Jahren 2000 und 2004 in etwa 8 bzw. 9% aller Einbürgerungsfälle die Aufenthaltsdauer in Deutschland bei acht Jahren.

Geht man der Frage nach, welche Staatsangehörigkeit die Personen vor ihrer Einbürgerung größtenteils hatten, dann zeigt sich, dass Türkisch mit weitem Abstand am häufigsten vertreten ist. War im Jahr 2000 Iranisch mit etwa 7% die zweithäufigste Staatsangehörigkeit, nahm im Jahr 2004 Polnisch mit etwa 5,5% den zweiten Platz ein.

Einbürgerungen von türkischen Staatsangehörigen am häufigsten

S 9

Vorherige erste Staatsangehörigkeit bei
Einbürgerungen¹⁾ 2000 und 2004

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht ist prinzipiell darauf ausgelegt, doppelte Staatsangehörigkeiten bei einer Person zu vermeiden. In bestimmten Situationen wird bei einer Einbürgerung aber die Mehrstaatigkeit hingenommen. Dies kann zum Beispiel Fälle betreffen, in denen die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit nicht oder nur unter schwierigen Bedingungen möglich ist.¹¹⁾ Für diese Fälle enthält die Einbürgerungsstatistik nicht nur Angaben zu vorherigen, sondern auch zu verbleibenden Staatsangehörigkeiten.

Einbürgerungsstatistik informiert über vorherige und verbleibende Staatsangehörigkeiten

In der Einbürgerungsstatistik können sich Gesetzesänderungen unmittelbar auf die Fallzahlen auswirken und einen direkten Einfluss auf Merkmalsausprägungen haben. Die Einbürgerungsstatistik eignet sich daher für eine zeitnahe Bewertung gesetzlicher Maßnahmen zum Einbürgerungsrecht.

11) Vgl. § 12 Staatsangehörigkeitsgesetz.

Zugang zu Einzeldaten durch Forschungsdatenzentren möglich

Auswertung der Einzeldaten durch wissenschaftliche Einrichtungen

Auf der Grundlage von § 16 Abs. 6 Bundesstatistikgesetz ist es unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen möglich, Zugang zu faktisch anonymisierten Einzeldaten aus den verschiedensten Bereichen der amtlichen Statistik zu erhalten.

Einzeldaten aus der Wanderungs- und der Einbürgerungsstatistik stehen für die Erhebungsjahre 2000 bis 2004 sowohl für eine Auswertung an Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen als auch im Rahmen der kontrollierten Datenfernverarbeitung zur Verfügung. Das Berichtsjahr 2005 wird, sobald die Aufbereitung in den statistischen Landesämtern abgeschlossen ist, ebenfalls zur Datennut-

zung bereitstehen. Weiterführende Informationen zu den Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik und zum gesamten Datenangebot finden sich im Internet unter der Adresse www.forschungsdatenzentrum.de. Dort sind auch die Metadaten zu den beiden hier betrachteten Statistiken verfügbar.

Alexander Richter, Diplom-Demograph, ist im Referat Zensus, Forschungsdatenzentrum (FDZ) für das FDZ zuständig.

Der Produktionsgartenbau in Rheinland-Pfalz

Von Jörg Breitenfeld

Rheinland-Pfalz weist neben dem Weinbau auch einen bedeutenden Gartenbau auf. Im Jahr 2005 verfügten 2 677 Betriebe, die Gartengewächse anbauten, über 8,6% der deutschen gärtnerischen Nutzfläche und erwirtschafteten rund 7 % der Verkaufserlöse (2004). Der Gartenbau erfolgt fast ausschließlich im Freiland. Rund 60% der Fläche dienen dabei dem Gemüseanbau. Weitere 34 % sind dem Obstbau vorbehalten. Diese Gartenbauprodukte werden überwiegend über Erzeugerorganisationen, wie z. B. Absatzgenossenschaften, vermarktet. Ein typisches Merkmal des Gartenbaus ist die große Bedeutung der Saisonarbeitskräfte; zu ihnen zählen 77% der im Gartenbau tätigen Personen.

Auf Gartenbauprodukte entfällt ein Fünftel der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse

Deutlich gewachsener Stellenwert

Im Jahr 2004 stammten knapp 21 % der Verkaufserlöse in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft aus dem Verkauf gartenbaulicher Produkte. 1991 betrug der Anteil an den Verkaufserlösen erst 10%. Der Gartenbau hat sich damit in den letzten 15 Jahren zu einem bedeutenden Zweig in der landwirtschaftlichen Produktion entwickelt. Dominierend innerhalb des Gartenbaus ist der Gemüseanbau.

Vergleichsweise hohe Bedeutung des Gartenbaus in Rheinland-Pfalz

Der Verkaufswert der gartenbaulichen Produkte betrug 2004 bundesweit fast 5 Mrd. Euro. Rheinland-Pfalz erreichte hieran einen Anteil von 7 %. Lediglich die größeren Flächenländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern wiesen einen höheren Anteil auf.

Im Jahr 2005 wurden bundesweit noch 34 700 Betriebe gezählt, die auf rund 209 700 ha gärtnerischer Nutzfläche gärtnerische Kulturen anbauten. In Rheinland-Pfalz waren es zum gleichen Zeitpunkt 2 677 Betriebe mit einer gärtnerischen Nutzfläche von 18 035 ha. Eine größere gärtnerische Nutzfläche wiesen nur vier Länder auf. Die Bedeutung des Gartenbaus für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft zeigt folgender Vergleich: 2005 entfielen auf Rheinland-Pfalz 4,2 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland. Der Anteil an der gärtnerischen Nutzfläche lag mit 8,6% jedoch mehr als doppelt so hoch.

Die größte flächenmäßige Bedeutung innerhalb der gärtnerischen Nutzfläche in Deutschland hat der Gemüseanbau (97 218 ha), dessen Fläche gegenüber 1993 um über 25 000 ha zugenommen hat. Der Anteil der Grundflächen für Gemüse an der gärtnerischen Nutzfläche stieg damit um

Fast 9% der deutschen gärtnerischen Nutzfläche – zumeist Gemüse

Datenbasis Gartenbauerhebung

Die Gartenbauerhebung findet etwa alle zehn Jahre statt und liefert Ergebnisse über die strukturellen Verhältnisse im Produktionsgartenbau. Gartenbauerhebungen fanden bereits 1961, 1972/73, 1981/82 und 1993/94 statt. Bei der Erhebung 2005 gehörten zum Erhebungsbereich alle Betriebe, die Gartenbauerzeugnisse (Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen, Baumschulkulturen, Gartenbausämereien) zum Verkauf anbauen oder eine gärtnerische Nutzfläche im Freiland von mindestens 30 Ar bewirtschafteten, sowie alle Betriebe mit Verkaufsanbau unter Glas oder Kunststoff auf Flächen von 3 Ar und mehr. Die früheren Erhebungen richteten sich an Betriebe mit gärtnerischen Nutzflächen von 10 Ar (1972/73) bzw. 15 Ar und mehr (1981/82, 1993/94) im Freiland. Betriebe mit einer gärtnerischen Nutzfläche unter Glas oder Kunststoff waren seinerzeit unabhängig von einer Flächengrenze auskunftspflichtig. 2005 war die Gartenbauerhebung erstmals organisatorisch mit der Agrarstrukturhebung verknüpft, so dass einige Merkmale hieraus übernommen werden konnten.

Neben der Gartenbauerhebung finden Einzelerhebungen über Gemüseanbau, Zierpflanzen, Baumschulen und Obstanbau zur Ermittlung der pflanzlichen Erzeugungsgrundlagen statt. Im Gegensatz zu den laufenden Erhebungen über den Gemüse- und Zierpflanzenbau, bei denen zur Feststellung der Produktion auch der Mehrfachtanbau innerhalb eines Jahres auf ein- und derselben Fläche erhoben wird, erfolgt der Flächennachweis im Rahmen der Gartenbauerhebung nach der Hauptnutzung. Dabei gilt als Hauptnutzung die Nutzungsart, die den gesamten oder überwiegenden Geldertrag der Fläche erbringt. Ist der Erlös von zwei Nutzungen etwa gleich hoch, so ist diejenige als Hauptnutzung anzusehen, die den Boden länger in Anspruch nimmt oder bei etwa gleicher Dauer zuerst auf der Fläche steht. Landwirtschaftliche Betriebe mit Gemüseanbau als Nebennutzung (Vor- oder Nachanbau von landwirtschaftlichen Kulturen) sind daher bei der Gartenbauerhebung nicht berücksichtigt.

1) Die Ergebnisse der Gartenbauerhebung von 1994, die sich auf das Kalenderjahr 1993 bezog, wurden auf die heute gültigen Erfassungsgrenzen umgerechnet (siehe Info-Kasten).

6 Prozentpunkte auf 46%. Auch die Obstfläche (80 411 ha) wurde um knapp 7 000 ha vergrößert. Einen wesentlichen Anteil hieran hatten die Erdbeeren. Die Fläche für die anderen Gartenbaukulturen (Blumen und Zierpflanzen sowie Baumschulen) wurden dagegen eingeschränkt.

Auch Gartenbaubetriebe werden immer größer

Auch im Gartenbau konnten sich die Betriebe nicht dem in der Landwirtschaft insgesamt zu beobachtenden Strukturwandel entziehen. Ihre Zahl ging in Rheinland-Pfalz zwischen 1993 und 2005 um 33,7% auf 2 677 zurück¹⁾. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nahm im gleichen Zeitraum um rund 40% auf 27 347 ab. Etwa jeder zehnte landwirtschaftliche Betrieb baut heute gartenbauliche Kulturen an.

Die verbliebenen Gartenbaubetriebe vergrößerten ihr Produktionspotenzial seit 1993 um 3 400 auf 18 035 ha gärtnerische Nutzfläche. Im Jahr 2005 betrug die durchschnittliche gärtnerische Nutzfläche je Betrieb 6,7 ha und war damit doppelt so groß wie im Jahr 1993. Die strukturelle Entwicklung betraf insbesondere kleine Betriebe. So gab es den größten Rückgang (-40,8%) in der Gruppe der Betriebe mit 1 bis 2 ha gärtnerischer Nutzfläche. Aber auch in den Größenklassen zwischen 0,3 und 1 ha bzw. 2 bis 10 ha lagen die Abnahmeraten zwischen 35 und 40%. Etwa konstant blieben die Betriebszahlen in der Größenklasse von 10 bis 20 ha gärtnerischer Nutzfläche. Eine deutliche Zunahme der Betriebszahlen (+51%) erfolgte dagegen in der Größenklasse der Betriebe, die 20 und mehr ha gärtnerische Nutzfläche bewirtschafteten.

Durchschnittlich fast 7 ha gärtnerische Nutzfläche je Betrieb

T 1

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen 2005 nach Bundesländern

Land	Betriebe	Gärtnerische Nutzfläche				
		insgesamt	und zwar			
			Obst		Gemüse ¹⁾	
			zusammen	Anteil an Deutschland	zusammen	Anteil an Deutschland
	Anzahl	ha		%	ha	%
Baden-Württemberg	9 601	35 685	24 008	29,9	8 709	9,0
Bayern	6 503	23 625	7 103	8,8	13 190	13,6
Brandenburg	801	11 972	3 885	4,8	6 828	7,0
Hessen	1 613	9 498	2 037	2,5	6 481	6,7
Mecklenburg-Vorpommern	224	4 513	2 498	3,1	1 631	1,7
Niedersachsen	4 313	35 546	15 050	18,7	14 490	14,9
Nordrhein-Westfalen	4 710	31 224	6 932	8,6	17 082	17,6
Rheinland-Pfalz	2 677	18 035	6 203	7,7	10 875	11,2
Saarland	142	401
Sachsen	914	10 379	5 315	6,6	4 176	4,3
Sachsen-Anhalt	474	7 629	2 184	2,7	4 861	5,0
Schleswig-Holstein	1 439	13 204	2 301	2,9	6 365	6,5
Thüringen	444	4 950	2 895	3,6	1 650	1,7
Stadtstaaten	847	3 042
Deutschland	34 702	209 703	80 411	100	97 218	100

1) Im Freiland und im Gewächshaus.

8% der Betriebe bewirtschaften 60% der gärtnerischen Nutzfläche

Auf die 226 Betriebe mit mehr als 20 ha gärtnerischer Nutzfläche entfielen 2005 fast 60% der gärtnerischen Nutzfläche des Landes. 1993 kamen sie erst auf einen Anteil von 35%. Die Betriebe zwischen 10 und 20 ha gärtnerischer Nutzfläche verfügten über 18% der gärtnerischen Nutzfläche. Im Jahr 1993 waren es noch 21%.

Fast zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen sind darauf spezialisiert

Die gartenbauliche Produktion umfasst eine ganze Reihe von Produkten, die sich deutlich im Verkaufswert und der Arbeitsintensität unterscheiden. So ist z. B. die Wertschöpfung je Flächeneinheit im Feldgemüsebau deutlich kleiner als im Zierpflanzenanbau unter Glas. Es ist deshalb sinnvoll, die Betriebe zu homogenen Gruppen zusammenzufassen.

Zur besseren Vergleichbarkeit der Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen erfolgt eine Klassifizierung der Betriebe (siehe Schaubild 3). Auf der obersten Ebene richtet sich die Einteilung nach dem Anteil der Betriebseinnahmen aus Gartenbau sowie Handel oder Dienstleistungen in diesem Bereich. Danach waren 64% der Betriebe den Gartenbaubetrieben zuzuordnen. Gegenüber 1993 stellt das einen geringen Anstieg dar. Rund 92% der Gartenbaubetriebe hatten ihren betrieblichen Schwerpunkt im Bereich der Produktion. Lediglich bei 139 Gartenbaubetrieben überwogen die Einnahmen aus gartenbaulichen Handels- und Dienstleistungen.

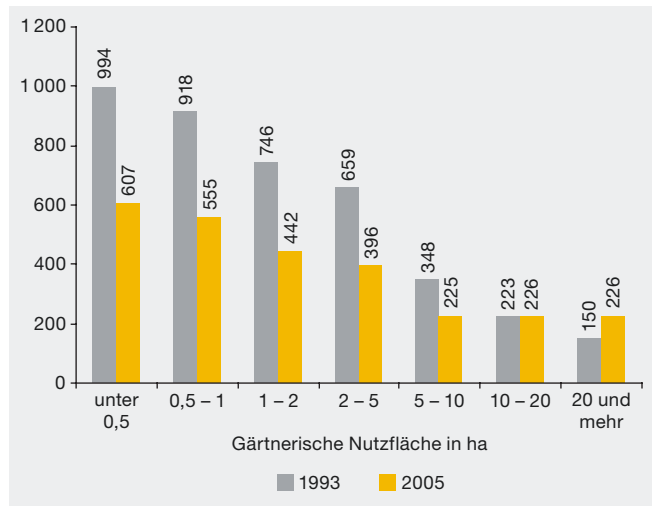
Die Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Erzeugung werden in fünf Betriebstypen eingeordnet. Auf die Sparte Obstbau entfielen 43% und auf den Gemüsebau 20%

92% der Betriebe haben ihren Schwerpunkt in der Erzeugung

Viele Betriebe sind auf Obstbau spezialisiert

S 1

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen 1993 und 2005 nach Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche



der Betriebe; 18 % waren auf die Erzeugung von Blumen und Zierpflanzen spezialisiert.

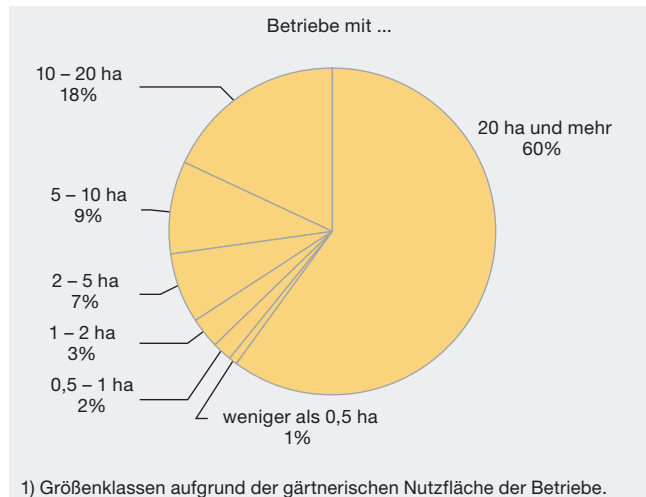
Gartenbaubetriebe werden überwiegend im Haupterwerb bewirtschaftet

Rund 88 % der Betriebe wurden 2005 als Einzelunternehmen geführt. Etwa 64 % dieser zumeist klassischen Familienbetriebe gehörten zu den Haupterwerbsbetrieben²⁾, d. h. die Inhaberfamilie konnte ihren Lebensunterhalt ausschließlich oder überwiegend aus betrieblichen Einkünften bestreiten. Der Wert lag damit deutlich über dem für die Landwirtschaft allgemein ermittelten Anteil von 42 %. Die Haupteinkommensquelle der Nebenerwerbsbetriebe waren Einkommen aus anderer Erwerbstätigkeit.

Den höchsten Anteil an Haupterwerbsbetrieben gab es im Blumen- und Zierpflanzenbau mit 87 %. Im Gemüsebau und bei

S2

Gärtnerische Nutzfläche 2005 nach Betriebsgrößenklassen¹⁾



1) Größenklassen aufgrund der gärtnerischen Nutzfläche der Betriebe.

den Baumschulen wurden gut 75 % der Betriebe im Haupterwerb bewirtschaftet. Der Obstbau wies dagegen mit nur 25 % einen weit unterdurchschnittlichen Anteil an Haupterwerbsbetrieben auf, was sich u. a. mit der im Vergleich zu anderen Gartenbaukulturen schlechteren wirtschaftlichen Lage im Obstbau erklären lässt.

Anteil der Haupterwerbsbetriebe unter den Obstbaubetrieben am geringsten

Flächenzunahme überwiegend im Freilandanbau

Die gärtnerische Nutzfläche im Freiland wurde zwischen 1993 und 2005 um 23,6 % auf 17 898 ha ausgeweitet. Die Nutzfläche unter Glas nahm geringfügig um 5 ha auf 138 ha zu. Die hohen Investitionskosten für die Erstellung von Gewächshäusern sowie die in den letzten Jahren steigenden Energiepreise dürften Gründe dafür sein, dass die Gewächshausfläche nur wenig ausgeweitet wurde.

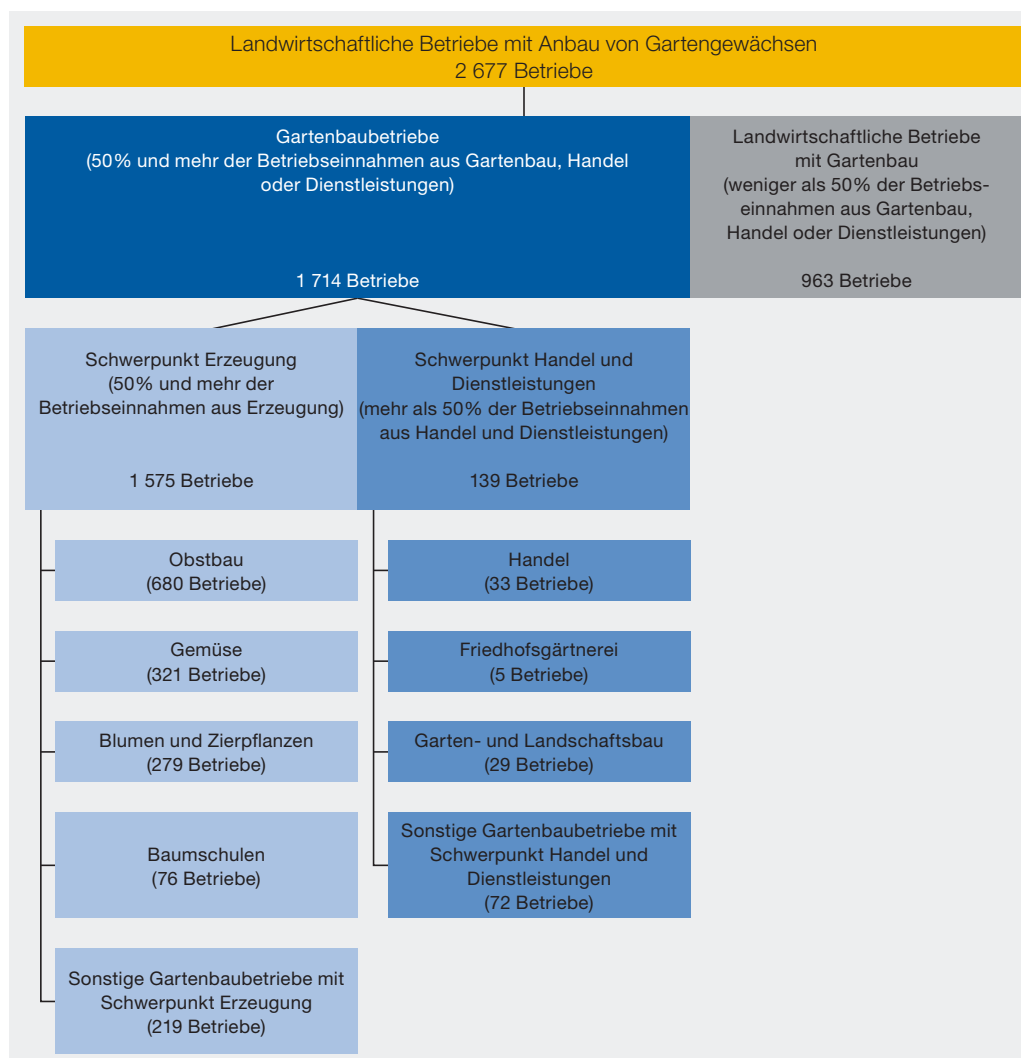
Zunahme der Unterglasflächen unbedeutend

Die mit Abstand wichtigste Kultur im Freiland ist der Gemüseanbau. Gut 60 % der gärtnerischen Nutzfläche wurden 2005 für

2) Ein Haupterwerbsbetrieb liegt vor, wenn 1,5 und mehr Arbeitskräfteeinheiten (Vollbeschäftigte) im Betrieb vorhanden sind oder zwischen 0,75 und 1,5 Arbeitskräfteeinheiten vorhanden sind und die betrieblichen Einkünfte die außerbetrieblichen übersteigen.

S 3

Klassifizierung der Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen 2005



Auch gute
Vermarktungs-
möglichkeiten
förderten den
Gemüseanbau

die Produktion von Gemüse, Spargel und deren Jungpflanzen genutzt. Im Jahr 1993 lag der Anteil erst bei 51 %. Gründe für die Expansion des Gemüseanbaus sind in dem geringen Selbstversorgungsgrad von 40 % sowie in den im Land vorhandenen guten Vermarktungsmöglichkeiten für Gemüse zu sehen. So hat der (nach eigener Aussage) Marktführer für die Vermarktung von Obst und Gemüse in Deutschland, die Pfalzmarkt eG, den Sitz in Rheinland-Pfalz.

3) Siehe Homepage der Pfalzmarkt eG: www.pfalzmarkt.de (Stand: 26.06.2006).

Anbau von Baumobst rückläufig – mehr Strauchbeerenobst

Knapp 31 % der gärtnerischen Nutzfläche werden für die Produktion von Baum- und Strauchbeerenobst genutzt. Während der Baumobstanbau seit Jahren rückläufig ist (–7,1 % gegenüber 1993), konnte der Strauchbeerenanbau von 80 auf 215 ha zulegen. Im Vergleich zum Baumobstanbau (5 301 ha) ist der Strauchbeerenanbau damit aber nach wie vor eine Marktnische.

Strauchbeeren
bleiben
Nischenprodukt

Mehr Erdbeer-
flächen nicht
zuletzt wegen
Selbstpflückern

Der Anbau von Erdbeeren wurde um mehr als das Dreifache ausgeweitet. Auf 688 ha wurden im Jahr 2005 Erdbeeren kultiviert. Der seit Jahren zu beobachtende Trend des Selberpflückens dürfte hierzu beigetragen haben.

Blumen und Zierpflanzen standen 2005 auf 231 ha im Freiland und auf 93 ha Unterglasflächen. Während die Freilandfläche seit 1993 um 37 ha zunahm, wurde der Anbau unter Glas um 3 ha eingeschränkt. Dies könnte eine Reaktion auf die hohen Energiepreise sein, die einen rentablen Anbau nicht mehr ermöglichen. Die Baumschulfläche war ebenfalls rückläufig. Sie verringerte sich von 865 ha im Freiland auf 629 ha.

Fast 27 000 Saisonbeschäftigte

Der Gartenbau ist ausgesprochen arbeitsintensiv. Charakteristisch ist dabei, dass die Arbeiten saisonal anfallen. Dementsprechend weist der Gartenbau einen hohen Anteil an Saisonarbeitskräften auf.

Insgesamt mehr
Beschäftigung

Im Jahr 2005 waren rund 34 500 Arbeitskräfte in den Betrieben tätig. Gegenüber 1993 beschäftigten die Betriebe damit 7 800 Personen mehr. Der Grund ist in der Ausdehnung der gärtnerischen Nutzfläche zu sehen. Wegen des geänderten Konzeptes zur Erfassung der Arbeitskräfte ist ein tiefer gehender Vergleich der aktuellen mit den früheren Ergebnissen allerdings nicht möglich.

Viele Teilzeit-
beschäftigte
und Saison-
arbeitskräfte

Von den Arbeitskräften waren nur etwa 10% vollbeschäftigt. Weitere 13% waren regelmäßig beschäftigt, gingen aber keiner Vollzeitbeschäftigung nach. Der größte Teil (26 600 Personen) wurde nur saisonal ein-

gesetzt. Die Betriebe greifen bei den Aushilfen vielfach auf Arbeitskräfte aus Osteuropa zurück, die teilweise bereits seit Jahren für einige Wochen oder Monate in die gleichen Betriebe kommen, so dass sie mit dem Betriebsablauf und den anfallenden Arbeiten gut vertraut sind.

Der größte Teil (63,4%) der Saisonarbeitskräfte wurde im Gemüsebau eingesetzt. Jeder der 231 Gemüsebaubetriebe, der Saisonarbeitskräfte beschäftigte, kam im Durchschnitt auf 73 Saisonarbeitskräfte. Die Obstbaubetriebe setzten knapp 2 000 Saisonarbeitskräfte ein. Dies entsprach einer durchschnittlichen Zahl von 10 Saisonarbeitskräften je Betrieb.

Hoher Anteil
an Saison-
arbeitskräften
im Gemüsebau

Hoher Arbeitsaufwand

Zur Abschätzung des gesamten Arbeitsbedarfs erfolgt eine Umrechnung der Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitarbeitskräfte. Das Ergebnis wird in so genannten Arbeitskräfteeinheiten (AKE) ausgedrückt. Insgesamt belief sich der Arbeitskräfteaufwand auf 10 140 AKE. Daraus errechnet sich ein Aufwand von 56 AKE je 100 ha gärtnerischer Nutzfläche. Im Gegensatz dazu wurde in der Landwirtschaft allgemein ein Bedarf von nur 5 AKE je 100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche ermittelt.

Die höchste Arbeitsintensität wiesen die Blumen- und Zierpflanzenbetriebe mit 468 AKE je 100 ha gärtnerische Nutzfläche auf, gefolgt von den Baumschulbetrieben (65 AKE je 100 ha gärtnerische Nutzfläche). Die Gemüsebaubetriebe benötigten 48 AKE je 100 ha gärtnerische Nutzfläche, während die Obstbaubetriebe mit 24 AKE je 100 ha gärtnerische Nutzfläche auskamen.

Höchste
Arbeits-
intensität im
Blumen- und
Zierpflanzen-
anbau

Vielfältige Vermarktungsmöglichkeiten

Durch die regionale Konzentration des Gartenbaus kann die Produktion normalerweise nicht vollständig an die in der Region wohnende Bevölkerung abgesetzt werden, sondern muss über größere Entfernungen zum Verbraucher transportiert werden. Hinzu kommt, dass vielfach noch eine Verarbeitung erforderlich ist.

58% der Betriebe verkaufen direkt an Endverbraucher

Die vielfältigen Vermarktungsmöglichkeiten lassen sich zu vier Gruppen zusammenfassen. Zu beobachten ist, dass viele Betriebe nicht nur einen, sondern mehrere Absatzwege nutzen. Der wichtigste Vertriebsweg war der direkte Verkauf an die Endverbraucher. Hierzu gehören der Verkauf über ein Ladengeschäft oder ein Verkaufsgewächshaus sowie der Straßenhandel. Knapp 1 600 oder 58% der Betriebe setzten ihre Produktion zum Teil oder vollständig direkt an Endverbraucher ab. Durch den Wegfall von Handelsspannen konnten die Betriebe so höhere Preise erzielen.

Direktvermarktung vor allem in Betrieben mit Spezialisierung auf Baumschulen oder Blumen und Zierpflanzen

Innerhalb der spezialisierten Gartenbaubetriebe hat der Direktverkauf unterschiedliche Bedeutung. So setzten neun von zehn Baumschulen über diesen Weg zumindest einen Teil ihrer Produktion ab. Bei den Blumen und Zierpflanzenbetrieben waren es immerhin noch 79%. Gerade bei Baumschulprodukten sowie Blumen und Zierpflanzen schätzen die Kunden besonders die individuelle Beratung bei der Auswahl und die Pflanz- und Pflegehinweise. Im Obst- und Gemüsebau hatte dieser Vertriebsweg mit 45 bzw. 44% der Betriebe geringere Bedeutung.

Im Bereich Obst und Gemüse hat demgegenüber die Vermarktung über Erzeuger-

organisationen wie Erzeugergroßmärkte und Absatzgenossenschaften wesentlich größeres Gewicht. Die Organisationen fassen das Angebot zu einheitlichen Partien zusammen, bereiten es gegebenenfalls auf und vermarkten die Produkte in der vom Handel gewünschten Form.

Rund 66% der Obstbaubetriebe und 59% der Gemüsebaubetriebe gaben an, dass sie über Erzeugerorganisationen vermarkten. Die meisten setzten über diesen Weg mindestens 75% der Produktion ab. Bei den Blumen- und Zierpflanzenbetrieben sowie den Baumschulbetrieben spielte dieser Absatzweg nur eine geringe Rolle (13 bzw. 5,3%). Insgesamt gaben 1 300 Betriebe (49%) an, über Erzeugerorganisationen zu vermarkten.

Absatz von Obst und Gemüse bevorzugt über Erzeugerorganisationen

Ein weiterer Absatzweg ist die Lieferung an den Groß- und Einzelhandel. Etwa jeder fünfte Betrieb (570) nutzte diesen Weg. Besonders die Gemüse- (35%) sowie die Blumen- und Zierpflanzenbetriebe (32%) waren hier führend. 330 Betriebe lieferten an sonstige Großabnehmer wie die Verarbeitungsindustrie oder Großküchen.

Jeder fünfte Betrieb vermarktet auch über den Handel

Eine weitere Absatzmöglichkeit bietet der Verkauf über einen Großmarkt als Selbstvermarkter. Diesen Weg wählten 210 Betriebe.

Gartenbau ist regional konzentriert

Das oberrheinische Tiefland ist durch leichte, humose Böden und ein Klima, das eine lange Vegetationszeit ermöglicht, gekennzeichnet. Die Region bietet somit ideale Voraussetzungen für einen wirtschaftlich erfolgreichen Gartenbau. Die im Rhein-Pfalz-Kreis ansässigen Betriebe bewirtschaften

Fast ein Drittel der gärtnerischen Nutzfläche im Rheinland-Pfalz-Kreis

mit 5 459 ha gärtnerischer Nutzfläche 30% der gesamten gärtnerischen Nutzfläche des Landes, ein Wert, der in keinem anderen Landkreis auch annähernd erreicht wird. Größere gärtnerische Nutzflächen weisen außerdem die Landkreise Mainz-Bingen (1 973 ha), Germersheim (1 918 ha) und Bad Dürkheim (1 124 ha) sowie die kreisfreie Stadt Mainz (1 043 ha) auf. Im nördlichen Rheinland-Pfalz hat der Gartenbau noch im Landkreis Mayen-Koblenz (692 ha) noch eine größere Bedeutung, da auch hier gute klimatische Voraussetzungen gegeben sind.

Eine hohe Sonneneinstrahlung und die Beregnungsmöglichkeiten in der Pfälzischen Rheinebene sind ideale Voraussetzungen für den Gemüsebau. 78% der Gemüsefläche entfallen auf den Rhein-Pfalz-Kreis (5 322 ha), den Landkreis Germersheim (1 695 ha) sowie die kreisfreien Städte Frankenthal (782 ha) und Ludwigshafen (697 ha).

Der Obstbau konzentriert sich vor allem auf die Landkreise Mainz-Bingen (1 671 ha) und Bad Dürkheim (658 ha) sowie die kreisfreie Stadt Mainz (938 ha). Im nördlichen Landesteil ist der Obstbau ebenfalls regional verbreitet, hier vor allem im Landkreis Mayen-Koblenz (593 ha). Die Erzeugung von Baumschulkulturen hat sich im nördlichen Rheinland-Pfalz etabliert. Der führende Standort ist der Westerwaldkreis mit 164 ha. Die Flächen werden überwiegend für die Erzeugung von Forstpflanzen genutzt. Beim Blumen- und Zierpflanzenbau hat sich keine regionale Konzentration herausgebildet. Er findet sich wegen der besseren Absatzchancen häufig in der Nähe von größeren Städten.

Gut 40% der Obstanlagen im Landkreis Mainz-Bingen und in der Stadt Mainz

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft, Umwelt.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Index im Juli rückläufig

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Geschäftsklimaindex hat im Juli überraschend stark nachgegeben

Im Juli hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft verschlechtert. Der ifo Geschäftsklimaindex sank von 106,8 auf 105,6 Punkte. Der Rückgang war – nach den kräftigen Anstiegen in den vergangenen Monaten – allgemein erwartet worden. Überrascht waren viele Experten aber von seinem Ausmaß. Das ifo Institut ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland aufwärts gerichtet bleibt.

Sowohl Lageeinschätzung als auch Erwartungen haben sich eingetrübt

Erstmals seit Oktober 2005 hat sich die Lageeinschätzung der befragten Unternehmen verschlechtert. Der Lageindex sank von 109,4 auf 108,6 Punkte. Auch die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich eingetrübt. Der Erwartungsindex fiel von 104,2 auf 102,6 Punkte.

Ursache für die Stimmungsverschlechterung bei den deutschen Unternehmen dürfte zum einen der hohe Ölpreis gewesen sein. Zum anderen gibt es Anzeichen für eine nachlassende Konjunktur in den USA.

Stimmungsverbesserung nur im Großhandel

Lediglich bei den befragten Unternehmen des Großhandels überwog eine positive Stimmung. Im Großhandel verbesserte sich sowohl die Lageeinschätzung als auch die Beurteilung der Geschäftserwartungen für die nächsten Monate. In den anderen drei Wirtschaftsbereichen gab es Stimmungs-

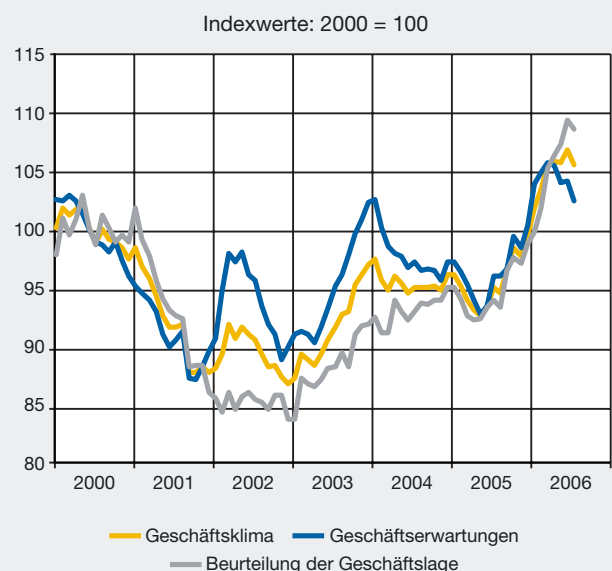
eintrübungen. Im verarbeitenden Gewerbe und im Einzelhandel verschlechterten sich sowohl die Einschätzung der Geschäftslage als auch die Erwartungen. Im Bauhauptgewerbe beurteilten die Unternehmen ihre Lage leicht besser, während sie ihre Erwartungen deutlich zurückgenommen haben.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe stiegen kräftig – schwächerer Zuwachs im Baugewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Stand:
Juli
2006

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).

Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im April 2006 gegenüber dem Vorjahr um 16,6% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe gab es in den letzten 30 Monaten steigende Auftragseingänge gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat. Der Anstieg im April markierte den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Nachdem bereits seit November 2005 Steigerungsraten von über 9% registriert worden waren, belief sich im April 2006 der preisbereinigte Zuwachs der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat auf 16,6%.

Deutliche Zuwächse der Auftragseingänge aus dem Inland und vor allem aus dem Ausland

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im April 2006 erneut von Zuwächsen sowohl auf dem Inlands- als auch auf dem Auslandsmarkt getragen. Nachdem von Dezember 2005 bis Februar 2006 die heimische Nachfrage im Drei-Monats-Durchschnitt stärker als die Auslandsnachfrage gestiegen war, kehrte sich dies im März 2006 wieder um. Im April wurde nun mit +20,4% ein deutlich höherer Auftragszuwachs aus dem Ausland registriert. Die Bestellungen aus dem Inland lagen aber mit +12,6% ebenfalls klar über dem Vorjahresmonat. Im März hatte der Zuwachs an Auslandsaufträgen noch bei 10,5% und an Aufträgen aus dem Inland bei 8,3% gelegen.

Steigende Auftragseingänge aus dem In- und Ausland in der chemischen Industrie

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) erhöhten sich im April 2006 die Auftragseingänge um 11% gegenüber dem April des Vorjahres. Der Anstieg erreichte damit wieder das Niveau des Jahreswechsels 2005/2006 und lag deutlich über den Zuwächsen vom

Februar und März (jeweils +6,3%). Diese positive Entwicklung war in erster Linie durch die Zunahme des Ordervolumens aus dem Ausland bestimmt. Während die Bestellungen aus dem Inland nach dem Rückgang im März lediglich wieder an die Vormonats-ergebnisse anknüpfen konnten, zogen die Auslandsaufträge deutlich an. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich im April um 8,4%, nach 5,5% im März. Die Zuwachsrate bei den Aufträgen aus dem Ausland erreichte im April 12,3%, nach 6,7% im Vormonat.

Der Fahrzeugbau, der etwa 16% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im April 2006 das stärkste Auftragsplus seit Februar 2004. Die Bestellungen nahmen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat real um 25,8% zu. Zuvor hatte es im März mit +6,7% einen deutlich schwächeren Zuwachs gegeben. Seit August 2005 war der Anstieg allein auf die Inlandsaufträge zurückzuführen. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion stieg im April 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat um 23,9%. Im März hatte der Zuwachs noch bei 18,7% gelegen. Anders als in den letzten zwölf Monaten stieg im April aber auch die Auslandsnachfrage. Der Zuwachs war mit +27,4% sogar noch höher als bei der Binnennachfrage. Im März 2006 waren die Bestellungen aus dem Ausland noch um 1,3% gesunken.

Im Fahrzeugbau stiegen im April auch die Auslandsaufträge

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im April 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 11,9%; der Zuwachs war damit etwa so hoch wie zum Jahreswechsel. Von Dezember 2005 (+12,3%) bis Februar 2006 (+11,8%) lagen die Zuwachsraten im zweistelligen Bereich; im März wurden dagegen lediglich +6,7% erreicht. Bei den

Nachfragesteigerung in der Metallerzeugung und -verarbeitung im April bei 11,9%

Inlandsbestellungen kam es im April zu einem Auftragsplus von 8,3%, nach 4,3% im Vormonat. Die Auslandsaufträge stiegen im Vorjahresvergleich mit +17,1% erheblich stärker als im März (+10%). Im letzten Quartal 2005 hatten hier die Steigerungsraten sogar jeweils über 20% betragen.

Auftragseingänge im Maschinenbau vor allem wegen des Auslandsgeschäfts deutlich im Plus

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im April 2006 im Vorjahresvergleich um 29,4%. Nachdem es bereits seit September 2005 zweistellige Zuwachsraten gegeben hatte, war dies das mit Abstand höchste Auftragsplus der letzten Jahre. Zuvor hatte der März 2006 mit einem Anstieg um 25,7% diesen Spitzenplatz inne. Die Inlandsaufträge nahmen im April gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,8% zu, nach 10,4% im März. Die Auftragszahlen aus dem Ausland haben im Vorjahresvergleich – nach den deutlichen Zuwächsen seit September 2005 – noch einmal angezogen. Im April wurde hier ein Plus von 41,9% erreicht.

Schwächer steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im April 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat nur noch um 9,8% gestiegen. Der Zuwachs fiel wesentlich niedriger aus als in den ersten Monaten des Jahres. Zu Jahresbeginn lag der Anstieg zwischen 21,3% im Februar und 25,4% im März. Der gleitende Durchschnittswert wurde allerdings durch einige Großaufträge im Berichtsmonat Februar geprägt. Trotz weiterhin steigender Auftragszahlen in den darauf folgenden Monaten konnte sich diese außergewöhnlich positive Entwicklung nicht fortsetzen.

Abgeschwächte Zunahme bei den Baugenehmigungen

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau wurde zum Jahreswechsel 2005/2006 durch die Streichung der Eigenheimzulage offensichtlich stark beeinflusst, die vor Jahresende die Zahl der Bauanträge nochmals anschwellen ließ. Die meisten die-

ser im vergangenen Jahr gestellten Anträge wurden erst Anfang 2006 bearbeitet. Dies löste vor allem in den Berichtsmonaten Januar und Februar einen Genehmigungsschub aus. Der deutliche Anstieg des Drei-Monats-Durchschnitts im Januar (+46,5%) und im Februar 2006 (+50,4%) konnte somit im März mit einer Steigerung um 30,8% und im April mit +15,1% gegenüber dem Vorjahresmonat nicht mehr erreicht werden.

Umsatzsteigerung im Einzelhandel – Einbußen im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze weisen seit April vergangenen Jahres reale Zuwächse zwischen 0,1% im Juli und November sowie 1,5% im September 2005 und Februar 2006 auf. Im April 2006 zeigte sich ein Plus von 1,8% gegenüber dem Vorjahresmonat. Das war die höchste Zunahme in den letzten Jahren. Im März war es noch zu einem Umsatzanstieg von 0,8% gekommen. Die positive Veränderung des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts im April war von Umsatzsteigerungen in allen Berichtsmonaten (März bis Mai) bestimmt und lässt auf eine Fortsetzung dieser Entwicklung hoffen.

Zuwächse im Einzelhandel

Im Großhandel sanken die realen Umsätze im April 2006 mit –0,2% nicht mehr so stark wie im März (–2,4%) und wie in den letzten Monaten des vergangenen Jahres. Zwischenzeitlich war es im Februar mit einem Umsatzplus von 0,5% zu einer leichten Erholung gekommen. Die beobachteten Umsatzsteigerungen

Leichter Umsatzrückgang im Großhandel

Rückläufige
Umsätze im
Gastgewerbe

in den Berichtsmonaten März und Mai wurden im Drei-Monats-Durchschnitt durch den deutlichen Rückgang im Berichtsmonat April 2006 überkompensiert.

Im Gastgewerbe sind die realen Umsätze seit Oktober 2005 rückläufig. Seit Dezember haben sich die Umsatzrückgänge auf einem Niveau von über 2% eingependelt. Nach -2,4% im März sanken die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im April um 2,8%. Im Februar 2006 hatte die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat -3,9% betragen und damit fast den letztjährigen Tiefststand vom Februar (-4,3%) erreicht.

Verbraucherpreisindex im Juli um 1,9% höher als im Vorjahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsisindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Teuerungsrate
weiter unter der
2%-Marke

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erreichte im Juli 2006 einen Wert von 110,6. Im Vergleich zum Vormonat stieg er um 0,5 Prozentpunkte. Gegenüber dem Juli des Vorjahres hat sich der Verbraucherpreisindex um 1,9% erhöht. Damit ist die Teuerungsrate im Jahresvergleich wieder etwas höher als im Mai und Juni, blieb allerdings zum vierten Mal in den vergangenen zwölf Monaten unter der 2%-Marke. Im März war zuletzt mit +1,7% der niedrigste Preisanstieg zu verzeichnen. Im Bereich „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ zogen die Preise gegenüber Juli 2005 um 3,5% an. Weitere überproportionale Steigerungen gab es unter anderem in den Bereichen „Verkehr“ (+3,2%) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+3%). Ohne die Verteuerung der Kraftstoffe und der Haushaltsenergie wäre der Verbraucherpreisindex binnen Jahresfrist lediglich

um 1,2% gestiegen. Rückläufige Preise im Vorjahresvergleich waren dagegen für „Bekleidung und Schuhe“ mit -0,7% sowie insbesondere im Bereich „Nachrichtenübermittlung“ mit -3,4% zu verzeichnen.

Anstieg der Arbeitslosigkeit im Juli

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

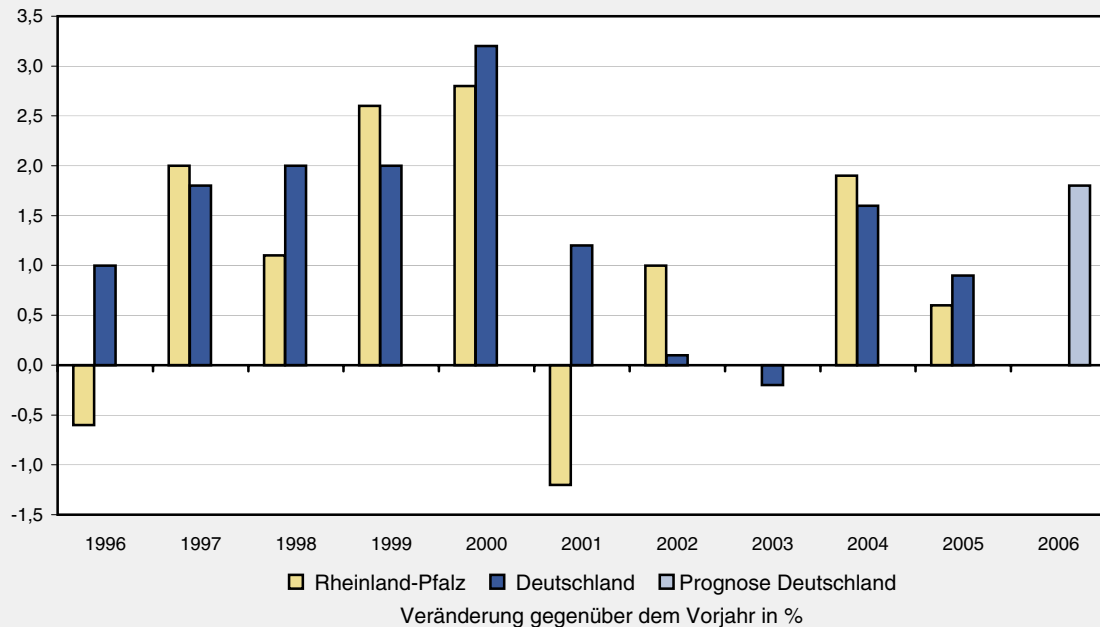
Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Rheinland-Pfalz wieder erhöht. Mitte Juli waren im Land rund 160 400 Frauen und Männer ohne Arbeit. Das waren gut 2 400 oder 1,5% mehr als im Juni. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat sank die Zahl der Arbeitslosen um fast 16 300 Personen oder 9,2%. Für den Monat Juli ist eine solche Arbeitsmarktentwicklung nicht ungewöhnlich. In den Sommermonaten melden sich vermehrt Jugendliche arbeitslos, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben und von ihren Ausbildungsbetrieben nicht übernommen wurden. Hinzu kommt, dass während der Ferienzeit in der Regel weniger Personal eingestellt wird.

Zahl der Arbeitslosen ist
im Juli wieder
gestiegen

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im Juli 2006 auf 7,8% und ist damit im Vergleich zum Juni um 0,1 Prozentpunkte gestiegen. Vor einem Jahr hatte die Quote noch bei 8,7% gelegen.

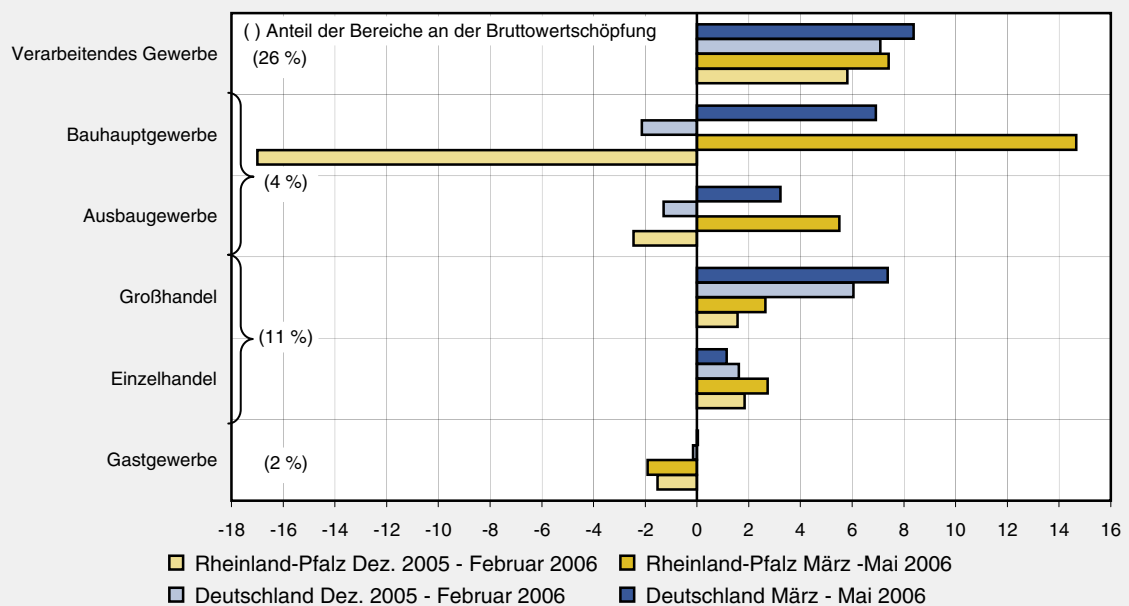
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾ (Berechnungsstand: März 2006)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das 1. Halbjahr 2006 im September 2006. - Quelle Prognosewert 2006: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose vom April 2006.

Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen in Rheinland-Pfalz und Deutschland

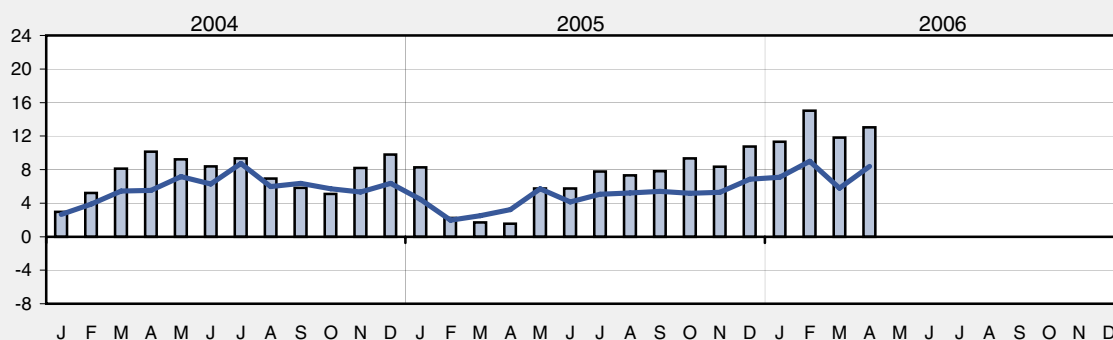


1) Ausbaugewerbe: Quartale.;

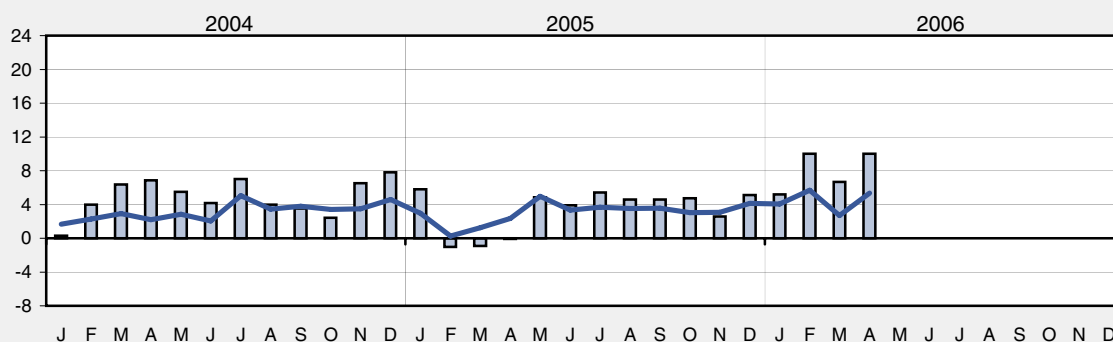
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

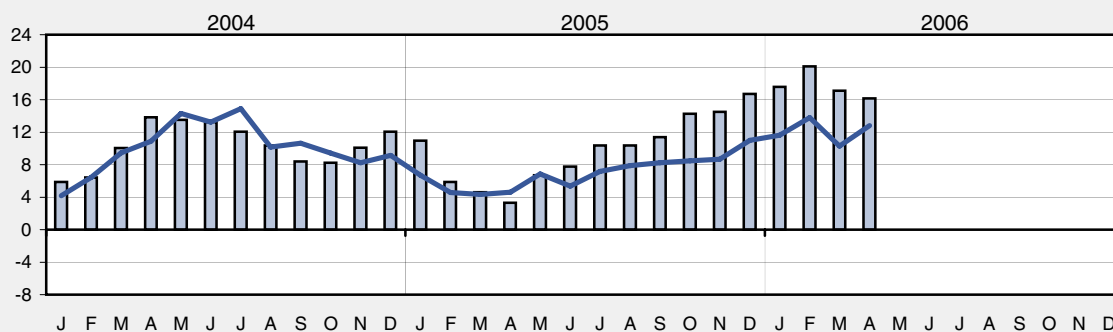
Insgesamt



Inland



Ausland



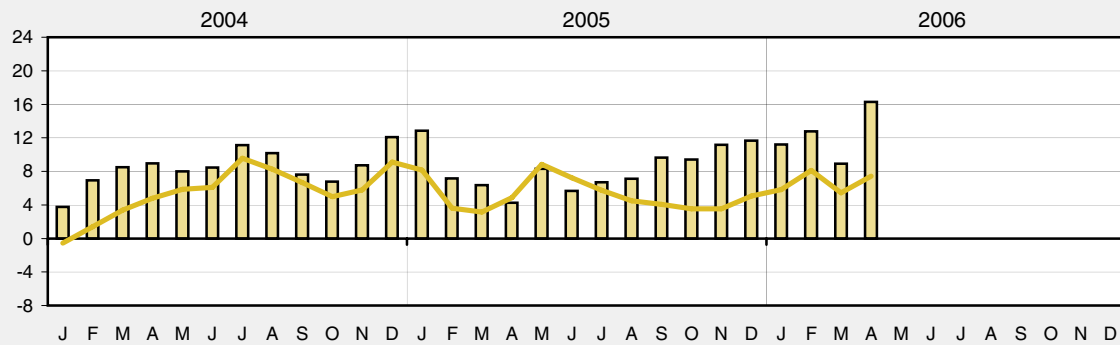
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

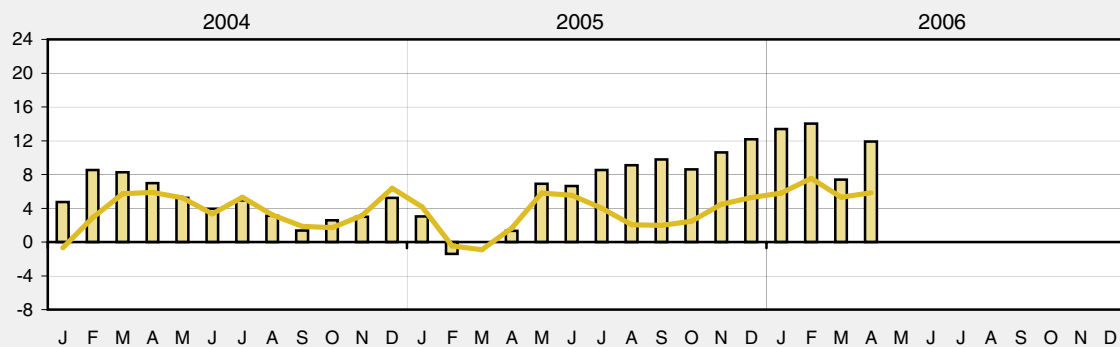
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

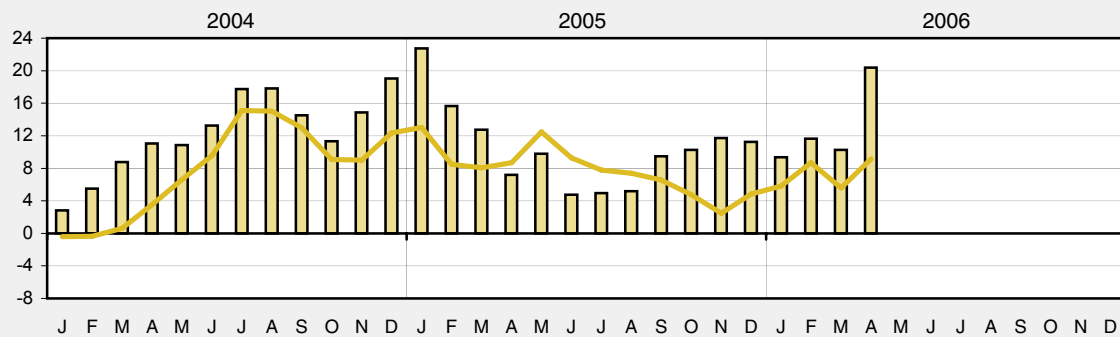
Insgesamt



Inland



Ausland

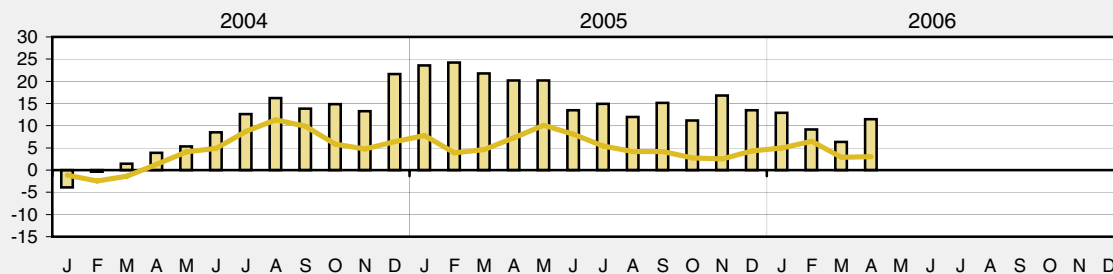


Auftragseingang Gesamtumsatz

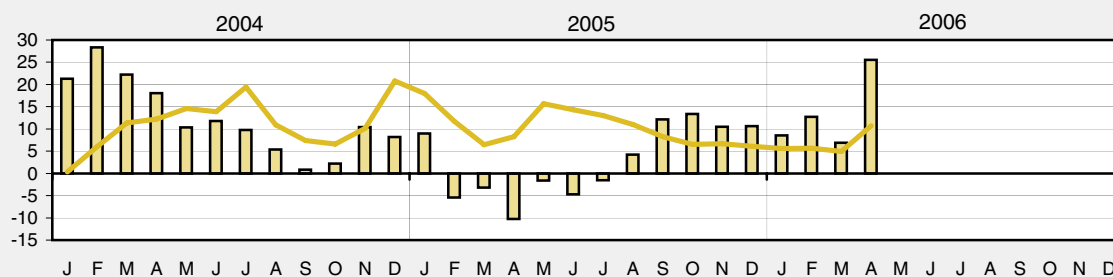
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

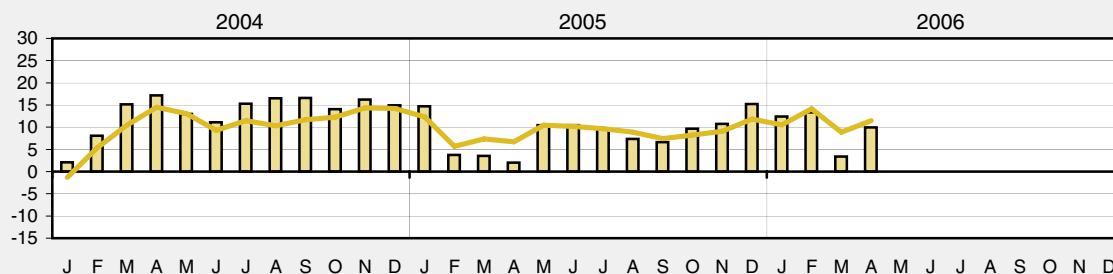
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 32%)



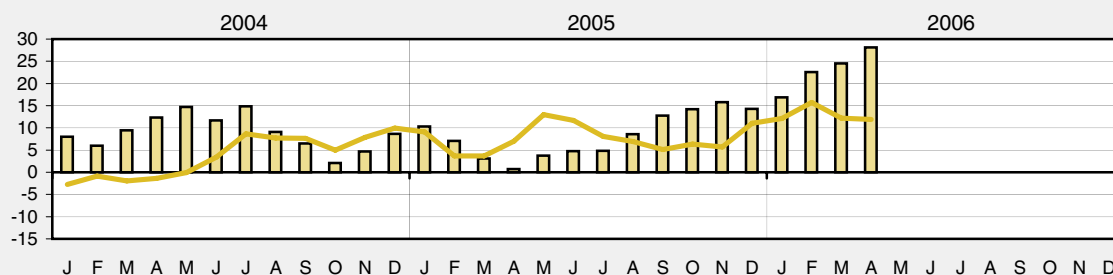
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 16%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 11%)



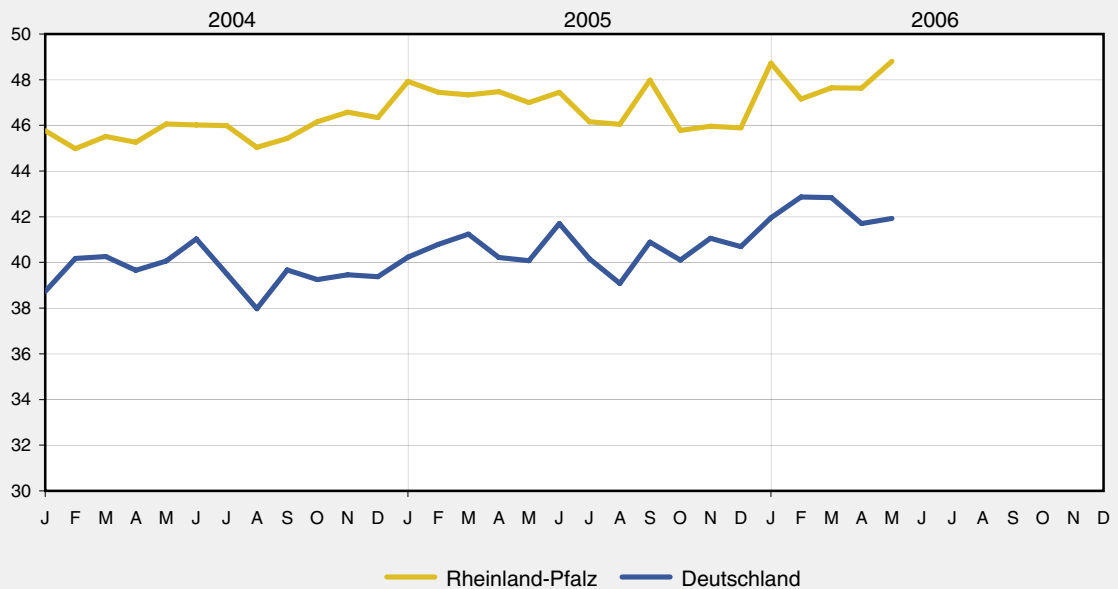
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 9%)



Auftragseingang Gesamtumsatz

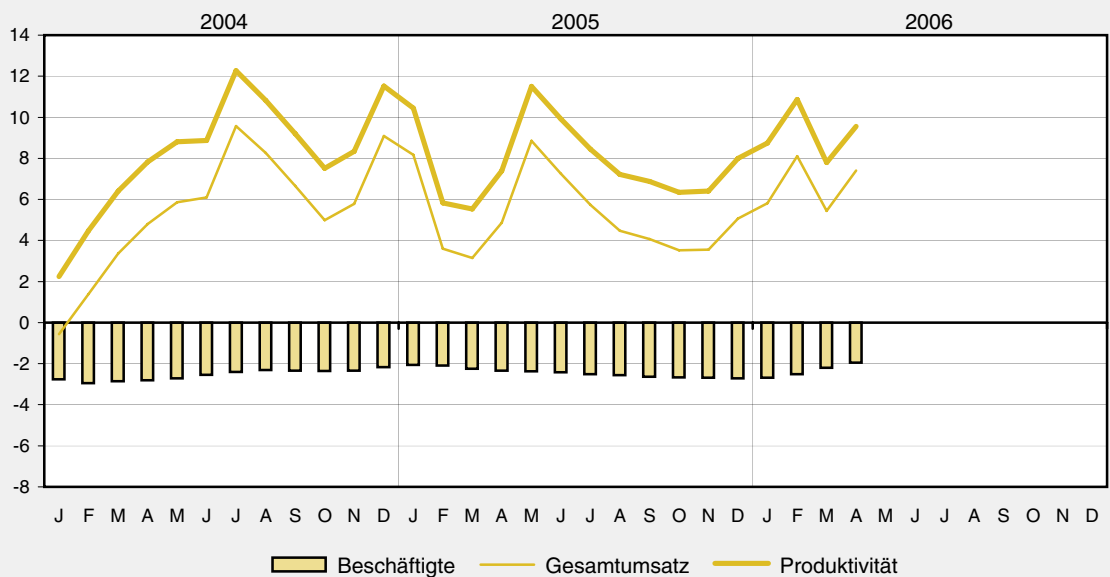
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

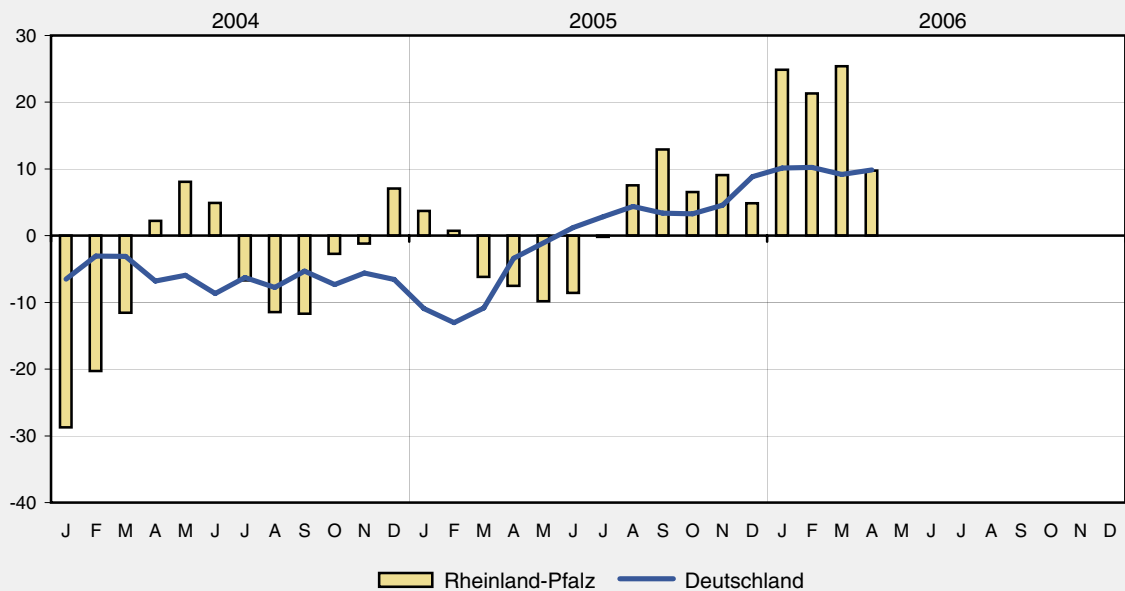
Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

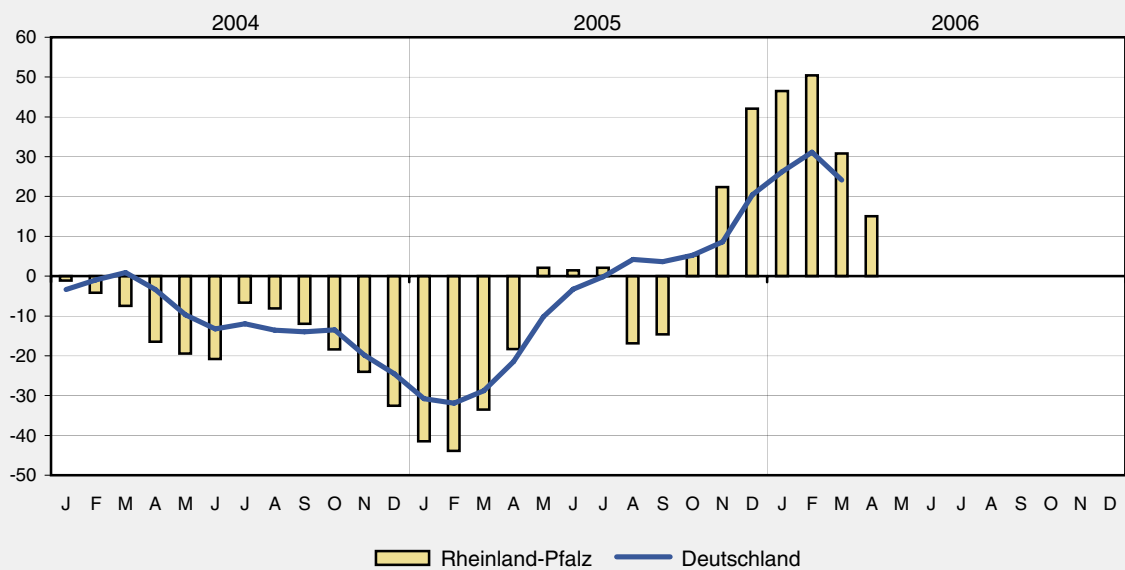
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



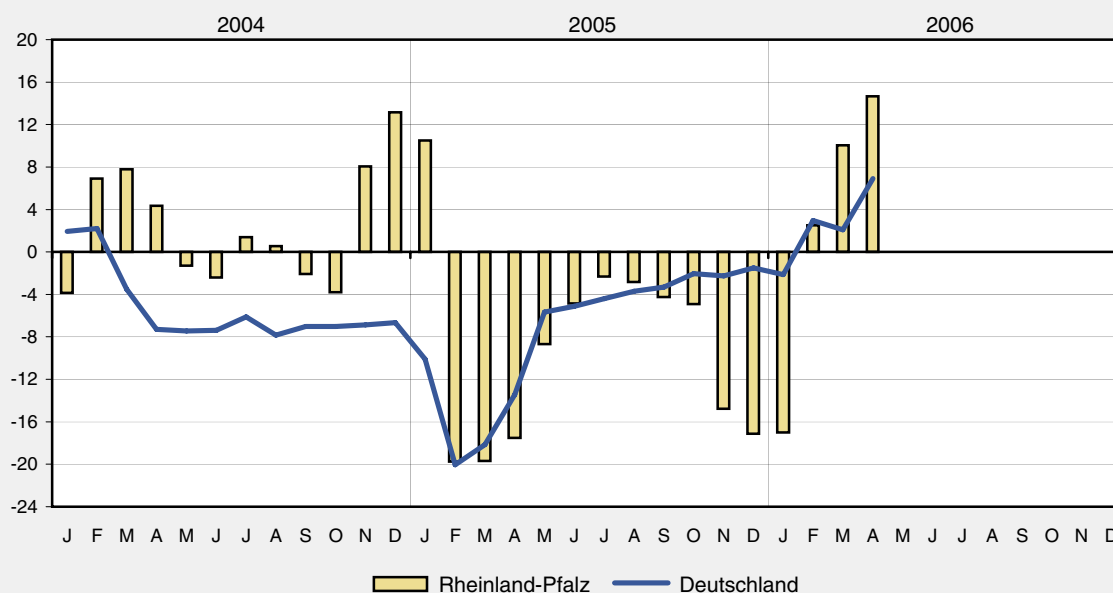
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

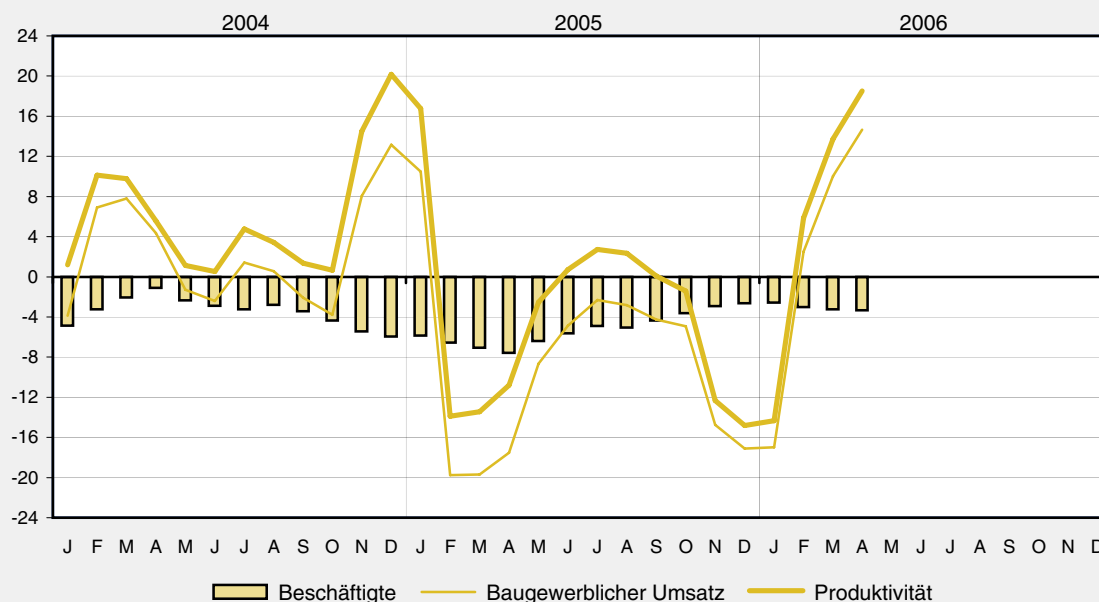
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

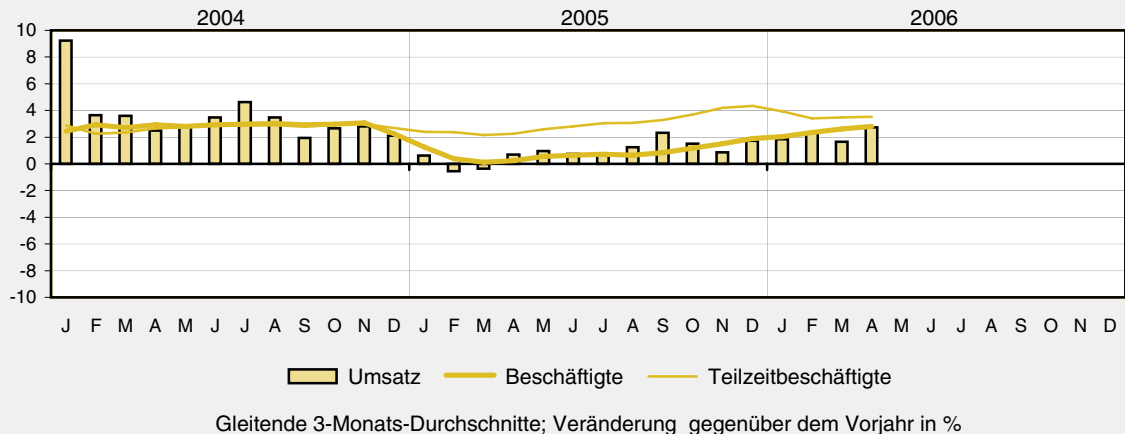
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



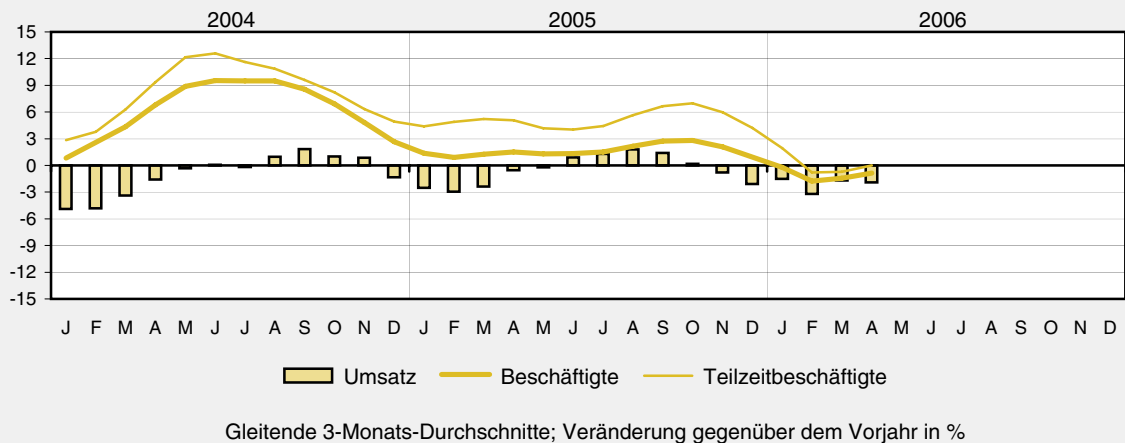
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

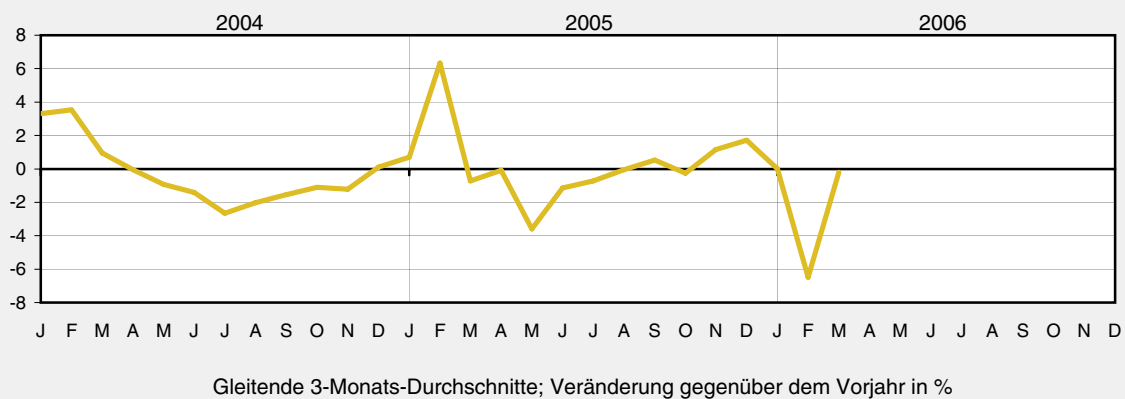
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100) in Rheinland-Pfalz



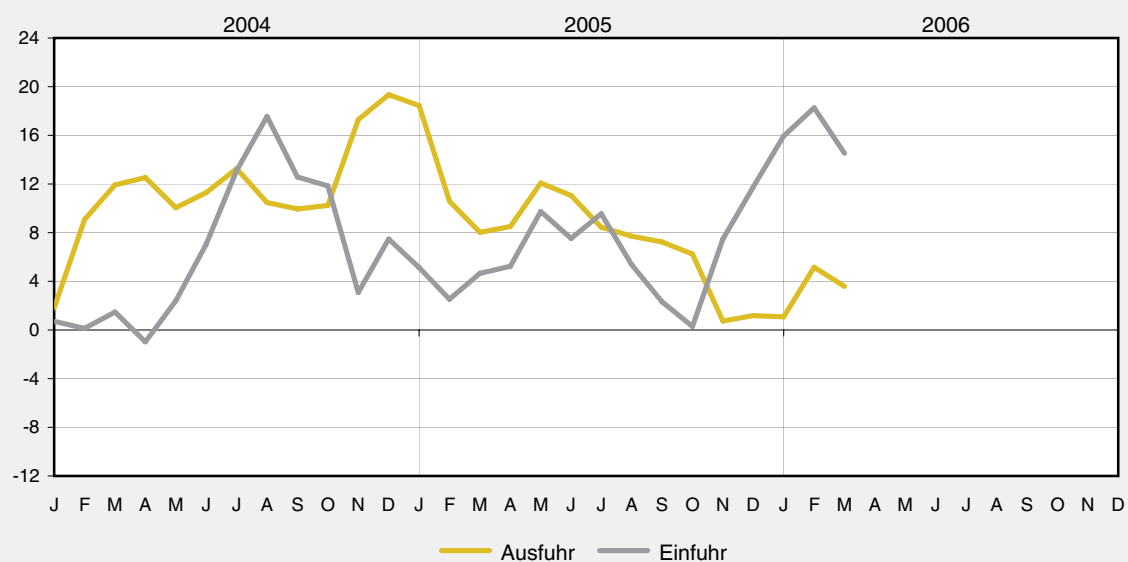
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100) in Rheinland-Pfalz



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

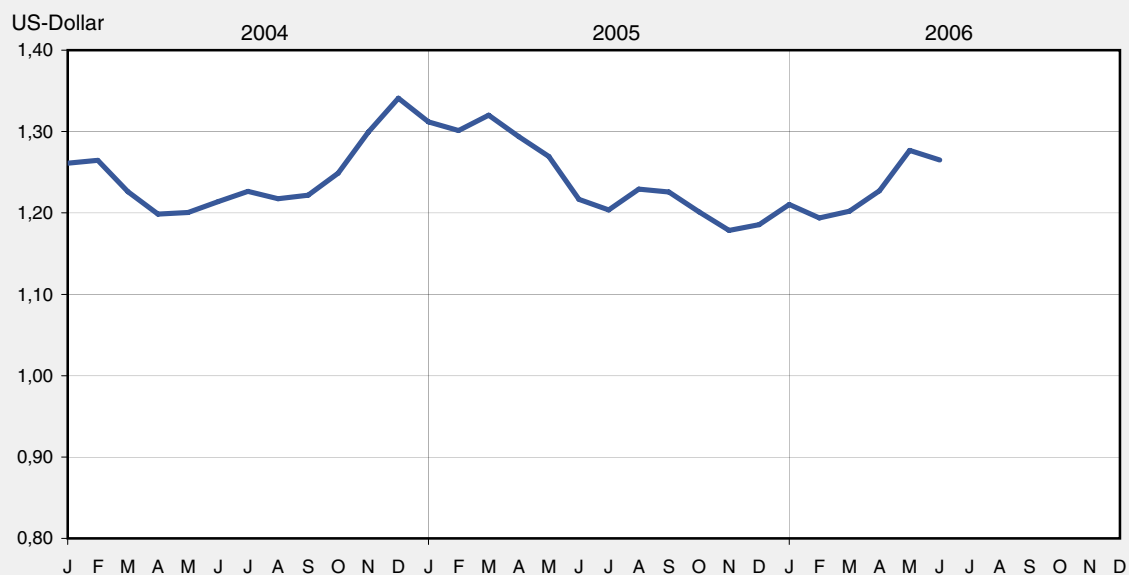


Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz (Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



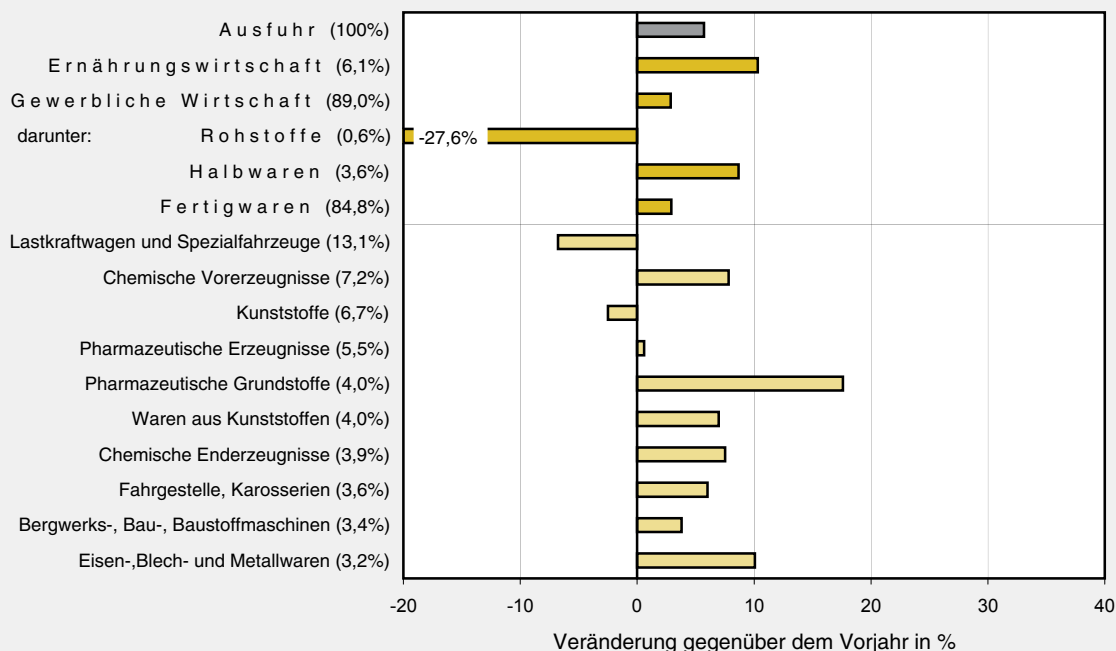
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank 1 EUR = ... US-Dollar (Monatsdurchschnitt)

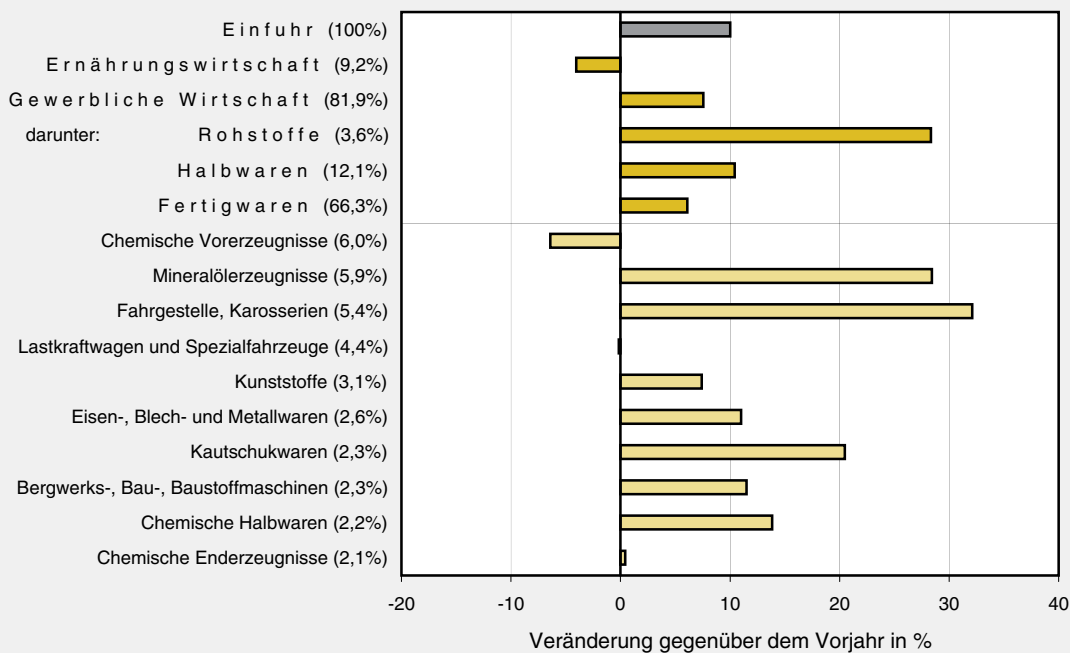


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(Mai 2005 - April 2006)

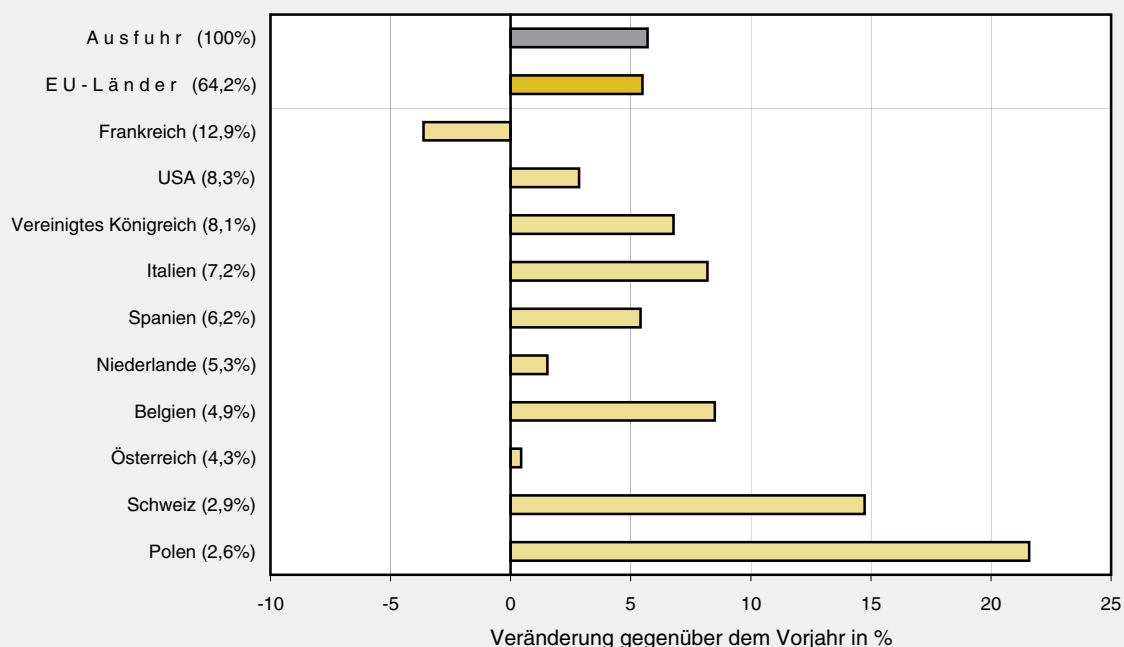


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(Mai 2005 - April 2006)

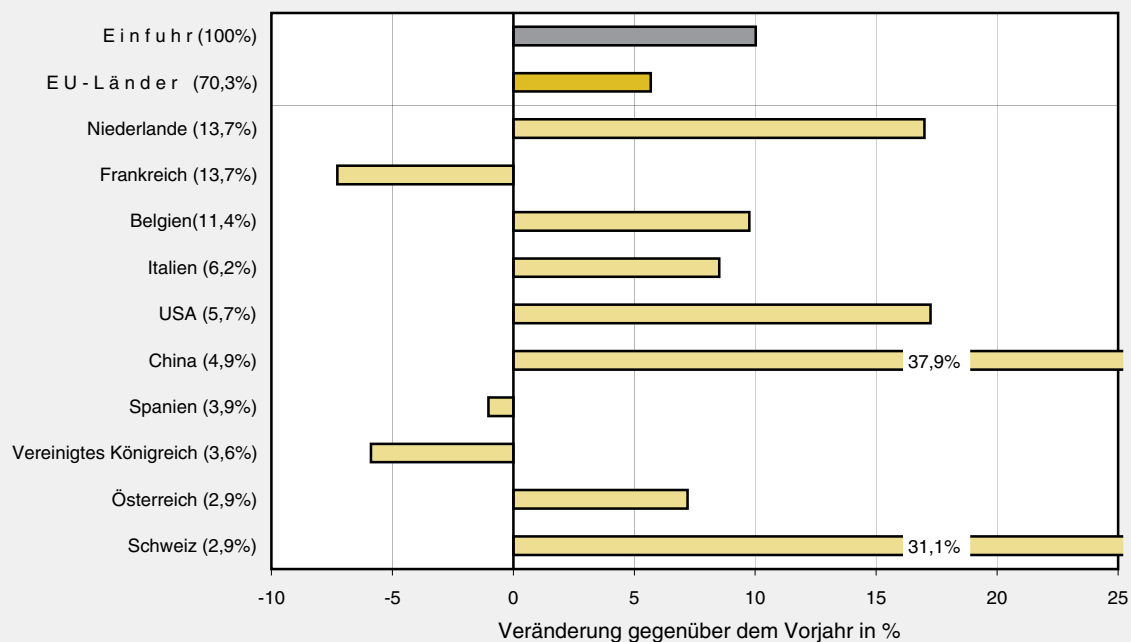


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2005.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(Mai 2005 - April 2006)

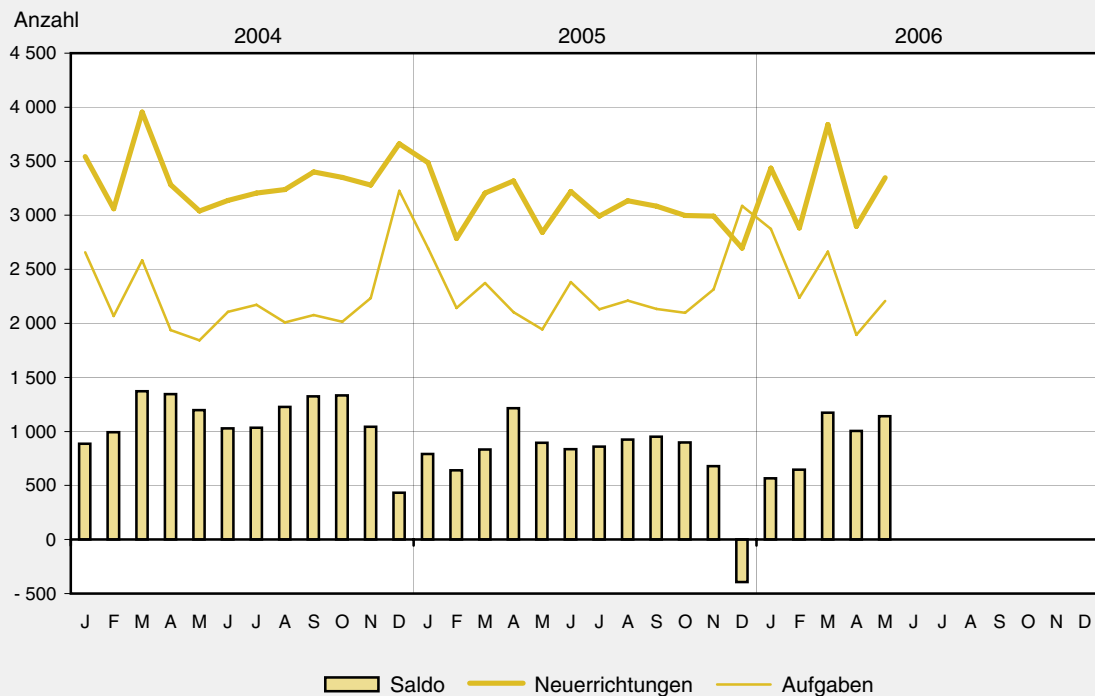


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(Mai 2005 - April 2006)

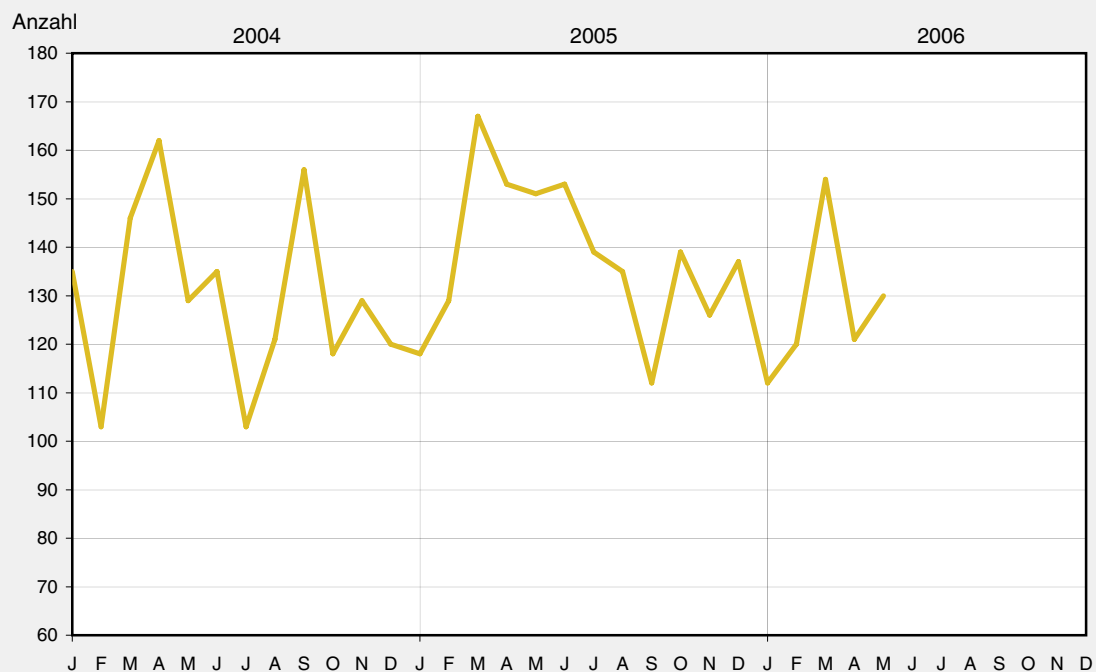


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2005.

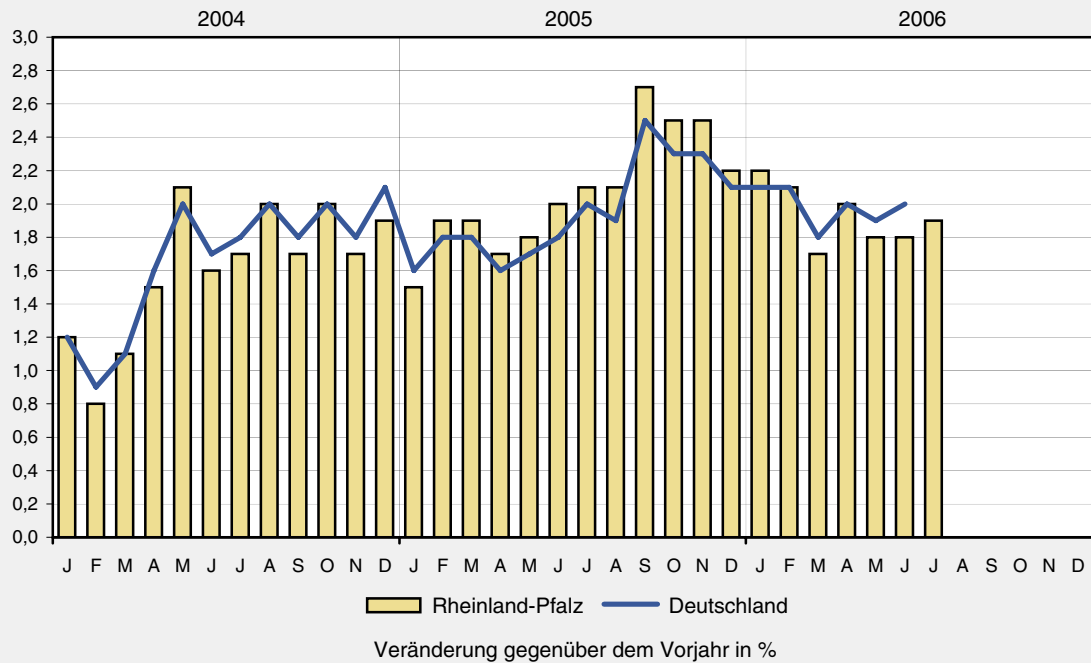
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



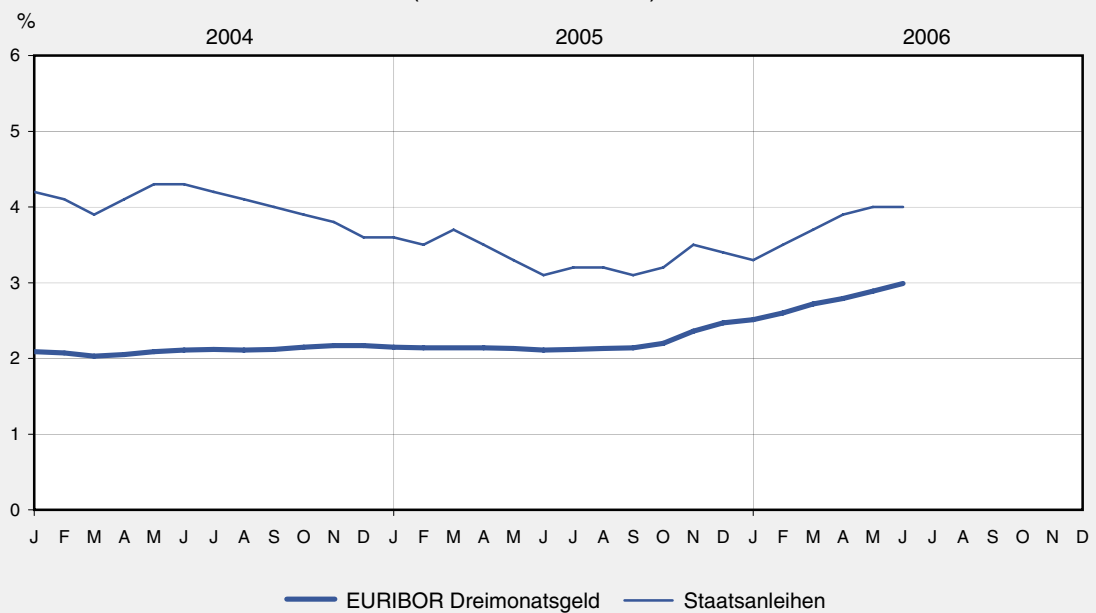
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



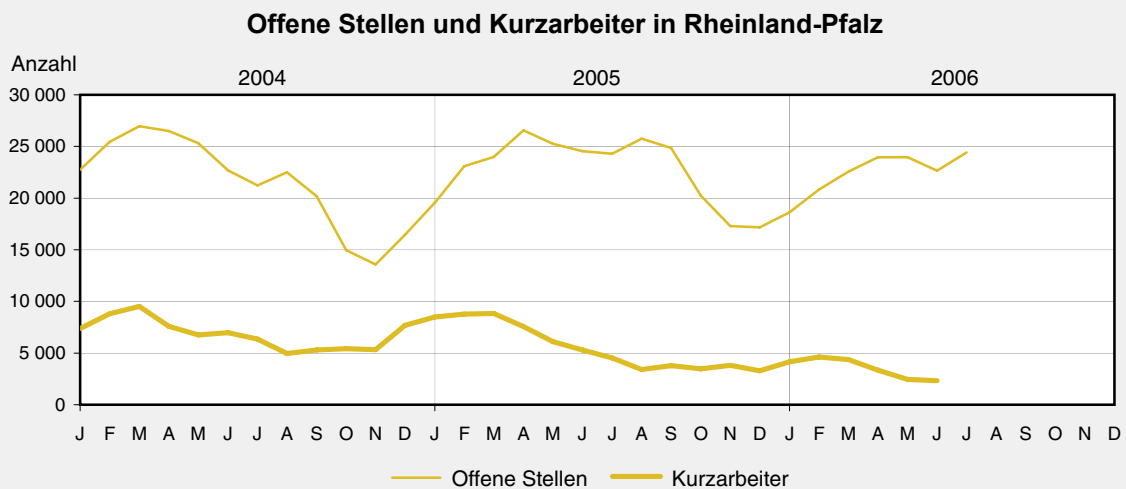
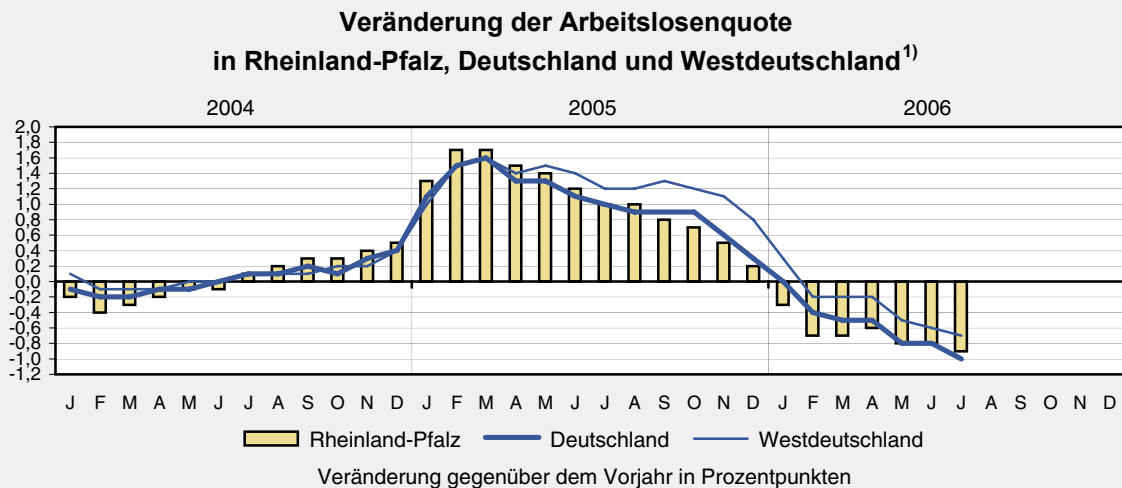
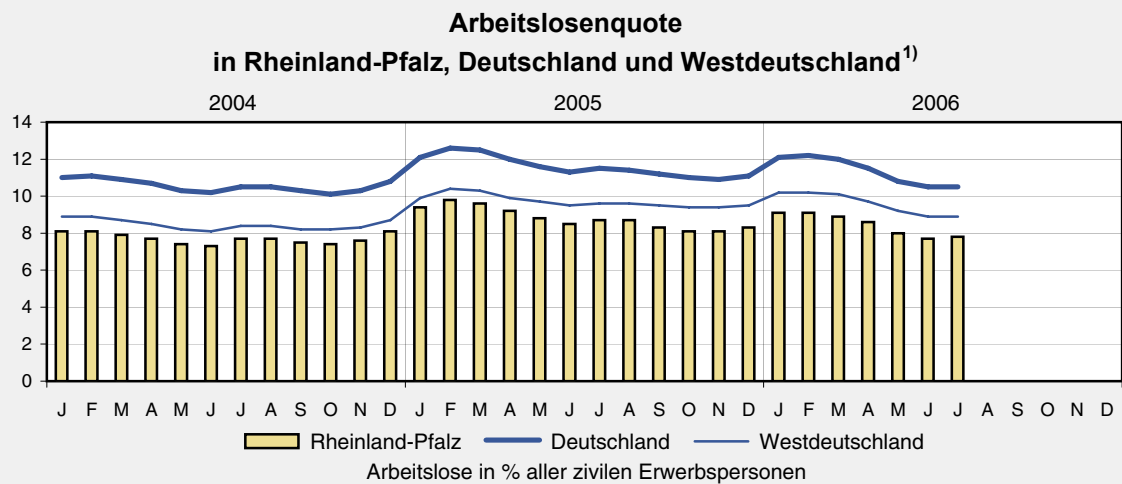
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

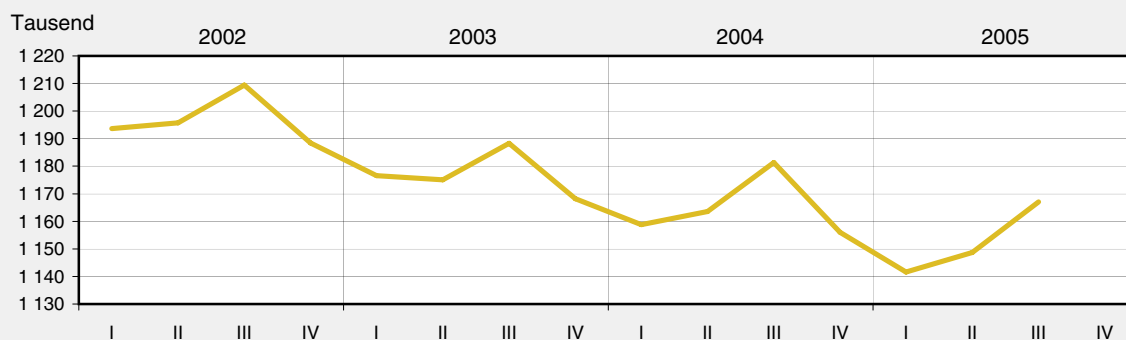


Quelle: Deutsche Bundesbank.

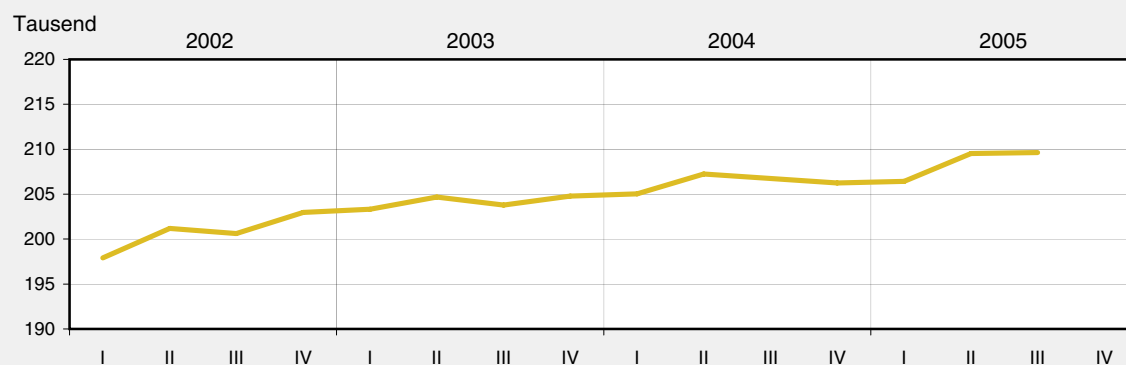


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

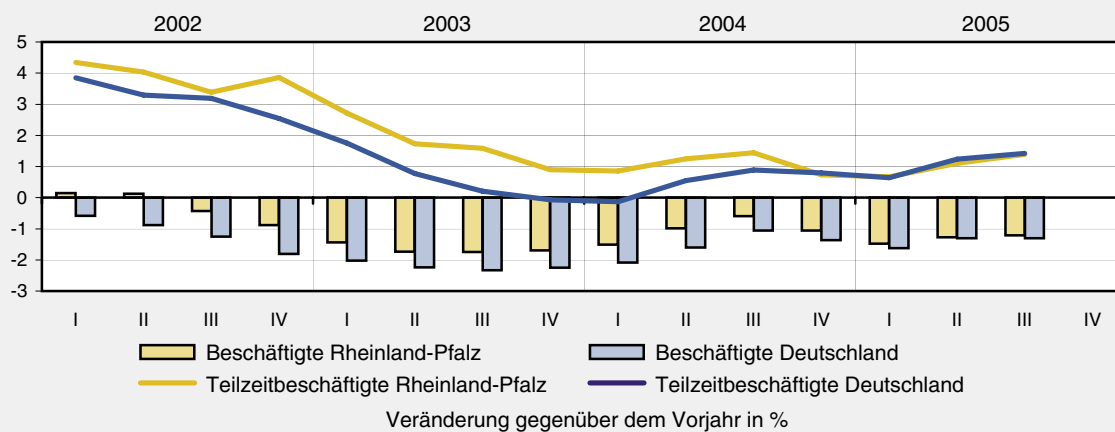
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



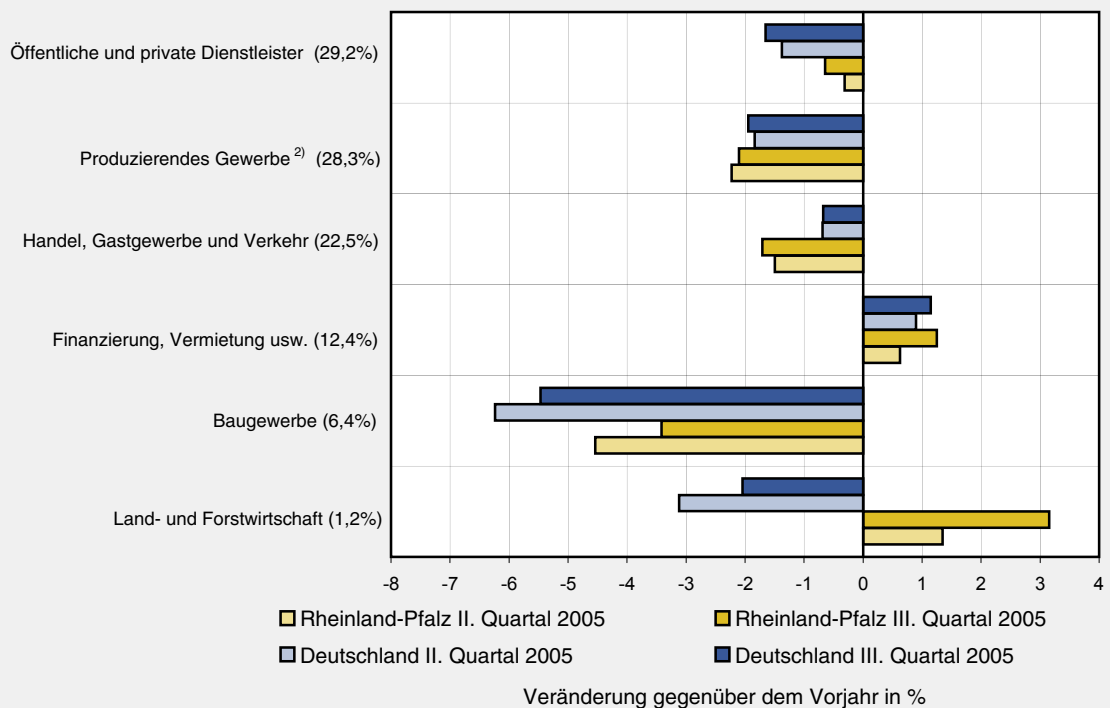
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2005. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. Juli 2006.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbspersonen

Die EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Euro-Referenzkurs

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

Exportquote

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehende sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



37	1.279.036	20.053.663	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
81	1.474.661	22.438.521	4.092.465

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2004	2005				2006		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 061 ¹⁾	4 059 ¹⁾	4 060	4 058	4 057	4 059
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	313 ¹⁾	312	312	313	313
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾									
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 753	1 689	556	684	980	2 517
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 785	2 716	2 732	2 564	2 695	2 632
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,2	8,0	7,9	8,2	7,8	7,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 464	3 565	3 781	3 765	4 445	3 902
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,5	11,0	12,1	12,9	11,3
* darunter im 1. Lebensjahr									
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	12	10	12	11	12	7
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,1	3,8	4,0	4,2	4,9	3,3
* Überschuss der Geborenen (+)									
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 679	- 849	- 1 049	- 1 201	- 1 750	- 1 270
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,5	- 3,0	- 3,9	- 5,1	- 3,7
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 107	8 347	7 124	6 246	7 874	7 566
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 218	2 337	2 076	1 734	2 388	1 968
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 237	7 693	7 236	6 256	7 195	7 747
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 114	2 073	2 054	1 792	2 009	2 305
* Wanderungsgewinn (+)									
bzw. -verlust (-)	Anzahl	870	655	- 112	- 10	679	- 181
* Innerhalb des Landes									
Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 969	13 053	11 758	10 030	12 374	15 185
ERWERBSTÄTIGKEIT									
Beschäftigte	Einheit	2002	2003	2004				2005	
		30.6.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.
* Sozialversicherungspflichtig									
Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 196	1 175	1 159	1 164	1 181	1 156	1 142	1 149
* Frauen	1 000	532	527	524	522	530	523	519	519
* Ausländer/-innen	1 000	76	72	69	70	71	66	66	68
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	201	205	205	207	207	206	206	210
* darunter Frauen	1 000	176	179	179	181	181	180	181	183
davon nach Wirtschaftsbereichen									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	13	12	13	13	12	12	13
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	351	340	334	333	335	330	326	325
* Baugewerbe	1 000	85	80	74	77	79	74	70	74
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	271	265	260	262	268	259	256	258
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	141	141	142	145	142	141	143
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	334	335	337	336	340	339	336	335

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2006 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	Anzahl	155 111	178 514	178 173	173 065	175 249	173 593	163 841	157 992
* Frauen	Anzahl	66 311	82 718	81 932	80 404	82 533	81 359	78 780	76 996
* Männer	Anzahl	88 800	95 796	96 241	92 661	92 716	92 234	85 061	80 996
darunter									
Bauberufe	Anzahl	8 265	8 896	8 771	8 022	7 653	8 318	6 852	5 049
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 605	50 308	51 668	49 587	49 355	48 080	43 836	37 095
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	8,6	9,9	9,9	9,5	9,7	9,6	9,0	8,7
* Frauen	%	7,8	9,7	9,6	9,4	9,6	9,5	9,1	8,9
* Männer	%	9,2	10,0	10,0	9,7	9,7	9,6	8,9	8,5
* Ausländer/-innen	%	17,7	21,6	22,4	21,4	21,3	21,7	20,2	19,5
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,3	10,8	10,3	9,8	11,1	9,5	8,7	8,3
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	6 844	5 613	6 104	5 305	4 536	3 333	2 443	2 323
* Gemeldete Stellen	Anzahl	21 679	23 752	25 267	24 539	24 293	23 969	23 968	22 649
darunter									
Bauberufe	Anzahl	299	995	1 232	1 185	1 273	1 285	1 338	1 437
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	4 429	5 372	6 069	5 949	6 135	5 535	6 141	6 386
BAUTÄTIGKEIT									
(Baugenehmigungen)									
Baugenehmigungen für Wohngebäude									
	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	828	727	704	536	544	1 043	891	578
davon mit ...									
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	790	700	679	508	527	1 012	846	547
3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	38	27	25	28	17	31	45	31
davon									
öffentl. Bauherren u. Organisa-									
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	3	3	-	1
Unternehmen	Anzahl	97	116	104	62	91	61	100	58
private Haushalte	Anzahl	729	610	597	474	453	979	791	519
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 154	971	1 024	740	696	1 371	1 177	803
* Umbauter Raum	1 000 m ³	810	672	668	543	505	993	881	593
* Wohnfläche	1 000 m ²	147	125	123	98	94	181	162	109
Wohnräume	Anzahl	6 416	5 494	5 217	4 215	4 154	7 824	6 838	4 471
* Veranschlagte Kosten der									
Bauwerke	Mill. EUR	184	154	155	123	114	222	203	138
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude									
* Nichtwohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	130	118	112	117	118	100	126	111
davon									
öffentl. Bauherren und Organisa-									
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	16	16	17	13	13	11	7	11
Unternehmen	Anzahl	105	97	92	103	98	85	113	99
private Haushalte	Anzahl	10	5	3	1	7	4	6	1
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	15	14	8	18	10	14	195	5
* Umbauter Raum	1 000 m ³	662	597	714	679	509	983	603	682
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	90	95	95	79	151	82	100
* Veranschlagte Kosten der									
Bauwerke	Mill. EUR	67	64	70	57	38	88	61	52
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)									
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-									
nahmen an bestehenden									
Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 099	1 243	877	795	1 566	1 543	905
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 421	6 276	6 171	5 069	4 875	8 888	8 068	5 033

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 830	10 678	11 022	11 093	10 463	9 685	11 496	9 999	11 091
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 752	2 696	2 772	2 773	2 206	2 453	3 080	2 417	2 566
* Kälber	t	20	16	27	13	13	11	15	30	15
* Schweine	t	7 968	7 865	8 104	8 217	8 136	7 162	8 317	7 442	8 422
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	9 535	10 264	11 585	10 383	10 038	10 125	10 487	10 139	10 798
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 617	63 728	65 777	66 457	69 535	56 799	63 281	63 148	66 974
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 184	2 112	2 116	2 119	2 125	2 050	2 050	2 047	2 044
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	281 120	274 294	274 577	274 097	273 992	268 223	268 719	269 053	268 855
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	35 893	35 075	35 387	36 548	33 955	33 825	37 291	33 034	35 681
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	884	880	824	851	1 039	804	825	849	1 081
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 508	5 790	5 923	5 872	5 875	5 664	6 644	5 774	6 561
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. EUR	2 953	3 042	3 172	3 104	3 167	3 037	3 521	2 987	3 490
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 477	1 624	1 608	1 683	1 622	1 518	1 857	1 700	1 859
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	115	113	111	110	102	117	137	111	124
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	962	1 010	1 032	975	985	991	1 129	975	1 088
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 735	1 825	1 953	1 820	1 989	1 851	2 121	1 729	2 087
Fahrzeugbau	Mill. EUR	829	922	910	962	896	842	1 037	947	1 080
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 521	2 714	2 803	2 788	2 762	2 671	3 166	2 750	3 202
Exportquote ⁶⁾	%	45,8	46,9	47,3	47,5	47,0	47,2	47,6	47,6	48,8
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	106,8	112,9	115,5	114,5	102,8	119,0	137,3	119,0	131,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	104,2	110,8	116,7	111,6	103,9	114,0	129,0	112,4	127,4
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	111,4	115,7	112,9	118,4	100,6	125,0	144,2	129,9	140,1
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	98,2	99,4	101,1	93,9	90,9	121,9	149,2	96,2	126,8
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	108,1	120,7	123,7	126,5	108,9	127,0	160,3	128,0	128,7
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	109,4	124,1	134,6	123,5	116,3	130,3	149,4	124,5	141,6
Fahrzeugbau	2000=100	119,1	119,6	116,5	126,9	97,8	130,0	145,1	130,5	153,5
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	87	86	86	86	86	86	86	86
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	10 377	10 204	10 243	10 148	10 146	10 052	10 034	10 032	10 032
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 329	1 296	1 317	1 351	1 213	1 243	1 388	1 159	1 316
* Bruttolohn- und -gehaltssumme ³⁾	Mill. EUR	33	33	30	33	31	33	30	34	33
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁷⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	668	595	704	555	533	534	584	430	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	651	580	688	544	523	518	568	420	...

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –

2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. –

7) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit
im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. –
7) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe**Bauhauptgewerbe**
(Vorbereitende Baustellen-
arbeiten, Hoch- und Tief-
bau) ¹⁾

	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	38 163	36 159	35 738	36 074	36 273	33 789	34 212	35 015
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 780	3 435	2 918	3 798	3 578	2 148	3 060	3 467
davon									
* Wohnungsbau	1 000 h	1 543	1 394	1 209	1 514	1 465	933	1 245	1 388
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	931	824	737	906	847	597	823	814
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 305	1 217	972	1 378	1 266	618	992	1 265
darunter Straßenbau	1 000 h	599	587	434	665	633	231	456	666
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	85	79	70	80	80	60	67	77
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	63	58	50	59	60	41	48	57
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	22	21	20	20	20	19	19	20
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	305	229	278	284	186	246	313
davon									
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	98	76	89	95	69	79	116
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	86	80	70	79	75	54	72	78
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	128	84	110	114	63	95	119
darunter Straßenbau	Mill. EUR	57	56	30	48	53	20	34	50

**Ausbaugewerbe/
Bauinstallation und sons-
tiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}**

	Einheit	2004	2005	2004		2005		2006	
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	332	319	334	331	319	320	319	319
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	11 708	11 350	11 999	11 767	11 207	11 488	11 350	11 353
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 558	3 557	3 681	3 636	3 330	3 652	3 632	3 615
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	77	76	78	83	72	77	76	81
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	55	54	56	59	51	55	54	57
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	22	22	22	24	20	21	22	24
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	263	251	281	335	183	240	253	327

HANDEL**Großhandel ^{p 7)}**

	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte	2003=100	98,7	95,8	95,2	95,3	95,3	95,9	96,2	95,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	104,2	105,5	102,0	102,7	103,6	105,9	105,4	103,8
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	103,6	104,1	103,2	105,4	102,0	91,4	108,4	98,6
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	101,6	99,4	99,0	100,8	97,7	86,2	102,0	91,9

Einzelhandel ^{p 9)}

* Beschäftigte	2003=100	102,9	103,7	102,2	102,5	102,8	104,3	105,1	105,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	102,7	105,8	103,7	103,8	104,4	106,8	107,3	107,5
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	103,2	103,9	106,0	105,6	103,3	90,1	108,4	107,6
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	103,1	103,1	105,1	104,7	102,3	88,8	106,7	105,7

Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 10)}

* Beschäftigte	2003=100	98,2	100,5	100,6	99,8	99,9	100,4	100,7	100,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	92,3	97,6	96,3	96,5	98,2	97,9	99,4	98,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	102,5	111,6	118,6	122,4	112,5	94,9	124,0	119,0
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	101,3	109,5	117,0	120,6	110,6	91,9	120,1	115,0

GASTGEWERBE ^p

* Beschäftigte	2003=100	106,5	108,2	105,2	109,0	111,4	100,3	101,6	109,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	108,3	113,9	111,0	115,3	117,6	106,1	107,1	117,6
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	99,3	98,9	90,0	97,7	109,9	78,4	85,2	99,0
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	98,6	97,0	88,6	96,4	108,2	76,5	83,3	96,9

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitraums. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾		Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gästeankünfte	1 000	580	595	435	539	770	334	421	572	745
* darunter von Auslandsgästen	1 000	130	137	86	115	168	82	81	127	166
* Gästeübernachtungen	1 000	1 652	1 660	1 229	1 372	2 157	900	1 078	1 599	1 972
* darunter von Auslandsgästen	1 000	376	394	218	272	483	216	199	326	458

VERKEHR		Einheit	2004	2005			2006			
			Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 262	2 203	1 765	1 907	2 100	1 764	1 671	1 917	1 735
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 447	1 430	976	1 167	1 351	985	946	1 127	1 151
* Getötete Personen	Anzahl	24	24	15	21	16	10	16	21	20
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	13	13	8	14	9	10	13	16	12
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	5	-	3	3	-	-	1	4
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	1	-	-	-	3	1
Fußgänger	Anzahl	3	3	6	2	2	-	-	-	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 881	1 874	1 310	1 558	1 748	1 291	1 203	1 467	1 522
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	376	362	220	288	317	231	231	268	264
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	191	168	131	154	136	157	134	161	134
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	84	83	16	55	86	12	23	38	64
Radfahrer	Anzahl	45	50	17	22	40	16	24	24	25
Fußgänger	Anzahl	38	41	30	36	40	37	39	31	31

Kraftfahrzeuge ³⁾		Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 587	13 674	17 429	16 088	15 728	8 038	20 158	15 674	16 477
darunter										
Krafträder	Anzahl	865	801	1 635	1 506	1 204	304	1 635	1 295	1 414
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	11 583	11 752	14 373	13 194	13 196	7 025	16 828	12 438	13 806
* Lastkraftwagen	Anzahl	738	787	786	824	790	494	1 138	1 100	958
* Zugmaschinen	Anzahl	239	268	366	348	281	174	466	689	238

Personenbeförderung		Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	
Beförderte Personen	1 000	69 121	62 432	62 460	72 451	66 493	65 026	54 394	63 816	69 273
im Linienverkehr										
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	643	574	517	776	573	570	493	660	612

Binnenschifffahrt		Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Güterempfang	1 000 t	1 185	1 183	1 198	1 140	1 242	1 039	967	1 294	...
* Güterversand	1 000 t	808	852	816	830	976	780	642	922	...

AUSSENHANDEL ⁶⁾		Ausfuhr (Spezialhandel)									
* Insgesamt	Mill. EUR	2 644	2 842	2 689	2 924	2 786	2 900	2 706	3 194	2 798	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	166	173	135	164	163	179	157	194	184	
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 439	2 529	2 425	2 620	2 483	2 580	2 417	2 849	2 475	
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	16	15	14	15	16	14	18	17	
* Halbwaren	Mill. EUR	106	103	92	90	95	113	131	116	131	
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 309	2 409	2 318	2 516	2 373	2 450	2 272	2 715	2 327	
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	702	708	693	750	657	753	750	928	753	
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 607	1 701	1 625	1 767	1 716	1 698	1 522	1 787	1 575	

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 938	2 082	1 906	2 108	2 088	2 118	1 970	2 280	2 116
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 726	1 823	1 689	1 828	1 830	1 837	1 720	1 974	1 829
Belgien	Mill. EUR	129	140	137	144	143	150	156	156	151
Luxemburg	Mill. EUR	38	39	32	34	32	46	47	51	53
Dänemark	Mill. EUR	33	38	33	35	40	40	35	46	39
Finnland	Mill. EUR	20	21	19	23	24	20	20	23	21
Frankreich	Mill. EUR	356	366	362	372	384	348	310	350	306
Griechenland	Mill. EUR	29	44	43	48	38	50	29	48	38
Großbritannien	Mill. EUR	213	230	212	222	221	223	210	230	233
Irland	Mill. EUR	12	13	12	15	12	15	19	16	19
Italien	Mill. EUR	196	203	190	196	214	230	217	228	213
Niederlande	Mill. EUR	154	150	133	157	136	162	136	174	142
Österreich	Mill. EUR	128	122	109	123	122	126	102	151	146
Schweden	Mill. EUR	55	62	69	61	47	52	54	52	50
Spanien	Mill. EUR	164	176	157	178	187	179	168	204	160
Portugal	Mill. EUR	19	18	15	17	20	17	15	17	21
* Afrika	Mill. EUR	61	64	65	60	68	63	62	76	77
* Amerika	Mill. EUR	300	333	366	403	275	366	344	481	308
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	227	253	278	326	206	290	267	389	232
* Asien	Mill. EUR	319	333	323	319	331	323	302	333	276
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	49	55	59	44	47	51	48	41
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	25	28	29	34	23	30	28	25	21
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 625	1 751	1 626	1 638	1 827	1 842	1 900	2 031	1 900
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	177	161	153	169	164	168	135	180	191
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 392	1 435	1 326	1 320	1 498	1 513	1 604	1 678	1 539
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	51	63	60	24	66	29	121	98	31
* Halbwaren	Mill. EUR	192	211	199	180	202	221	214	238	192
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 149	1 161	1 067	1 116	1 229	1 263	1 270	1 343	1 316
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	303	308	283	295	339	324	304	330	333
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	845	852	784	821	890	940	966	1 013	984
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 291	1 381	1 306	1 311	1 469	1 415	1 517	1 566	1 458
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 163	1 230	1 163	1 198	1 314	1 262	1 272	1 357	1 326
Belgien	Mill. EUR	186	200	186	203	214	239	211	242	233
Luxemburg	Mill. EUR	28	34	39	31	26	49	24	33	35
Dänemark	Mill. EUR	28	35	36	28	27	14	40	41	32
Finnland	Mill. EUR	7	8	7	8	9	6	7	9	11
Frankreich	Mill. EUR	253	239	250	203	304	203	256	252	252
Griechenland	Mill. EUR	5	4	4	5	3	5	2	5	4
Großbritannien	Mill. EUR	63	63	57	52	83	60	47	63	62
Irland	Mill. EUR	14	17	6	13	13	25	7	8	25
Italien	Mill. EUR	106	108	95	102	117	130	118	133	122
Niederlande	Mill. EUR	182	241	214	251	225	198	256	218	215
Österreich	Mill. EUR	53	51	49	44	50	66	52	73	63
Schweden	Mill. EUR	36	38	37	63	51	60	57	74	62
Spanien	Mill. EUR	72	68	65	72	72	76	69	69	93
Portugal	Mill. EUR	10	9	9	13	10	12	9	8	11
* Afrika	Mill. EUR	31	34	33	33	39	42	28	41	27
* Amerika	Mill. EUR	133	143	127	137	146	159	157	204	209
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	104	111	93	106	105	131	122	144	152
* Asien	Mill. EUR	165	188	158	154	169	222	196	215	202
darunter aus Japan	Mill. EUR	27	27	23	28	34	25	23	26	27
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	2	4	4	4	3	5	4
GEWERBEANZEIGEN ³⁾										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 879	3 630	3 764	3 885	3 397	3 509	4 487	3 411	3 899
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 798	2 883	2 944	2 665	2 479	2 796	3 341	2 337	2 763

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Insgesamt	Anzahl	456	548	619	557	490	543	705	566	625
davon										
* Unternehmen	Anzahl	130	138	167	153	151	120	154	121	130
* Verbraucher	Anzahl	201	264	287	273	203	274	379	307	349
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	113	130	143	119	109	135	156	127	136
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	13	15	22	12	27	14	16	11	10
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	118	116	224	149	114	116	121	116	132
HANDWERK ²⁾										
	Einheit	2004	2005	2004		2005				2006
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	93,6	91,2	95,4	93,0	90,4	90,8	92,6	91,1	89,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	96,7	94,7	98,4	104,9	79,2	96,3	98,2	105,2	83,0
PREISE										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Verbraucherpreisindex	2000=100	106,0	108,2	108,0	108,1	108,5	109,7	109,9	110,0	110,6
VERDIENSTE ⁶⁾										
	Einheit	2004	2005	2004	2005				2006	
		Durchschnitt		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 571	2 597	2 575	2 502	2 576	2 608	2 641	2 555	2 662
* Männer	EUR	2 643	2 667	2 645	2 566	2 646	2 677	2 713	2 622	2 734
* Frauen	EUR	1 935	1 962	1 950	1 936	1 950	1 968	1 975	1 960	1 999
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	15,55	15,70	15,53	15,59	15,62	15,70	15,80	15,78	15,88
* Männer	EUR	15,95	16,10	15,91	15,99	16,01	16,09	16,20	16,20	16,28
darunter										
Facharbeiter	EUR	17,05	17,22	17,02	17,05	17,12	17,23	17,36	17,27	17,35
angelernte Arbeiter	EUR	15,45	15,51	15,40	15,44	15,42	15,51	15,60	15,58	15,65
Hilfsarbeiter	EUR	12,66	12,77	12,64	12,66	12,74	12,77	12,85	12,85	13,08
* Frauen	EUR	11,95	12,06	12,03	12,01	12,04	12,10	12,05	12,05	12,20
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	11,09	11,24	11,15	11,11	11,31	11,30	11,20	11,20	11,43
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	38,1	38,2	36,9	38,0	38,2	38,5	37,3	38,6
Arbeiter	h	38,1	38,1	38,3	36,9	38,0	38,3	38,5	37,3	38,7
Arbeiterinnen	h	37,3	37,4	37,3	37,1	37,3	37,4	37,7	37,4	37,7
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 775	3 833	3 769	3 788	3 815	3 843	3 855	3 852	3 891
* Männer	EUR	4 056	4 109	4 048	4 058	4 085	4 121	4 135	4 123	4 168
* Frauen	EUR	2 955	3 024	2 966	2 990	3 016	3 031	3 039	3 057	3 081
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 474	3 552	3 479	3 508	3 538	3 559	3 575	3 569	3 606
Männer	EUR	3 976	4 051	3 974	3 998	4 024	4 060	4 084	4 052	4 102
Frauen	EUR	2 879	2 947	2 891	2 915	2 941	2 954	2 960	2 980	3 005
* technische Angestellte	EUR	4 013	4 058	4 002	4 009	4 037	4 072	4 080	4 076	4 117
Männer	EUR	4 094	4 137	4 083	4 087	4 115	4 152	4 161	4 158	4 200
Frauen	EUR	3 245	3 314	3 250	3 275	3 301	3 322	3 331	3 335	3 361
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 878	2 930	2 900	2 911	2 921	2 929	2 944	2 964	2 978
* Männer	EUR	3 169	3 219	3 197	3 199	3 204	3 217	3 239	3 261	3 278
* Frauen	EUR	2 484	2 527	2 500	2 517	2 527	2 528	2 531	2 552	2 563
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 902	2 952	2 925	2 935	2 944	2 951	2 966	2 986	2 999
Männer	EUR	3 251	3 300	3 278	3 283	3 285	3 296	3 319	3 340	3 356
Frauen	EUR	2 495	2 533	2 512	2 524	2 534	2 533	2 536	2 559	2 568
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 329	3 387	3 336	3 355	3 372	3 392	3 406	3 415	3 444

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾

Einheit	2003		2004		2005				2006	
	Durchschnitt		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 290	113 247	113 075	114 728	115 919	116 079	116 272	116 611	117 476
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 598	12 465	12 154	12 506	12 650	12 259	12 162	12 031	12 876
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 550	9 938	9 817	9 525	9 438	9 491	9 205	9 188	9 412
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 142	90 844	91 104	92 697	93 831	94 329	94 905	95 392	95 188
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 069	107 347	107 220	109 173	110 271	110 514	111 055	110 993	111 487
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	92 487	93 937	94 260	94 486	95 392	96 140	96 722	96 569	97 079
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 582	13 408	12 960	14 687	14 879	14 374	14 333	14 424	14 408
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 221	5 899	5 855	5 555	5 648	5 565	5 217	5 618	5 989
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	84 173	87 584	87 280	89 470	92 709	93 280	94 232	95 512	95 741
Sichteinlagen	Mill. EUR	22 733	24 185	24 049	24 721	25 589	26 843	27 329	28 055	28 003
Termineinlagen	Mill. EUR	25 982	27 994	28 049	28 883	29 961	29 618	30 524	30 766	31 267
Sparbriefe	Mill. EUR	5 215	5 159	5 182	5 349	5 371	5 342	5 260	5 293	5 403
Spareinlagen	Mill. EUR	30 243	30 246	30 000	30 517	31 788	31 477	31 119	31 398	31 068
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	81 610	84 868	84 568	86 930	89 707	90 189	90 625	92 115	92 497
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	79 251	82 935	82 700	84 934	88 014	88 483	89 040	90 405	90 905
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 360	1 933	1 868	1 996	1 693	1 706	1 585	1 710	1 592
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 563	2 716	2 712	2 540	3 002	3 091	3 607	3 397	3 244

STEUERN

STEUERN	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 119	2 208	1 693	2 616	2 434	1 910	1 985	2 655	2 695
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	720	753	315	1 165	1 048	518	441	1 220	1 152
Lohnsteuer	Mill. EUR	601	582	424	788	503	411	423	803	535
Einnahmen aus der										
Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	115	110	-	318	-	-	-	327	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	7	49	- 57	- 46	348	- 116	- 30	- 8	367
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	51	36	34	206	19	17	31	237	30
Zinsabschlag	Mill. EUR	20	26	9	45	7	8	12	58	12
Einnahmen aus der										
Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	9	-	38	-	-	-	49	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	41	60	- 96	172	171	198	5	130	207
Einnahmen aus der										
Körperschaftsteuer-										
zerlegung	Mill. EUR	2	10	-	110	-	-	-	7	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 400	1 455	1 379	1 451	1 386	1 392	1 544	1 435	1 543
Umsatzsteuer	Mill. EUR	365	374	299	402	350	277	326	353	320
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 035	1 081	1 080	1 049	1 036	1 115	1 217	1 082	1 223
Zölle	Mill. EUR	113	130	123	119	122	147	150	134	151
Bundessteuern	Mill. EUR	92	86	72	76	114	92	56	77	97
darunter										
Verbrauchssteuern										
(ohne Biersteuer)	Mill. EUR	51	43	49	32	52	33	26	25	30
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	32	34	15	36	55	50	22	43	60

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN

noch STEUERN	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Landessteuern	Mill. EUR	99	92	79	101	162	112	62	94	59
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	30	20	9	17	98	15	11	10	11
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	16	13	14	12	24	14	19	18
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	35	38	42	47	39	46	28	50	39
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	14	13	12	15	5	20	6	13	- 16
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	2	0	2	4	4	0	- 1	4
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	4	3	3	3	4

	Einheit	2004	2005	2004			2005		2006	
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	404	434	367	445	438	415	406	477	532
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	4	5	5	5	4	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	99	102	107	90	92	110	112	93	95
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	291	319	245	346	333	288	280	373	423
sonstige Gemeindesteuern 1)	Mill. EUR	9	9	9	6	8	13	8	8	11

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

	Mill. EUR	600	626	546	777	543	569	621	769	653
Gewerbesteuer (netto) 2)	Mill. EUR	230	250	173	257	291	220	216	273	376
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	230	232	222	379	130	193	251	354	150
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	28	28	29	41	17	28	28	38	16

		Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Steuereinnahmen											
des Landes		Mill. EUR	598	597	376	805	935	532	452	824	773
Landessteuern		Mill. EUR	99	92	79	101	162	112	62	94	59
Anteil an den Steuern vom											
Einkommen		Mill. EUR	261	272	77	469	395	182	137	487	440
Lohnsteuer		Mill. EUR	205	196	130	283	163	123	128	284	175
veranlagte Einkommensteuer		Mill. EUR	3	21	- 24	- 20	148	- 50	- 13	- 3	156
Kapitalertragsteuer		Mill. EUR	22	13	15	100	- 5	6	14	115	0
Zinsabschlag		Mill. EUR	11	11	4	20	3	4	5	26	5
Körperschaftsteuer		Mill. EUR	19	30	- 48	86	86	99	3	65	104
Anteil an den Steuern vom											
Umsatz		Mill. EUR	224	216	175	224	378	237	204	227	273
Umsatzsteuer		Mill. EUR	160	158	123	166	301	168	144	155	215
Einfuhrumsatzsteuer		Mill. EUR	64	57	51	58	76	70	60	71	58
Anteil an der Gewerbe-											
steuerumlage		Mill. EUR	5	6	14	3	-	0	14	5	-
Gewerbesteuerumlage-											
Anhebung (FDE)		Mill. EUR	2	2	6	1	-	0	6	2	-
Gewerbesteuerumlage-											
Anhebung (LFA)		Mill. EUR	7	8	21	5	-	0	25	8	-
Gewerbesteuerumlage-											
Unternehmenssteuerreform		Mill. EUR	1	2	4	1	-	0	5	2	-

Steuereinnahmen des Bundes

	Mill. EUR	1 078	1 189	1 034	1 361	1 299	1 052	1 061	1 371	1 407
Bundessteuern	Mill. EUR	92	86	72	76	114	92	56	77	97
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	314	336	225	524	460	236	190	546	507
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	667	761	723	758	725	724	802	743	802
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	5	6	14	3	-	0	14	5	-

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Juli

STATISTISCHE BERICHTE

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsbildung 2005
Bestellnr.: B2053 200500

Abschlussprüfungen an Hochschulen im
Prüfungsjahr 2005
Bestellnr.: B3033 200500

Personal und Personalstellen an Hoch-
schulen (Stand: 1. Dezember) sowie
Neuhabilitierte im Jahr 2005
Bestellnr.: B3043 200500

**Gewerbeanzeigen, Unternehmen und
Arbeitsstätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen im April 2006
Bestellnr.: D1023 200604

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe im Mai 2006
Bestellnr.: E1033 200605

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau
und Gewinnung von Steinen und Erden
im Mai 2006
Bestellnr.: E1023 200605

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der
Kraftwerke der allgemeinen Versorgung
im April 2006
Bestellnr.: E4023 200604

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Mai 2006
Bestellnr.: F2033 200605

Baufertigstellungen im Jahr 2005
Bestellnr.: F2053 200500

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und
im Gastgewerbe im Mai 2006
Bestellnr.: G1023 200605

Aus- und Einfuhr im Mai 2006
Bestellnr.: G3023 200605

Gäste und Übernachtungen im
Fremdenverkehr im Februar 2006
Bestellnr.: G4023 200602

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Mai 2006
Bestellnr.: H1023 200605

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen
im 1. Vierteljahr 2006
Bestellnr.: H1073 200641

Güterverkehr der Eisenbahnen 2005
Bestellnr.: H1083 200500

Binnenschifffahrt im März 2006
Bestellnr.: H2023 200603

Sozialleistungen

Ausbildungsförderung 2005
Bestellnr.: B3063 200500

**Öffentliche Finanzen, Personal,
Steuern**

Gemeindefinanzen in Rheinland-Pfalz
– Kassenergebnisse für das
1. Vierteljahr 2006
Bestellnr.: L2023 200641

Schulden der öffentlichen Haushalte
sowie der öffentlich bestimmten Fonds,
Einrichtungen und Unternehmen am
31. Dezember 2005
Bestellnr.: L3013 200500

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und Deutschland im Juni 2006
Bestellnr.: M1013 200606

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
im Mai 2006
Bestellnr.: M1043 200642

Kaufwerte für Bauland 2005
Bestellnr.: M1063 200500

Löhne und Gehälter, Arbeitskosten

Verdienste und Arbeitszeiten im produ-
zierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und
Versicherungsgewerbe im Januar 2006
Bestellnr.: N1013 200641

**Finanzen und Vermögen privater
Haushalte**

Einnahmen und Ausgaben für den priva-
ten Verbrauch 2003 – Ergebnisse der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Bestellnr.: O2013 200301

Umwelt

Öffentliche Abwasserbeseitigung 2004
Bestellnr.: Q1033 200401

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Mai 2006
Bestellnr.: Z1013 200605

SONSTIGE
VERÖFFENTLICHUNGEN**Gemeinschaftsveröffentlichungen der
statistischen Ämter des Bundes und
der Länder**

E-Mail-Versand: Hebesätze der Real-
steuern 2005 (Excel)
Bestellnr.: L4015E 200500

Gemeinsames Veröffentlichungs-
verzeichnis – Ausgabe 2006
(Download unter:
[http://www.statistik-portal.de/
Statistik-Portal/publ.asp](http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/publ.asp))

Kulturfinanzbericht 2006
Bestellnr.: Z1055
Ergänzendes Zahlenmaterial (Excel) und
PDF-Version unter
[http://www.statistikportal.de/
Statistik-Portal/publ.asp#Themenbände](http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp#Themenbände)
Bestellnr.: A4015E 200600

Die Veröffentlichungen können
beim Statistischen Landesamt,
Vertrieb der Veröffentlichungen,
56128 Bad Ems, bestellt wer-
den. Telefon: 02603 71-2450,
Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse [www.
statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de) steht die überwie-
gende Zahl der aktuellen Statisti-
schen Berichte zum kostenfreien
Download zur Verfügung. Zudem
sind die Neuerscheinungen der
letzten acht Wochen und das wö-
chentlich aktualisierte Verzeichnis
aller Veröffentlichungen abrufbar.

Neue Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kulturfinanzbericht 2006

Mit dem Kulturfinanzbericht 2006 legen die statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Deutschen Städtetag zum dritten Mal einen umfassenden Bericht über die öffentliche Kulturfinanzierung vor. Der Kulturfinanzbericht 2006 stellt dar, in welcher Höhe und in welchen Bereichen die öffentliche Hand Mittel für den Kultursektor bereitstellt und wie sich diese Ausgaben entwickelt haben. Konzept und Aufbau sind gegenüber dem Kulturfinanzbericht 2003 unverändert.

Inhaltlich zeigt der Bericht Höhe, Entwicklung und Struktur der öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturelle Bereiche auf, gegliedert nach Bund, Ländern, Gemeinden und Zweckverbänden. Für kreisfreie Städte und Städte mit mindestens 100 000 Einwohnern werden Einzelergebnisse dargestellt. Weiterhin enthält der Kulturfinanzbericht 2006 eine vergleichende Übersicht über die laufenden Kulturausgaben je Einwohner auf der Ebene ausgewählter Städte. Als Neuerung im jetzt vorgelegten Bericht ist die ergänzende Darstellung des Bereichs Filmförderung hervorzuheben.

Die Printausgabe kann zum Preis von 16 EUR beim Statistischen Landesamt bestellt werden. Die elektronischen Dateien des Kulturfinanzberichts 2006 stehen auch über das Statistik-Portal (<http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp#Themenbände>) zum kostenpflichtigen Bezug zur Verfügung.

Realsteuerhebesätze aller Städte und Gemeinden in Deutschland 2005

Die Datei der statistischen Ämter des Bundes und der Länder enthält die Realsteuerhebesätze der rund 14 000 Städte und Gemeinden in Deutschland. Sie umfasst die Hebesätze für die Grundsteuern A und B sowie für die Gewerbesteuer. Als zusätzliche Information sind die Einwohnerzahlen der Gemeinden gespeichert.

Das Produkt ist besonders für Unternehmens- und Steuerberater interessant und unterstützt z. B. die Standortbewertung für eine Firmenansiedlung. Für Gemeindeverwaltungen und Kommunalpolitiker ermöglicht es einen Überblick über die Hebesätze der rheinland-pfälzischen Gemeinden im Bundesvergleich.



Erfolgreiche Kooperation zwischen den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – INKAR 2005 –

Die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (<http://www.bbr.bund.de>) und den statistischen

Ämtern des Bundes und der Länder (<http://www.statistikportal.de>) gemeinsam herausgegebene CD-ROM „INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung“ bietet ein umfassendes, detailreiches und nutzerfreundliches Instrument für alle diejenigen, die an genauen Kenntnissen über die Standort- und Lebensbedingungen in Städten, Kreisen und Regionen interessiert sind und solide Grundlagen für die Informationsvermittlung (etwa Medien, Schulen) oder für politische und wirtschaftliche Planungen und Entscheidungen benötigen.

Die neueste Ausgabe 2005 von INKAR wurde grundlegend überarbeitet, der Funktionsumfang erheblich ausgeweitet, graphische und kartographische Darstellungsmöglichkeiten und deren Bedienung optimiert. Für die Darstellung der Lebensbedingungen in Deutschland und den Regionen der Europäischen Union stehen nun mehr als 800 Indikatoren zu 23 Themenbereichen zur Verfügung, deren Grundlage im Wesentlichen die Basisdaten der amtlichen Statistik sind, insbesondere das bundesweit vergleichbare regionalstatistische Datenangebot, das als regelmäßige Veröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder auf CD-ROM unter dem Titel „Statistik regional“ für Kreise und „Statistik lokal“ für Gemeinden vorliegt.

Eine anspruchsvolle Visualisierung der Informationen ist mit INKAR gewährleistet. Karten oder auch Kartenausschnitte, Tabellen und Diagramme können in wenigen Schritten erstellt werden und stehen so auch zur Nutzung bei anderweitigen Verwendungen wie Vorträgen oder Präsentationen zur Verfügung.

INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung – Ausgabe 2005

CD-ROM; ISBN 3-87994-926-3

Preis: 65,00 EUR, ermäßigt 42,25 EUR, zzgl. Versand

Bezug: selbstverlag@bbr.bund.de,

Fax: 01888 401-2292

oder über den Buchhandel

Ansprechpartner für inhaltliche Fragen zu INKAR:
Helmut Janich, BBR, Ref. I 6 - Raum- und Stadtbeobachtung
Tel. 01888 401-2258, Helmut.Janich@bbr.bund.de

Eine **Informationsbroschüre** zu INKAR 2005 und weitere Informationen finden Sie auf der BBR-Website unter:
<http://www.bbr.bund.de/veroeffentlichungen/berichte/inkar2005.htm>

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Jürgen Hammerl und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.